A.W.L.
AUG 6 1929

Saar-Freund

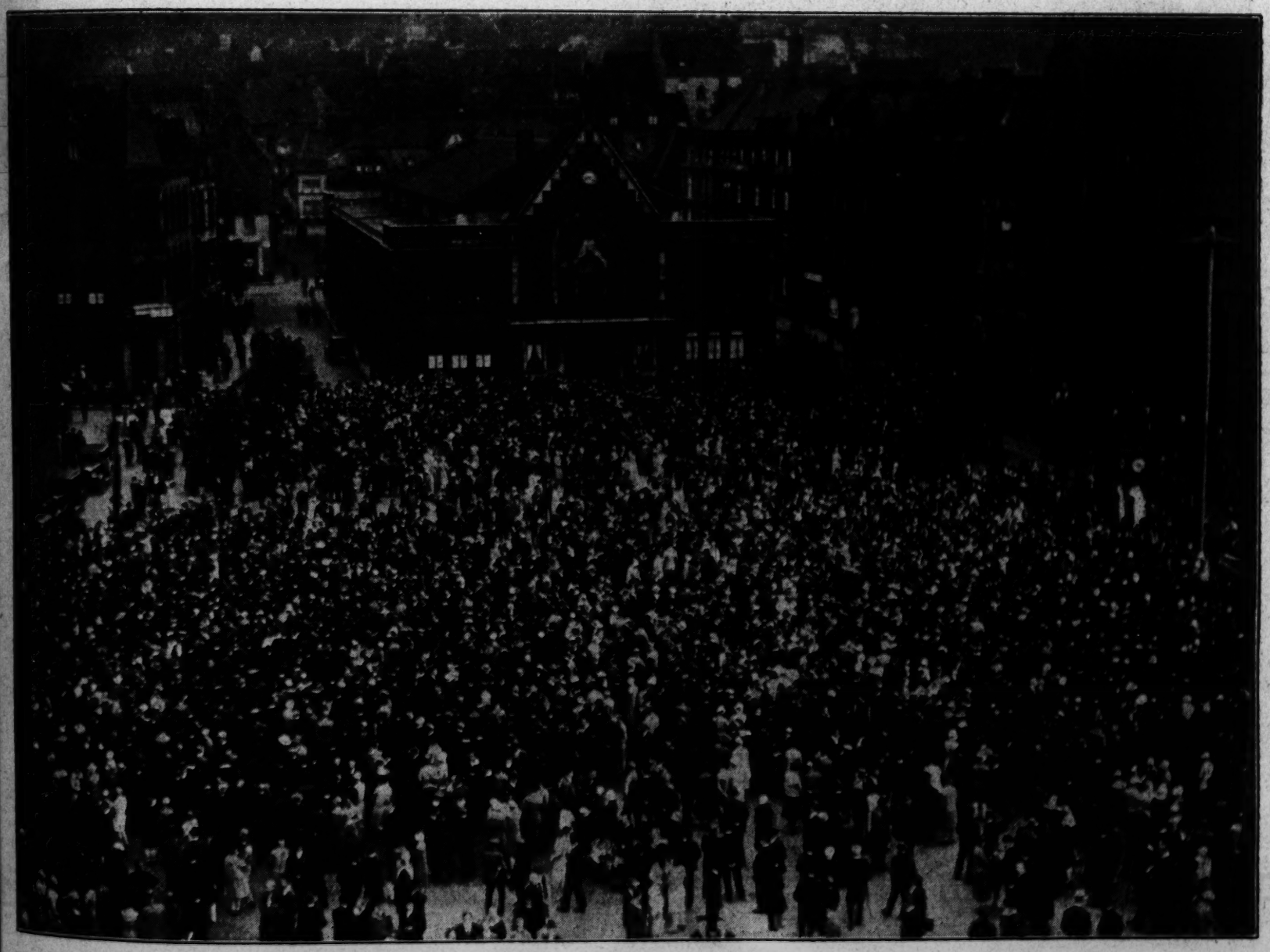
Nachrichten aus dem abgetrennten Saar- und Pfalzgebiet

Mitteilungsblatt des Bundes der Saar-Vereine

Nummer 14 · 10. Jahrgang

Berlin, den 15. Juli 1929

Der Wille des Saarvolks.



Wir Deutsche wollen niemals zu Frankreich!

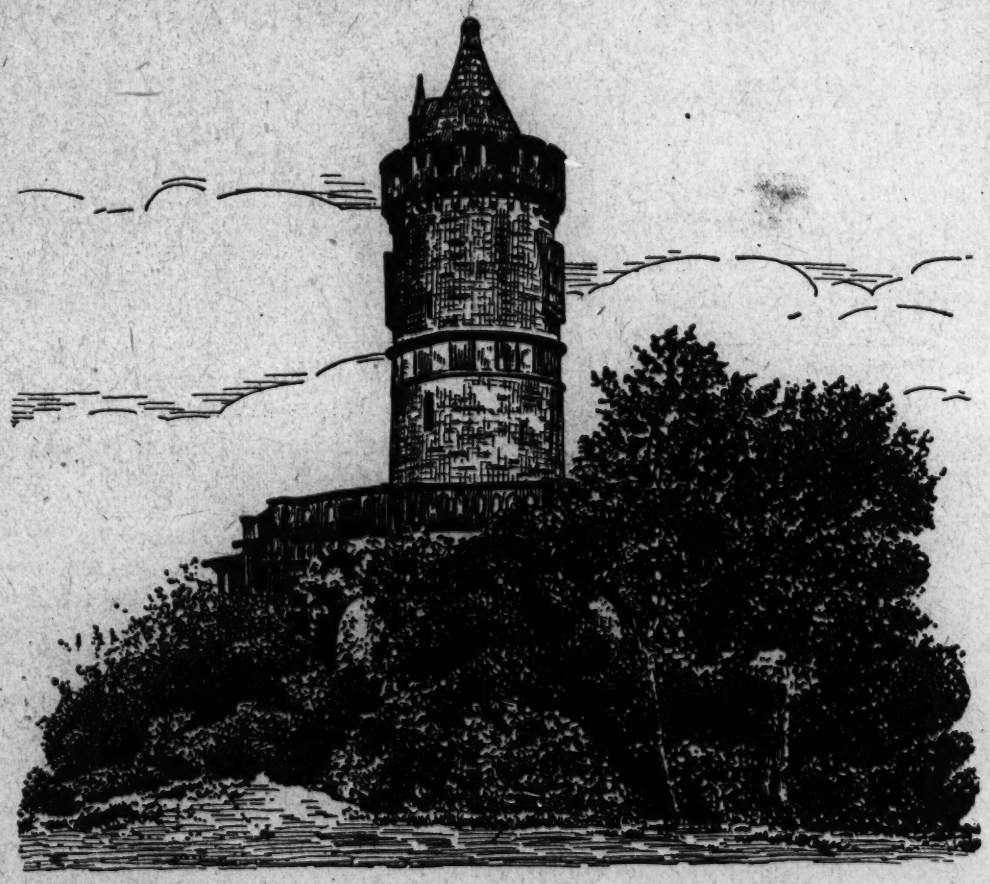
(Massenkundgebung am 28. Juni in Saarbrücken. Der große Saalbau selbst konnte die Teilnehmer nicht fassen, sodaß den auf dem vorstehend abgebildeten, vor dem Saalbau befindlichen Neumarkt Versammelten die Reden durch Lautsprecher übermittelt werden mußten.)

„Deutsch die Saar immerdar."

Helft die deutsche Saar befreien!

Die Geschäftsstelle „Saar-Verein" wird das bisherige Merkblatt „Deutsch die Saar immerdar" in völliger Neubearbeitung in dritter Auflage demnächst herausgeben.

Das Merkblatt ist bisher in über 60 000 Abdrucken in ganz Deutschland und darüber hinaus verbreitet worden, überall hat es ein freudiges Echo für die deutschen Brüder an der Saar in ihrem Kampfe um das Deutschtum erweckt. Nach diesem günstigen Erfolge ist für die Neuauflage eine noch weitere Verbreitung vorgesehen. Das neue Merkblatt stellt sich diesmal unter das Leitwort: „Deutsch die Saar immerdar! — Helft die deutsche Saar befreien!" als ein Bindeglied zwischen dem Deutschen Reiche und dem deutschen Saargebiet dar mit dem Ziel, die Wiedervereinigung beider nach Kräften zu fördern.



Die Aufgabe des Merkblattes ist, überall auf die Bedeutung der Erhaltung und Sicherung des Saargebiets für unser Deutsches Reich und Volk hinzuweisen, auf die Nöte der unter einer Fremdherrschaft schmachtenden deutschen Saarbevölkerung in aller Welt aufmerksam zu machen und dem Lande an der Saar sowie dem für seine Sache eintretenden Bunde der Saarvereine neue Freunde und Förderer zu gewinnen zu dem gemeinsamen Streben, die deutsche Saar dem Deutschtum zu erhalten.

Das Merkblatt ist dem Bund der Saarvereine ein guter Wegbereiter gewesen und hat ihm so seine Aufgabe erleichtert. Soweit der Saarverein über die Grenzen Deutschlands ins Ausland hinausgegangen ist, hat er auch dort das Interesse für die Not und das Unrecht von Versailles an der Saar erweckt und nachdrückliche Proteste gegen die von Frankreich geplante Vergewaltigung der Deutschen an der Saar erstehen lassen.

Zehn Jahre leben die deutschen Brüder an der Saar nun schon unter der völkischen Lostrennung vom Reiche und in der politischen und wirtschaftlichen Versklavung unter einer Fremdherrschaft, die noch immer nicht dem ihm zu treuen Händen anvertrauten Gebiete dient, sondern in entscheidenden Fragen gerade den fremden Machthabern willfährig ist, die ihre Hände nach dem „vor den Toren ihres Landes liegenden so reichen Gebiete" ausstrecken. Noch immer schickt der Völkerbund in Ohnmacht vor dem einflußreichen Frankreich davor zurück, das dem Saargebiet zugefügte Unrecht wieder gutzumachen, noch immer verweigert es Frankreich die Saar wieder freizugeben, die längst Zeugnis des unerschütterlichen einheitlichen Willens nach der Wiedervereinigung mit dem Reiche klar und eindeutig vor aller Welt abgelegt hat.

Noch ist die Aufgabe der Geschäftsstelle Saarverein und des Bundes der Saarvereine nicht erfüllt, mitzuwirken nach Kräften an der Deutscherhaltung des ungeteilten Saargebietes, wenn auch die mannhaften Deutschbekundungen an der Saar nach dem vom Völkerbund so hochgepriesenen Selbstbestimmungsrecht der Völker schon längst die deutsche Zukunft der Saarbevölkerung entschieden haben müßten.

Es gilt daher, neue Kräfte im Volke, neue Helfer in allen Volksgemeinschaften, die das Selbstbestimmungsrecht der Völker nicht zu einer leeren Phrase herabsinken lassen wollen, zu gewinnen, um ihn dem angestrebten und ersehnten Ziele „Deutsch die Saar immerdar" zuzuführen. „Helft die deutsche Saar befreien", diese Mahnung enthält das zweite Merkblatt. Möge es den Weg finden zu allen Herzen, die in der Untrennbarkeit aller Angehörigen ihres eigenen Volkes ihr Heiligstes erblicken und sich zum Widerstande vereinigen, wenn es gilt, Unrecht und Vergewaltigung am Volkstum zu verhindern, auf daß es wahr werde:

„Deutsch die Saar immerdar!"

Saar-Freund

Nachrichten aus dem abgetrennten Saar- und Pfalzgebiet

Mitteilungsblatt des Bundes der Saar-Vereine

Nummer 14 · 10. Jahrgang

Berlin, den 15. Juli 1929

Der Wille des Saarvolkes.

„Wir Deutsche wollen niemals zu Frankreich."

Just zu derselben Zeit, da man sich in Frankreich anschickte, für die Saarfrage — die allein von Frankreich in Versailles künstlich geschaffen wurde — in Zusammenhang mit dem Pariser Sachverständigenbericht eine neue Formel aufzustellen, die Willen und Ziel der Saargebietsbevölkerung beiseite schiebt und nur französische Wirtschaftsinteressen an der Saar gelten lassen will, zu dieser selben Zeit hat die Saargebietsbevölkerung, einig in ihren Ständen, Schichten und Parteien, ihren Willen wuchtig und eindeutig zur Kenntnis der Welt gebracht. Diese Stimme war notwendig, obwohl sie nur immer wieder das wiederholen konnte, was uns die Saar täglich mit Worten und Taten bewiesen hat: „Wir wollen deutsch sein und bleiben." Diese Stimme war deshalb notwendig, weil trotz aller Versicherungen von hüben und drüben das Saargebiet Gefahr läuft, Handelsobjekt zu werden.

In der Saarfrage gibt es gar viele Interessenten und Interessen; denn „das Saarland ist ein reiches Land. Sein größter Reichtum sind seine Bewohner, die treuen Söhne des deutschen Vaterlandes. Was die Erde ihnen birgt an schwarzen Diamanten, in nie erlahmendem Fleiß fördern die Saarknappen den Reichtum ans Sonnenlicht. Und was die Nachbarschaft ihnen zuführt an Erzen, aus den Rohstoffen formt der zähe Hüttenmann an der Saar Maschinen, Geräte, Werkzeuge, die hinausgehen in die weite Welt . . . Allüberall eifriges Streben, die Schätze zu heben und zu bergen, die das Land in reichem Maße aufzuweisen hat . . ."

Dieser Reichtum des Landes an Naturschätzen und arbeitsfrohem Menschenschlag hat die Begehrlichkeit Frankreichs entfacht vor 300 Jahren und mehr und sie hat sich erhalten bis auf den heutigen Tag. Um diesen Reichtum geht heute das Ringen zur Liquidierung der schwebenden Fragen aus dem Weltkrieg.

Am 28. Juni, dem 10. Erinnerungstage an die Unterzeichnung des Versailler Diktats, hat im Saarbrücker Saalbau und auf dem Saarbrücker Neumarkt das Saarvolk gesprochen, gefordert, gelobt. In Versailles hat man trotz der lügnerischen Unterlagen eines Clemenceau nicht gewagt, das Saargebiet kurzer Hand an Frankreich auszuliefern. Obwohl die Bevölkerung damals mundtot gemacht war und seinen Willen öffentlich nicht erheben durfte, hat man lediglich ein Handelsobjekt abgeschlossen, ein übles, unreelles zwar, aber doch immerhin ein Geschäft, in dem man, wenigstens dem Buchstaben nach, die letzte Entscheidung über das endgültige Schicksal des Saargebiets seiner Bevölkerung überlassen hat. Man hat ihr allerdings eine 15jährige Prüfungszeit gesetzt.

Soll jetzt die Stimme der Bevölkerung ausgeschaltet und das Versailler üble Handelsgeschäft zu einem bedenklichen Schachergeschäft umgestaltet werden?

Das Saarvolk besteht darauf, daß seine Stimme gehört wird, und Deutschland hat alle Veranlassung, diese Stimme öffentlich und vor aller Welt zur Geltung kommen zu lassen. Wenn heute Bestrebungen im Gange sind, der Versailler Saarregelung eine andere Form, eine andere Auslegung zu geben, dann darf das nur geschehen, wenn es im Sinne einer Gesamtliquidierung der Weltkriegsfragen geschieht. Dem unersättlichen „Reparations"-magen Frankreichs soll man endlich einmal „Einverleibungs"-Möglichkeiten entziehen.

Was jetzt in der Saarfrage im Gange ist, ist nicht mehr und nicht weniger, als einen Teil der saarländischen Wirtschaft, und zwar im weitesten Sinne von Kapital und Arbeit, den französischen Wirtschaftsinteressen auszuliefern. Man erstrebt ein Grenz-Wirtschaftsland, das der ausländischen Ausbeutung — von einheimischem Kapital und einheimischer Arbeitskraft — Tor und Tür öffnet, gleichzeitig aber die wirtschaftliche Entwicklung des Saargebiets einseitig so festlegt, daß damit Verkümmerung des bisherigen wirtschaftlichen und nationalpolitischen Charakters die Folge sein muß.

Das Saargebiet hat durch die Jahrhunderte hindurch seinen rein deutschen Charakter bewahrt; dieser ist durch die neuen französischen Saarbestrebungen auf das ernsteste gefährdet. Die Wirtschaftsgemeinschaft, die

Die Nr. 7, Jahrgang 5, der **„Saar-heimatbilder"** erscheint am 1. Aug. d. J.

an der Saar erstrebt wird, hat in Wirklichkeit politische Hintergründe. Es ist derselbe Geist, es sind z. T. dieselben Personen, die in Versailles von einem „rechtlichen und historischen Anspruch Frankreichs auf das Saargebiet" sprachen. Damals hat man sich nicht gescheut, zu behaupten, das Saargebiet habe Jahrhunderte zu Frankreich gehört, obwohl jedes einigermaßen einwandfreie Geschichtsbuch ausweist, daß im Verlauf von rund 1000 Jahren dieses Land insgesamt wenig mehr als 30 Jahre zu Frankreich gehörte, doch nur weil es von französischen Truppen überfallen uns einfach annektiert wurde. „Innerhalb einer Periode von fast einem Jahrtausend, die wir überblicken können, gibt es zwei begrenzte und episodenhafte Zwischenspiele, die die Franzosen heute in einen historischen Rechtstitel zu verwandeln bemüht sind. Nur in den Jahren 1680 bis 1697 und in den Jahren 1801 bis 1815 hat Saarbrücken überhaupt (Saarlouis auch in der dazwischen liegenden Periode) zum französischen Staat gehört. Diese beiden historischen Intermezzi fallen beide Male in die Gipfelpunkte einer hegemonischen Eroberung, die nach allen Seiten, über die französischen Sprachgrenzen hinaus, in Europa um sich griff: unter Ludwig XIV. und unter Napoleon I. Beide Intermezzi sind von der bewaffneten Gegenwehr des bedrohten Europa nach kurzer Frist wieder der völkerrechtlichen Revision unter Herstellung des alten Rechtszustandes unterworfen worden." (Prof. Herm. Oncken.)

Weshalb wir an diese längst bekannten und ernstlich auch von Frankreich kaum verleugneten Tatsachen erinnern? Weil die Gefahr besteht, daß gewisse Bestrebungen Erfolg haben könnten, die aus dem Saargebiet ein wirtschaftliches Zwischenglied machen wollen, aus dem nach Jahrzehnten von französischer Seite wieder einmal „politische Rechtsansprüche" hergeleitet werden könnten.

Für die Liquidierung der Saarfrage muß eine Form gewählt werden, die eine klare politische Grenze und eine feststehende politische Willenskundgebung der Bevölkerung zur Voraussetzung hat. Gefühlsmomente und wirtschaftliche Zweckmäßigkeitsgründe dürfen nur soweit Berücksichtigung finden, als der politische Wille der Bevölkerung und die staatspolitische Rechtslage des Landes ihre volle Erfüllung und Berücksichtigung findet.

Die Kundgebung der politischen Parteien des Saargebiets von den Sozialdemokraten bis zu den Deutschnationalen am 28. Juni 1929 ist nicht nur als neues politisches Bekenntnis der Saargebietsbevölkerung, sondern auch als ernste Mahnung an die beteiligten und entscheidenden Regierungen zu werten: **Schafft keine Halbheiten, keine politischen Unklarheiten.** Frankreich darf nicht noch einmal die Möglichkeit haben, zu behaupten, es habe auf das Saargebiet einen „Rechtsanspruch". Das Wort des Saarvolkes: **„Wir Deutsche wollen niemals zu Frankreich"**, muß in der kommenden Saarregelung einen so festen Rechtsgrund erhalten, daß es nie variiert, nie abgeändert werden kann. Das sind wir der Treue der heutigen Saargeneration und der nationalen Zukunft der kommenden Generation schuldig.

Das Saarvolk verlangt sein Recht.

Heimkehr zum Reich.

Am 10. Erinnerungstag der Unterzeichnung des Versailler Diktats fand in Saarbrücken eine von sämtlichen politischen Parteien — mit Ausnahme der Kommunisten und Nationalsozialisten — ausgegangene, von vielen Tausenden besuchte Kundgebung der Saarbrücker Bevölkerung statt, die Willen und Gelöbnis für das gesamte Saarvolk ablegte. Nach einleitenden Musikstücken sprach der Vorsitzende der Zentrumspartei des Saargebiets, Rechtsanwalt Steegmann das Begrüßungswort, in welchem er die Bedeutung des 28. Juni auch für unsere Saarheimat feststellte. Das Versailler Diktat verlangte von Deutschland eine Demütigung, wie sie an Furchtbarkeit einzig in der Geschichte dasteht. Es brachte dem deutschen Volke eine Versklavung auf Jahrzehnte. Es riß deutsche Landstriche gewaltsam vom Mutterlande. Zu den deutschen Gebieten, die abgetrennt wurden, gehört auch unsere schöne Saarheimat. Frankreich wollte die Saar seinem Staatsgebiete einverleiben. Die Annexion scheiterte an dem Widerstand Amerikas und Englands. Durch die berüchtigten 150 000 Saarfranzosen, die es nie gegeben hat, wurde das Saargebiet dann gegen den Willen der Bevölkerung Abstimmungsgebiet. Die saarländischen Abgeordneten der deutschen Nationalversammlung und der preußischen Landesversammlung veröffentlichten ungesäumt einen flammenden Protest gegen die Abtrennung. Er verhallte ohne Erfolg. In geschlossener Phalanx hat das gesamte Saarvolk seit der Unterzeichnung des Versailler Friedensvertrages für die Erhaltung des deutschen Charakters seines urdeutschen Bodens gekämpft. Wir können uns das Zeugnis ausstellen, daß wir gut gestritten haben. Dank schulden wir den Männern, die immer und immer wieder den dornenvollen Weg zum Völkerbund gemacht haben, um unsere Rechte zu vertreten.

Unser aller großes Ziel ist die Beseitigung des der Saar zugefügten Unrechts, wir wollen zurück zum Reich, je eher desto lieber.

Die jüngsten Pariser Verhandlungen gewährten uns neue Hoffnung. Stärker als je aber setzt die Agitation Frankreichs gegen die Rückgliederung der Saar ein. Wir wollen in der heutigen Kundgebung erneut unseren unbeugsamen Willen, Deutsche zu bleiben, in die Welt hinausrufen. Redner aus den politischen Parteien werden dies Gelöbnis bekräftigen und nachdrücklichst die Forderung stellen, **daß unverzüglich die Rückgliederungsverhandlungen einzuleiten sind.**

Als erster Hauptredner sprach

Landesratsabgeordneter P. Kieser,

Ehrenmitglied des Bundes der Saar-Vereine, als Vertreter der Zentrumspartei. Er führte aus:

Wir sind heute zusammengekommen, um nochmals vor aller Welt klar und eindringlich zum Ausdruck zu bringen, daß wir Bewohner des Saargebietes uns als ein einiges deutsches Volk fühlen. Wir sind und bleiben ein organisches und unlösliches Glied der deutschen Nation und des Deutschen Reiches. Aus diesem Einssein in nationaler und volklicher Hinsicht sowie aus politischem Wahrheitsgefühl erheben wir wieder geschlossen die naturgegebene Forderung: **Erlöst uns baldigst aus dem Zustande nationaler Entehrung, unter dem wir nun seit 10 Jahren leiden.** Laßt uns wieder mit der ganzen deutschen Nation ein einzig Volk sein und ungeteilt unter die Hoheit des Vaterlandes Deutsches Reich zurückkehren. Diese natürliche Forderung erhebt das ganze deutsche Volk im Saargebiet. Unterschiede von Partei zu Partei gibt es in dieser Frage nicht. Alle beseelt nur ein Wille: **Schafft das große Unrecht endlich aus der Welt,** das der Versailler Vertrag einem urdeutschen Volks- und Gebietsteil angetan hat.

So richten wir diese Forderung an die Völker, deren Staatsmänner den Versailler Vertrag schufen und heute noch als ein unantastbares Heiligtum hüten. Seine Bestimmungen über das Saargebiet gründen in völlig falschen Voraussetzungen, wodurch dem im Saargebiet historisch Gewordenen und der hier lebenden Generation schlimmstes Unrecht zugefügt wurde. Dieses Unrecht darf nicht mehr länger gelten! Die Garanten des Versailler Vertrages lassen für ihr Volk das Selbstbestimmungsrecht rein und unverfälscht gelten, während man es uns immer noch vorenthält. Wir müssen darum — allein von unserer nationalen Würde und Ehre aus gesehen — vor der ganzen Welt die schnellste Beseitigung dieses entehrenden Unrechtes mit aller Entschiedenheit fordern. Die seit Abschluß des Versailler Vertrages vergangene Zeit hat es doch klar erwiesen,

ß man in Versailles einem völlig unberechtigten Begehren Frankreichs nachkam, als man uns die nationale Selbstbestimmung nahm, als man uns wie seelenloses Sachgut behandelte. Heute kann es keinen ernsthaften Politiker und Staatsmann, dem das gemeinsame Schicksal der europäischen Völker am Herzen liegt, mehr geben, dem es nicht bekannt wäre, daß das Saargebiet nebst seinen Gruben und Kohlenvorkommen restlos Deutschland gehört und daß die Bevölkerung des Gebietes immer ein einheitlicher Teil der deutschen Nation gewesen ist. Darum hat diese Bevölkerung auch nie, soweit wir auch in der mehr als tausendjährigen deutschen Geschichte dieses Gebietes zurückblicken mögen, Erlösung aus nationaler Not und Knechtschaft durch Frankreich verlangt. Aber das ist geschichtliche Wahrheit, daß die Bevölkerung des Saargebietes in Zeiten, wo Frankreich dieses Gebiet vorübergehend an sich gerissen hatte, Erlösung aus nationaler Knechtschaft durch Deutschland stürmisch verlangte. Heute muß das bekannt sein, wo die Nebel längst zerstoben sind, die Frankreich in Versailles vor klares Erkennen und Entscheiden gewoben hatte. Es trieb ein gerissenes Spiel mit den Zeiten, in denen unsere deutschen Vorfahren unter französische Herrschaft gegen ihren Willen gezwungen worden waren, und mit der Frankreich so sehr belastenden Lüge von den 150 000 „unerlösten Saarfranzosen", die es nie in der Geschichte des Saargebietes gegeben hatte. Heute ist für jeden, **der gerecht handeln will,** klares **Erkennen** möglich, **weshalb die Stunde der klaren Entscheidung geschlagen hat.** Diese Entscheidung kann gar nicht mehr anders lauten, will man Gottesgebot und einfachstem Menschenrecht nicht länger Gewalt antun, als:

Baldigste Wiedervereinigung des ganzen Saargebietes, ohne irgendeinen Kompromiß, mit Deutschland.

Meine Damen und Herren! **Diese Wiedervereinigung will das ganze Volk im Saargebiet seit Jahren.** Dieses nationale Wollen ist nicht von irgendeiner äußeren Macht befohlen, nein, es quillt urgewaltig aus der Tiefe unserer Seelen, dem untrüglichen Quell nationalen Empfindens, dem echten Wegweiser für nationales Handeln. In unserem Innern selbst ist die Befehlsstelle, der wir gar nicht ausweichen können, die uns bestimmte, auch in den Tagen und Jahren tiefster Schmach und Not unserem deutschen Volke die Treue zu wahren. Sie hat uns befohlen, es zu jeder Stunde der Abtrennungszeit hinauszurufen:

Wir sind deutsch, — deutsch wollen wir bleiben!

Unser nationales Wollen und Fordern ist nicht der Ausfluß eines künstlich gezüchteten Chauvinismus — welchen wir entschieden ablehnen —, sondern **das Ergebnis politischer Wahrheit und Ehrlichkeit.** Wir können nichts anderes sagen und fordern, als was in unserem Innern unauslöschlich geschrieben steht. Und da steht geschrieben:

Wir wollen niemals mit Frankreich vereinigt sein!

Man mag uns „goldene Berge" versprechen, unser Wille steht fest: **Unter keiner Bedingung zu Frankreich, aber ohne jeden Vorbehalt zurück zum Deutschen Reich und deutschen Volk.** Damit soll nicht gesagt sein, daß wir die Franzosen haßten; wir achten ihre nationale Ehre, müssen aber verlangen, **daß sie auch unsere nationale Ehre, unsere nationale Selbstbestimmung anerkennen und achten.** Wir wollen mit den Franzosen als **Nachbarn, niemals aber als Hausgenossen leben.** Als **gleichberechtigte** Nachbarn wollen wir mit ihnen leben, die ein erträgliches Verhältnis pflegen, sich gegenseitig geben und nützlich sein können. **Verachtung** aber müssen wir empfinden vor Menschen, die unter Mißachtung unseres Selbstbestimmungsrechtes und in Verfolg staats- und wirtschaftsegoistischer Ziele, uns in ein uns völlig fremdes und niemals zusagendes Staatshaus zwingen wollen, das da Frankreich heißt. **Hinweg also mit dem durch nichts gerechtfertigten, unnatürlichen Gebilde Saargebiet! Laßt dem Volk im Saargebiet seinen Willen, wenn es heim will zum Deutschen Reich!**

Sagt das unser Volk im Saargebiet zum ersten Male? Gewiß nicht! Sagt das nur eine Partei? Nein, **alle** Parteien sagten das zu jeder Stunde. Man kann darum sagen: **in nationaler Hinsicht gibt es im Saargebiet nur eine große Partei, die das ganze Volk selbst bildet.** Vox populi, vox Dei —: die Stimme des ganzen Volkes im Saargebiet lautete nie anders als heute:

Wir wollen bleiben, was wir sind: Kinder des deutschen Vaterlandes!

Wäre es anders, wäre die Stimme des Volkes — gründend in seinem Innern — französisch, dann wäre sie in den letzten elf Jahren keine **total stumme Stimme geblieben.** Wer sich nach nationaler Erlösung sehnt, begrüßt jubelnd seinen Befreier. Als unsere Soldaten unser Gebiet verlassen hatten und die **Franzosen** einzogen: scholl da den Franzosen der Jubel von „Erlösten" entgegen? Flatterte etwa zu ihrer Begrüßung die im Verborgenen heilig gehaltene Trikolore, was „Befreite" doch getan hätten? **Nein und abermals nein! Wir empfanden den Franzosen als Fremdling, wir hatten für ihn keinen Willkommengruß, keinen Flaggenschmuck übrig. Wir wären unwahr und charakterlos gewesen, wenn wir ihn als „Befreier" begrüßt hätten.** Mit Schmerz und Trauer mußten wir uns in das harte Geschick beugen, das über deutsches Land und Volk hereingebrochen war. Aber das schwur sich unser Volk in ernster Stunde: **Nur Deutschland wahren wir die Treue.**

Nach diesem Schwur handelte es. Geschlossen trat es 1919 an die Wahlurne, um seine Erkürten in die **deutschen** Nationalversammlungen zu senden. Nie hätte das Volk in Gegenwart der Franzosen so gehandelt, wenn es sich nicht als einen unlöslichen Teil des deutschen Volkes gefühlt hätte. Aus diesem Schwur der Treue wuchs das Verhalten des Volkes in der reinen Militärzeit und nach dem Amtsantritt der Regierungskommission bis auf den heutigen Tag. Unsere Bergleute, die zu 85 Prozent im Saargebiet geboren sind und Frankreich zum Arbeitgeber bekamen, haben sich **nie für Frankreich geäußert. Mit dem ganzen Volke standen sie immer bereit, zu jeder Stunde zurückzukehren zum deutschen Vaterhaus.** Was die Nationalversammlungsabgeordneten unseres Gebietes geschlossen zum Ausdruck brachten:

„Die Bevölkerung in dem Landstrich an der Saar ist nach Abstammung, Sprache, Erziehung und Gesinnung deutsch. Die Errichtung des Saarstaates ohne Anschluß an Deutschland verstößt gegen den einmütigen Willen der Bewohner . . .".

ist die Meinung des ganzen Volkes bis auf den heutigen Tag geblieben. Der Treue gegenüber Deutschland entsprang die überwältigende deutsche **Kundgebung der Saarlouiser Bevölkerung,** als 1919 die Militärbehörde eine Kundgebung für Frankreich zu arrangieren versuchte, die aber auch völlig daneben gelang. Aus dieser Treue wurde die Antwort des Volkes im Saargebiet geboren, die es **am 12. März 1920** in deutlicher Sprache der Regierungskommission auf ihre Antrittsproklamation gab. Aus ihr flossen die deutschen **Kundgebungen aller Parteien und Berufsorganisationen.** Aus ihr wuchsen die **Proteste des Landesrates** und **seine Schritte beim Völkerbundsrat.** Und sie gebar die erhebende **Tausend-Jahrfeier,** die heranwuchs aus dem Innern des ganzen Volkes an der Saar zu einer nie erlebten Treuekundgebung fürs deutsche Vaterland. Die Treue einte Volk und Führerschaft, Bischöfe, evangelische Kirchenbehörde und die Geistlichkeit aller Konfessionen zu treudeutschem Handeln. An der Treue und Wahrhaftigkeit des Volkes im Saargebiet gingen der „Saarkurier" und der „Saarbund" zuschanden. Umsonst flossen die Millionen Frankreichs, die Major Richert verschwenderisch austeilte, um unser Volk „reif für den Anschluß an Frankreich" zu machen. **Trotz** Versammlungs- und Presseverboten, trotz völliger Abriegelung von Deutschland, trotz massenhafter Ausweisungen, Verhaftungen und Verurteilungen, trotz Zuckerbrot und Peitsche, trotz der verlockendsten Zukunftsbilder: **unser Volk blieb immer deutsch im Denken und Handeln. Das ist das Ergebnis, das gezogen werden muß. Wir Deutsche im Saargebiet verkaufen uns nicht um materiellen Vorteil, welchen uns französische Kreise vorspiegeln; wir sind und bleiben vorbehaltlos deutsch.**

Aus dieser unerschütterlichen Tatsache ergibt sich unser einmütiger Appell an die Völker und Staatsmänner, die uns bald nationale Gerechtigkeit widerfahren lassen können:

Laßt uns baldigst heim zum Deutschen Reich!

Als Vertreter der Sozialdemokratischen Partei des Saargebiets sprach

Parteivorsitzender M. Braun.

Er erklärte u. a.:

Die Politik unserer Tage schickt sich an, einen Schritt über Locarno hinaus in eine hoffentlich bessere europäische Zukunft zu tun. Eine stärkere öffentliche Meinung und stärkere wirtschaftliche und politische Kräfte denn je unterstützen diesen Schritt. Es ist auf beiden Seiten, auf der französischen wie auf der deutschen, das Wort gefallen von der Gesamtliquidation der noch schwebenden Fragen aus dem Weltkrieg: — Was ist da naheliegender, was ist da verständlicher und was ist da berechtigter, als daß in diesem Augenblick auch die Saar bei der Gesamtliquidierung der noch schwebenden Kriegsfragen

weder vergessen noch vertröstet

zu werden wünscht?!

Wir haben die eindeutige und klare Zusage des deutschen Reichsaußenministers und ihre Stützung durch sämtliche deutschen Reichstagsparteien, daß für ihn die Saarfrage genau so zur

Liquidierung der Kriegsfolgen gehört wie die Rheinlandräumung. Und wir haben neben Meldungen über entgegenkommende Auflockerung der Meinungen auf der französischen Seite ein Wort von Briand, dem Außenminister der dritten Republik, das am heutigen 10. Jahrestag der Unterzeichnung des Versailler Vertrages verdient, der Vergessenheit entrissen zu werden: Jene Worte an den Vater des Versailler Vertrages, an Clemenceau: „Ich liebe ihn nicht, Ihren Frieden, er ist wie Sie. Er trägt das Hütchen auf dem Ohr und wirbelt den Stock herum! Nein, ich liebe ihn nicht, Ihren Frieden." **Herr Briand wird in den nächsten Wochen Gelegenheit haben, einen der unbefriedigendsten Teile dieses von ihm gleich uns nicht geliebten Vertrages durch ein fair play mit Deutschland zur Liquidation zu bringen: — nämlich die Saarfrage.** Wir wünschen und hoffen, daß Herr Briand die Macht und die Kraft haben möge, wenn wir schon an seinem guten Willen nicht zweifeln, sein mit Stresemann seit Jahren geführtes Friedenswerk durch eine besondere Saartat zu krönen.

Und so richten wir in dieser Stunde unseren ersten und stärksten

Appell an Frankreich!

An das Frankreich der großen Revolution mit seinen europäischen Ideen der Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit, an das Frankreich der dritten Republik, das sich wie kein anderes Land auf die Verbreitung einer internationalen Atmosphäre versteht, aus der aber endlich auch die rettende Tat hervorgehen muß. An das Frankreich einer europäischen Mission, dessen Stunde gekommen ist, um mit England und Deutschland gemeinsam die Grundlage eines neuen Europa zu schaffen. Dabei kann es aber keine vollkommene Vereinigung des europäischen Westproblems geben, kann keine restlose Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich Platz greifen,

kann kein neuer europäischer Geist für den Wiederaufstieg unseres Kontinents auf der Grundlage der Verständigung der Völker sich ungehemmt entfalten, solange die Saarfrage nicht gelöst ist!

Wir begehren nichts so sehr, als aus der Trauer um die Tragik des Grenzlandes und seines Nibelungenhortes, als den Friedrich Metz seine Kohlenschätze bezeichnete, eingehen zu dürfen in die Freude über jenes Grenzlandstück, das in engster, unlösbarer Verbundenheit mit dem angestammten Vaterland Brücke sein darf der Verständigung zwischen den beiden größten Kulturnationen des europäischen Kontinents, zwischen Frankreich und Deutschland. Und darum wiederholen wir in dieser Stunde das Manifest der politischen Vertreter der Kreise Saarbrücken, Neunkirchen und Ottweiler, das sie 1866 gegen imperialistische Wünsche Napoleon III. an die Welt und unsere westlichen Nachbarn richteten und dessen Schlußworte also lauteten:

„Franzosen, wir wollen deutsch bleiben. Zieht einer scheinbaren Machtbereicherung das wirkliche Glück vor, mit Eurem Nachbarn in größtem Einverständnis zu leben, indem Ihr deren Unabhängigkeit und Nationalität achtet."

Und wir, die abgetrennten Deutschen der Nachkriegszeit, setzen hinzu: Was von uns aus geschehen kann, wird geschehen, daß das, was vergangen ist, vergangen bleiben soll, damit endlich auf die tausendjährige Erbfeindschaft der beiden Völker eine Zeit besseren Verstehens und engeren Zusammenarbeitens folgen kann.

Aber wir erwarten weitgehendes Verständnis für unseren Herzens- und Vernunftswunsch, Verständnis für unser Verlangen, wieder einmal, wie unsere Vorfahren schon im März 1848 in Sehnsucht nach dem deutschen Einheitsstaat die schwarz-rot-goldene Fahne der Republik und eines kulturell gerechteten Großdeutschland der Zukunft auf allen Türmen der Saar ungehindert und in aller Freiheit aufpflanzen zu können.

Wir sind nicht hierhergekommen, um anzuklagen, um zu verhetzen — wir wollen verhandeln. Aber wir sind ungeduldig, daß der Zeitpunkt des Beginns solcher Verhandlungen ausgerechnet für die Saarfrage zum Schaden für die Saar selbst wie für die beiden hauptbeteiligten Völker, wie auch für ein gutes Gelingen dieser Verhandlungen, immer wieder hinausgeschoben wird. Die Dinge in Europa drängen zu einem Ausgleich und unter ihnen nicht zuletzt die Saar:

Wir warten auf jenen großzügigen Akt Frankreichs,

der aus den Reden der Staatsmänner und aus ihren Frühstücksgesprächen endlich eine erlösende Tat hervorgehen läßt, von der die ganze Welt weiß, daß sie nur von Frankreich kommen kann. **Wir, die wir von einem den eigenen Staat vergötternden Nationalismus ebenso weit entfernt sind wie von jenem weltentrückten Ultrapazifismus, der alle Schwächen nur auf der eigenen Seite sieht, wir lieben mit ganzer Seele unsere eigene Heimat,** unser Volk, unseren Staat — aber wir wissen zugleich, daß er nur Glied eines größeren Ganzen ist, dessen einzelne Glieder sich nicht fremd bleiben dürfen, wenn nicht das Ganze und das Einzelne Schaden leiden sollen. Zwei große Völker wohnen im kontinentalen Europa nebeneinander, von denen Millionen und Abermillionen nichts weiter wollen, als im Frieden neben- und miteinander zu leben. **Und es bleibt der europäischen Politik keine andere Alternative, als entweder die logische Fortsetzung der Politik von Locarno bis zur Beseitigung der Kriegsreste und der Schaffung eines Vertrauens der europäischen Völker zueinander, oder aber Wiederauferstehung der alten Gegnerschaft, die der Ruin von uns allen wäre.**

Der Kampf, den die deutsche Saarbevölkerung seit zehn Jahren um die Deutschenbehauptung dieses Gebietes bis heute siegreich geführt hat gegen jeden Annexions- und Separationswillen: war schon ein ununterbrochener Sieg der Ideen des neuen Europa über die des alten.

Die Stunde ist da, wo wir den Triumph des neuen europäischen Gedankens durch die Rückgliederung der Saar zu vollenden haben!

Das alte Europa von Versailles muß sterben!

Es lebe das neue Europa saarländischer und deutscher Freiheit und deutsch-französischer Verständigung!

Landesratsabgeordneter Schmelzer (Deutschsaarl. Volkspartei) führte aus:

Drei Möglichkeiten der Abstimmung sieht das Saarstatut des Versailler Diktates für uns vor: Vereinigung mit Frankreich, Beibehaltung des jetzigen Zustandes, Wiedervereinigung mit Deutschland. 15 Jahre der politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Abtrennung vom Vaterlande sollten uns reif dazu machen, freiwillig die völlige Loslösung zu fordern und den Traum aller französischer Gewaltpolitiker wahr zu machen: das Saargebiet, das Glacis der Rheinlande in französischem Besitz! Nicht zehn Jahre waren erforderlich, um jedem Menschen in Frankreich, der sich mit der Politik beschäftigt, klar werden zu lassen, daß **dieses politische Ziel unerreichbar ist. Der Traum ist aus!** Aber nicht begraben ist die Hoffnung auf einen Teilerfolg, auf die Behaltung des jetzigen Zustandes, oder wie die französische Propaganda sagt, Fortbestehen oder Errichtung eines

autonomen Saarstaates.

Es ist eine Verwirrung der Begriffe, eine arglistige Täuschung, wenn der jetzige Zustand des Saargebietes gleichgestellt wird mit Autonomie, wenn uns vorgegaukelt wird, durch eine entsprechende Abstimmung könnte das Saargebiet sich eine Selbstverwaltung, ein unabhängiges staatliches Dasein erwerben. Der jetzige Zustand, über den, außer den beiden andern Möglichkeiten, allein abgestimmt werden kann, ist nicht Autonomie, ist nicht Selbständigkeit. **Er bedeutet autokratische Regierung eines Fünfmännerkollegiums mit vier Ausländern, ernannt durch den Völkerbund ohne Mitwirkung der Bevölkerung. Er bedeutet Ausschaltung der Bevölkerung in Gesetzgebung und Verwaltung, Ausbeutung durch Landfremde zugunsten fremder Interessen, bedeutet Zwangseingliederung in wesensfremdes Zoll- und Wirtschaftsgebiet, die Beibehaltung einer fremden Geldwährung, auf deren Stand wir keinen Einfluß haben. Er bedeutet Unterdrückung unseres Volkstums,** kurzum die Aufrechterhaltung der durch den vorliegenden Vertrag und vorliegendes Protokoll errichteten Verwaltungsordnung, wie es im Saarstatut heißt, bedeutet

politische und wirtschaftliche Sklaverei.

Sie ist gleichbedeutend mit dem Dasein eines unmündigen Kolonialvolkes und die Beibehaltung dieses Zustandes bedeutet zum Schluß den **endgültigen Verlust unseres Reichtums, unserer Kohlengruben an Frankreich.** Denn nur eine Besitzesänderung der Gruben sieht das Saarstatut vor: Bei der Abstimmung für Deutschland, den Wiedererwerb durch Deutschland, in jedem andern Falle verbleiben sie ihrem jetzigen Besitzer, Frankreich.

Aber nehmen wir einmal an, es sei möglich, unter Abänderung des Saarstatuts, hier einen selbständigen Staat aufzurichten, hätte er auch nur irgendetwas Verlockendes für uns. Wir wollen das Gefühlsmäßige bei dem Gedankengang ausschalten, obwohl es bei den Menschen eine nicht geringere Rolle spielt als das Verstandesmäßige. Nur nach der wirtschaftlichen Seite wollen wir uns die Frage vorlegen und beantworten. In französischen Kundgebungen wird uns in der letzten Zeit mitunter der sogenannte Freistaat Danzig als Musterbeispiel dafür hin-

gestellt, **wie gut wir es als Völkerbundsland haben könnten.** Unsere Danziger Freunde, die wir seit Jahren regelmäßig in Genf treffen, haben darüber eine andere Meinung. Wie wir von Frankreich, so werden sie von Polen unterdrückt und wenn sie nicht mit Gewalt in ihrem Sonderdasein gehalten würden, **mit fliegenden Fahnen würden sie zum Deutschen Vaterlande zurückkehren** — auch aus wirtschaftlichen Gründen.

In andern französischen Bekundungen verweist man uns auf Luxemburg, das eine ähnliche wirtschaftliche Struktur habe wie das Saargebiet. **Luxemburg ist ein glänzendes Beispiel für uns, um unsere Ablehnung eines eigenen Staates wirtschaftlich zu begründen.** Wir wissen doch, daß Luxemburg vor dem Kriege ohne Zollunion mit Deutschland nicht zurecht kam, und daß es jetzt ohne Zollunion mit Belgien nicht auskommen kann. Wir wissen, daß Luxemburg eine selbständige Handelsvertragspolitik nicht treibt, daß es sein Eisenbahnwesen allein nicht halten kann und wir sind auch imstande, die deutsche soziale Gesetzgebung mit den Verhältnissen in Luxemburg zu vergleichen. Wir wissen, daß die Selbständigkeit Luxemburgs eine sehr problematische ist und noch problematischer, oder man kann sagen, **nur fiktiv wäre die des Saargebietes.** Wo sollten wir hin mit unserer Ausfuhr, wenn sich uns das Reich verschließt. Wie sollten wir unsere Sozialrentner ernähren, wenn wir nicht die Verbindung mit der großen deutschen Sozialversicherung hätten. Wie könnten wir alleine auf uns gestellt die vielfältigen staatlichen Aufgaben erfüllen, ohne Arbeiterschaft und Mittelstand steuerlich bis aufs letzte auszupressen.

Wir finden keine befriedigende Antwort auf diese Fragen, auch dann nicht, wenn uns die Gegner vorführen, welch schlimmer Zukunft wir entgegengehen, wenn wir ihren guten Ratschlägen nicht folgen. Nicht alle, die uns bearbeiten, geben sich die Mühe dieser Ratschläge. Es gibt Tölpel in Frankreich, die uns dumm und plump mit offener Gewalt drohen. Selbst wenn der Völkerbund, wenn Europa und die Welt zu einem Gewaltakt schweigen würden, wäre unsere Sache nicht verloren. Die Leute, die uns drohen, sind vielleicht von ihrem vermeintlichen Siege noch so berauscht, daß sie nicht sehen, was doch offenkundig vor uns liegt: Ein gewaltsames Anfügen des widerstrebenden Saargebiets zu dem noch unverdauten Elsaß-Lothringen würde Frankreich eine tödliche Kolik bringen, spätestens an dem Tage, an dem eine Verwicklung mit irgendeiner andern Macht auftreten würde. Die Bäume Frankreichs dürften die Grenze ihres Wachstums erreicht haben — in den Himmel wachsen sie bestimmt nicht!

Die Leute mit dem guten Rat für uns, die Sanftmütigen, die so besorgt sind um unser Wohl, die uns beschwören, doch ja uns nicht zu weit von Frankreich zu entfernen, weil das unser sicheres Unglück wäre, auch sie mögen sich beruhigen. Es ist umsonst, daß sie uns ihren nicht gewünschten Rat erteilen. Nur zu deutlich sieht man unter ihrem abgenutzten Schafspelz den gierigen Wolf. Die Maskerade ist schlecht, man müßte sie als frech ansehen, wenn sie nicht gleichfalls so überaus dumm wären. Zu ihrer endgültigen Orientierung soviel:

Die gesamte deutsche Wirtschaft an der Saar bekennt sich zu der Auffassung und hat das immer und immer wieder bekundet, daß ein von Deutschland dauernd losgelöstes Saargebiet ihr Untergang wäre. Nur in der Verbindung mit dem Reich hofft sie auf eine gute Zukunft.

Ein Wort noch zu den noch Sanftmütigeren, die uns ködern wollen; **deren Worte sind wie Honig und Honigseim.** Die Paneuropäer, die uns zureden, aus dem Saargebiet eine Brücke zu machen, auf der sich Frankreich und Deutschland brüderlich die Hände reichen können, oder einen Pufferstaat, der sie hindert, sich an die Hälse zu fahren. Das Saargebiet ist zu schmal zur Brücke und seine Grenzen lassen zuviel deutsch-französische Grenze übrig, um diese Rolle zu übernehmen. Aber alle Voraussetzungen dafür hat Elsaß-Lothringen. Das deckt alle Grenzen, das wäre die Brücke. Das wäre das Land, in dem die vielberufene Vereinigung der beiden Kulturen vor sich gehen könnte. Die französischen Idealisten dürfen bei dem Brückenbau unserer Mithilfe versichert sein.

Und zum Schluß wollen wir uns noch befassen mit den Genügsamen, die aus dem Bankrott der französischen Politik im Saargebiet wenigstens einen (nach ihrer Meinung) kleinen bescheidenen Gewinn retten wollen, den Warndt, oder einen Teil davon. Sie sind von allen, die genannt sind, die besten Realisten, denn sie rechnen mit einer gewissen Realität **mit deutscher Weichmütigkeit und Nachgiebigkeit.** Sie hoffen, daß vielleicht im Endlauf wohl nicht unsere Nerven, aber die anderer Leute versagen könnten. Vielleicht auch darauf, daß durch irgendeinen kleinen Schwindel der entscheidende Völkerbundsrat bewogen werden könnte, mit Rücksicht auf die wirtschaftlichen Bindungen Frankreich einen kleinen Teil des Gebietes zuzuwenden, auf dem nur einige 100 Menschen wohnen. Und in Gedanken setzen sie hinzu, der unter seiner Oberfläche die reichsten Schätze des Saargebiets birgt. **Auch sie werden sich verrechnen.** Es wird niemand im Endlauf die Nerven verlieren und die Vertreter der politischen Parteien haben sich in all den Jahren in Genf und sonstwo so auf die Bekämpfung des Schwindels trainiert, daß man ihnen wohl zutrauen darf, daß sie auch mit dem letzten Versuche fertig werden.

Es ist für Frankreich im Saargebiet politisch nichts mehr zu gewinnen. Wirtschaftlich nur dann, wenn seine Staatsmänner und Politiker, bevor es zu spät ist, die Lage ungefärbt zu sehen vermögen. Wenn sie entschlossen einen Strich machen unter ein Abenteuer, das auf Betrug aufgebaut, dessen finanzieller Erfolg aufgewogen wurde durch einen Verlust an Ansehen, den Frankreich bei allen rechtlich denkenden Menschen der ganzen Welt erlitten hat.

Wir wollen ihnen ihren Entschluß durch unsere heutige Kundgebung erleichtern, indem wir wieder einmal vor aller Welt bezeugen. **Die Bevölkerung des Saargebietes ist hundertprozentig deutsch. Wir werden abstimmen, jetzt oder im Jahre 1935 nicht für Frankreich, nicht für die Beibehaltung des jetzigen Zustandes, sondern für die Beendigung unserer Knechtschaft, für die Wiedervereinigung mit Deutschland, dem Land unserer Wünsche und Hoffnungen, für die Wiedervereinigung mit unserem geliebten Vaterlande.**

Für die Deutschnationalen sprach

Stadtverordneter Dr. Kohlbecher:

Wir beweisen, wir haben bewiesen, daß wir deutsch sind! — Wir von der Saar, die wir uns die ersten nennen können, die den heute so vielgenannten Begriff Selbstbestimmungsrecht der Völker als ihren Willen zum Ausdruck gebracht haben, dadurch, **daß 1815 während den Verhandlungen zum zweiten Pariser Frieden die gesamte Bevölkerung an der Saar forderte, wieder mit ihren deutschen Brüdern, von denen sie durch Gewalt vorübergehend getrennt waren, vereinigt würden** durch Aufnahme in den Staat Preußen. Damals waren die Machthaber klüger und scheuten sich nicht, eine kurz vorher zuungunsten der Saarbevölkerung getroffene Vereinbarung den Gründen der Vernunft und den Wünschen der Bevölkerung entsprechend zu ändern.

Wir sind deutsch und warten auf nichts anderes so sehnsüchtig, als auf unsere Heimkehr ins Reich. Heute glaubt doch kein ehrlicher Franzose mehr, daß uns nach Frankreich gelüste. Damals in den ersten Jahren mußte man auch „ehrliche" Franzosen erst einmal davon überzeugen, wer wir waren, wohin unser Herz gehöre.

Ich spreche bewußt von „ehrlichen" Franzosen aus den ersten Jahren der Abtrennung des Saargebietes vom Mutterlande. Ich möchte aber auch gerne von ehrlichen Franzosen sprechen jetzt nach zehnjähriger Trennung von der Heimat, von jenen, die sich in der Zwischenzeit davon überzeugt haben, daß sie weder ein historisches noch ein moralisches Recht besitzen, die Saar für Frankreich zu annektieren!

Damit rücke ich um so bestimmter ab von jenen, die nur aus Beutegier die Rückkehr des Saargebietes zu seinem Mutterlande verhindern wollen.

Soll heute nicht der ehrliche national denkende Franzose wissen, ja — sogar der extrem national denkende Franzose wissen, **daß seit einem Jahrtausend fast in ununterbrochener Reihenfolge das Saargebiet deutsch gewesen ist,** — er soll nicht wissen, daß, **seit Franken und Alemanen in grauer Vorzeit ins Saartal kamen, hier die deutsche Sprache klingt und soll er nicht wissen, daß das Saargebiet seiner Kultur, seiner Sprache und seinen Sitten nach zum deutschen Kulturkreis gehört!** Und soll er endlich nicht wissen, daß bei den Teilungsverträgen, welche die politische Zugehörigkeit um die Jahrtausendwende regeln sollte, das Saargebiet immer und immer wieder als ein Teil deutschen Landes anerkannt wurde!

Wenn er dies weiß und wenn er dann noch weiter gelernt hat aus dem Kampf der Saarbevölkerung in den vergangenen zehn Jahren, so muß er wissen, daß eine **Annexion ein Unrecht und daher der Keim zu unausbleiblichen Verwicklungen sein wird,** der die Völker nicht zu-, sondern auseinanderführen muß.

Dort, wo das historische Recht fehlt, darf die brutale Gewalt nicht sprechen! Aber es fehlt auch das Recht aus dem Versailler Vertrag!! Ich will nicht auf die Kriegsschuldlüge ein-

gehen, die das Fundament dieses Diktatfriedens bildet, sondern ich will mich lediglich darauf beschränken, festzustellen, daß man seinerzeit das Saar-Statut in den Versailler Vertrag einfügte mit der Begründung: Es leben an der Saar 150 000 Franzosen und die Saargruben seien nötig zum Ersatz der zerstörten nordfranzösischen Kohlengruben! Wohlan! Daß hier im Saargebiet keine Franzosen sind, weiß jedes Kind und muß auch Frankreich wissen. Ja, selbst der Vater dieser Lüge — Herr Tardieu — hat die Unhaltbarkeit seiner Behauptung zugegeben. Die nordfranzösischen Gruben sind aber wieder aufgebaut. Ihre Produktion ist heute größer als die vor dem Kriege!

Es fehlt also für die weitere Vergewaltigung des Saargebietes die erforderliche Grundlage, die bis jetzt der Versailler Vertrag scheinbar gegeben hat. Daher muß Frankreich, sofern es eine ehrliche Befriedigung der beiden Völker wünscht, erklären, daß durch den Wegfall der Voraussetzungen des Saarstatuts, das Saarstatut selbst hinfällig geworden ist.

Die Folgerung aus dieser Erkenntnis muß der Wille sein, in die sofortige Rückgliederung des Saargebietes in das Mutterland einzuwilligen.

Aber weiter: Der Friedensvertrag hat uns außerdem Lasten auferlegt, ungeheure Lasten! — — — Die Lasten sind übernommen. — Wo bleibt das Recht für Frankreich nach Uebernahme der Lasten und nach Erfüllung der Voraussetzung zu sagen: Die Saargebietsfrage soll anders behandelt werden wie die Frage der Räumung des Rheinlandes? **Man kann, da beides — Saargebiet und Rheinland — eng verbundene Teile des deutschen Landes sind, für ein Ganzes keine zweierlei Rechte konstruieren.**

Daher fordern wir, und ich wende mich als Sprecher der Deutschnationalen Volkspartei an die überaus stark nationalen Parteien Frankreichs, fordern wir aus **dem ehrlichen Willen, die Befriedung der beiden Völker zu erreichen,** daß man mit der Räumung des Rheinlandes einwillige in die gleichzeitige und unverzügliche Rückgliederung des Saargebietes in das Mutterland.

Ich appelliere an die Parteien der Rechten in Frankreich, uns, von deren Deutschtum sie sich überzeugt haben, das zu geben, was jedem Franzosen selbstverständlich ist: Die Möglichkeit, in den Grenzen des angestammten, heiligen Vaterlandes zu leben.

Es ist selbstverständlich, daß diese Rückgliederung vorbehaltlos geschehen soll. Hierbei spielt für uns keine Rolle, ob uns in allen Teilen die heutigen Verhältnisse im Deutschen Reich als Deutschnationale gefallen. Ich denke hierbei aber auch nicht an die schweren Lasten, die das Reich auf sich genommen und noch auf sich nehmen muß.

Ueber allem Parteigetriebe steht die heiße Liebe zum Vaterlande! Ihr zuliebe nehmen wir alles auf uns, wenn nur unser Wille und unser Wunsch in Erfüllung geht, mit dem Mutterlande vereint zu sein! Darum freue ich mich, vereint mit den gesamten Parteien des Saargebietes von dieser Stelle aus und ich für meine Partei die vorbehaltlose Rückkehr mit heißem Herzen fordern zu dürfen.

Darum rufe ich den großen nationalen Parteien Frankreichs zu: **„Laßt ab von Eurem Bestreben, durch ein Unrecht das Saarvolk in seinem heiligsten Rechte der Rückkehr zum Vaterlande zu hindern und denkt daran, daß, wenn den Franzosen die Vaterlandsliebe heilig, sie dem schwergeprüften Deutschen doppelt heilig und teuer sein muß."**

Tragt bei zum Frieden und vermeidet, daß die Nachwelt und die Geschichte von Euch spricht als von Franzosen, die die Forderung der Stunde verkannt und statt zur Befriedung zur Zerstörung Europas beigetragen haben.

Wir Saarvolk aber müssen, wenn unser Wunsch nicht in Erfüllung gehen sollte, weiter kämpfen, denn nur eines heischt die schwere Zeit:

Sei einig Volk und sei bereit!

Als letzter Redner der politischen Parteien sprach der Vertreter der Deutschen Wirtschaftspartei

Landesratsabgeordneter Schmoll.

Als Sprecher der Deutschen Wirtschaftspartei und insbesondere als Vertreter des organisierten Haus- und Grundbesitzes lege ich in dieser ernsten Stunde erneut Verwahrung ein gegen eine Behauptung, die immer wieder von französischer Seite verbreitet wurde. Wird doch ernstlich gesagt, die Stimmung im Saargebiet sei eine gekünstelte, eine von außen hineingetragene und die eingesessene Bevölkerung, oder wenigstens Teile derselben dächten in politischer Beziehung ganz anders, als die später zugewanderten. **Diese Behauptung weise ich als eine Beleidigung der bodenständigen Bevölkerung mit allem Nachdruck zurück.**

Ob zugewandert, ob eingesessen in der

Liebe und Treue zu Deutschland

kennen und machen wir an der Saar keinen Unterschied. Unlösliche Bande der Treue verbinden uns alle mit unserem Mutterland. Keine Macht der Erde, auch kein Friedensvertrag vermag diese Bande zu lösen.

Die Gefühle der Bevölkerung, die hier zu vertreten ich die Ehre habe, glaube ich nicht besser zum Ausdruck bringen zu können, als es in jenen Richtlinien geschehen ist, die sich die frühere Haus- und Grundbesitzerpartei bei ihrer Gründung gab: „Den deutschen Haus- und Landbesitz wollen wir durch unser Wirken in deutschen Händen erhalten, damit er deutschem Volkstum, deutscher Kultur und Sitte und dem Gefühl der Zugehörigkeit zum alten Mutterlande die kräftigste Stütze bleibe."

Die Saarbevölkerung ist sich — und das kann man nicht oft genug sagen — in der Frage, aus der heraus wir uns hier zusammengefunden haben, völlig einig. Wie eine starke Eiche wurzelt fest in heimatlicher Erde die deutsche Treue an der Saar. Mag von Westen her auch rauher Wind ihre Aeste schütteln, mag der Weststurm krachend durch ihre Krone fegen, ein solch fester Baum läßt sich ebensowenig entwurzeln, wie unsere Treue.

In den nächsten Monaten wird vielleicht von Westen erneut Sturm gegen unsere Heimat antoben, unsere Treue wird nicht weichen und nicht wanken. Mag kommen, was da will,

von unserem Mutterlande lassen wir uns nicht trennen.

Auch nicht in Form eines Schein- oder Krüppelstaates. Wir haben Deutschlands Aufstieg und seine guten Zeiten miterlebt, deshalb dürfen und wollen wir in Deutschlands größter Not nicht beiseite stehen. **Zurück zum Reich wollen** wir und wir kommen auch zurück, denn für uns gilt immer noch das Wort des Freiherrn v. Stein: **„Ich kenne nur ein Vaterland und das ist Deutschland."**

Stadtverordneter Steegmann

sprach sodann den Rednern in herzlicher Form Dank aus. Ein jeder Redner habe seine eigenen Gedanken entwickelt, aber der Gedanke sei ein gemeinsamer gewesen; wir sind Deutsche, bleiben Deutsche und werden deutsch bleiben. Wir wollen zurück zum Reich! Ferner dankte er allen Mitwirkenden, dem Städtischen Orchester, den Chören. Besonderer Dank gebühre allen Anwesenden, die gekommen seien, um dadurch ihre Treue und Liebe zum Vaterland zu bekunden. Wir wollen, so fuhr Stadtverordneter Steegmann fort, unseren Dank in dem heißen Schwur erklingen lassen, den Frankreich, Deutschland, die ganze Welt hören mag:

Wir wollen Deutsche bleiben bis zum Tode. Der deutsche Saarboden soll deutsch bleiben, solange die Erde steht. Wir wollen aber auch frei sein wie die Väter waren. Wir wollen zurück zum Mutterland, lieber heute denn morgen.

Dieser Gedanke sei in folgender kurzer Entschließung zum Ausdruck gebracht:

Entschließung.

„Die zu einer gewaltigen Kundgebung in und vor dem größten Saale Saarbrückens versammelten, nach Tausenden zählenden Männer und Frauen aus allen Ständen und Gegenden des Saargebietes richten im Namen der gesamten Saarbevölkerung an die Welt den einmütigen Appell, der Saarbevölkerung endlich nationale Gerechtigkeit widerfahren zu lassen. Sie fordern die Völker und Staatsmänner der Welt eindringlich und ernst auf, baldigst dem Saargebiet die politische und wirtschaftliche Wiedervereinigung mit dem Deutschen Reich ohne jeden Vorbehalt zu ermöglichen. Rheinlandräumung muß zugleich Rückgliederung des Saargebietes werden. Gerechtigkeit und Völkerfrieden verlangen das."

Die vorstehende Entschließung wurde mit tosendem Beifall aufgenommen. Sie bekundet also den Willen der **gesamten** Bevölkerung. Der Leiter der Kundgebung konnte sodann folgendes Telegramm des Bundes der Saarvereine und der Geschäftsstelle „Saar-Verein" aus Berlin zur Verlesung bringen: **„Saar, Rhein, Reich. in ewig unlöslicher Schicksalsgemeinschaft!**

In diesem Dreiklang muß und wird der deutsche Freiheitskampf zu Ende geführt werden. Es darf keine Trennung zwischen Rhein und Saar bei der Liquidierung der Kriegsschuldfrage geben. Gemeinsam gestritten, gemeinsam gelitten, gemeinsam befreit! Des Saarvolkes Stimme mahnt die Welt: Solange noch eine Saarfrage besteht, kann es keinen dauernden Frieden geben. Im Reiche aber muß erneut der Ruf erschallen: „Vaterland, Saardeutschland ruft Dich! Das Saargebiet will heim!" Eure Sache ist unsere Sache. Euer Ruf ist unser Ruf. Es darf nicht wieder ein „armes

Saarvöglein" geben. Glückauf! zum saardeutschen Schwur: „Wir wollen frei sein, wie die Väter waren!"

Bund und Geschäftsstelle „Saar-Verein" Berlin.
O. Andres, Senatspräsident.
Th. Vogel, Verwaltungsdirektor."

Diese Treugrüße der im Reiche lebenden Saarländer und Freunde des Saargebietes wurden ebenfalls mit großem Beifall aufgenommen.

Stadtverordneter Steegmann sprach dann das Schlußwort. Nach einem donnernden dreifachen Hoch auf die deutsche Saarheimat und das deutsche Vaterland und dem Deutschlandlied schloß die denkwürdige saardeutsche Kundgebung.

Die Notwendigkeit einer befriedigenden Regelung der Saarfrage.

Wir sind kürzlich auf die Erklärung Dr. Stresemanns eingegangen, die er als Außenminister des Deutschen Reiches im Reichstage über die Saarfrage abgegeben hat. Danach gehören nach Auffassung der Reichsregierung die Fragen der Saar zu jenen, die als Folgerung einer neuen Reparationsregelung liquidiert werden müssen. Von zuständiger deutscher Seite ist dann in Verbindung mit Nachrichten von einer beabsichtigten Dreiteilung der politischen Konferenz kategorisch erklärt worden, daß Deutschland darauf bestehen muß und wird, „daß es sich bei der kommenden Konferenz nicht nur um die Annahme des Young-Planes handelt, sondern, daß eine Gesamtliquidation aller zwischen Deutschland und seinen ehemaligen Kriegsgegnern strittigen Fragen erfolgen muß". Wir glauben, daß somit über die Einstellung der deutschen zuständigen Stellen zur Frage des Saargebiets kaum noch ein Zweifel bestehen kann. Die Erörterungen, die in letzter Zeit vor und nach Paris über die politischen Auswirkungen des neuen Zahlungsplanes besonders auch hinsichtlich der Saarfrage in der Presse des In- und Auslandes erschienen sind, machen es aber notwendig, festzustellen, daß die Stellungnahme der Reichsregierung, wie sie in den verschiedenen öffentlichen Erklärungen bekanntgegeben worden ist, sich deckt mit der Auffassung des Saargebiets. Das Saargebiet darf und will nicht Handelsobjekt sein bei den bevorstehenden Verhandlungen.

Diese Feststellung muß gemacht werden, weil man vielfach der Auffassung begegnet, als sei das Saarproblem eine Frage, die nicht unmittelbar zu jener Verhandlungsmaterie gehört, die im September v. J. in Genf Gegenstand der Staatsmännerbesprechung war. Man trifft auch in der deutschen Presse auf die These, daß die Entscheidung über das endgültige Schicksal des Saargebiets im Versailler Vertrag von der Volksabstimmung abhängig gemacht worden ist, die für das Jahr 1935 festgesetzt wurde. Diese Auffassung ist nur bedingt richtig. Wenn zwischen Deutschland und Frankreich eine Vereinbarung über die vorzeitige Rückgabe der Saargruben zustande kommt, so ist selbstverständlich die Abstimmung nicht an das Jahr 1935 gebunden. Grundlage der Versailler Saarregelung bilden die Saargruben als Reparationsobjekt. Die Reparationsfrage wurde aber von den Sachverständigen in Paris durch den neuen Zahlungsplan vollständig und endgültig der Regelung zugeführt. Man kann nicht einen ungelösten Reparationsrest durch Weiterbestehen des Saarsonderregimes aufrechterhalten. Deshalb ist die von Frankreich aufgestellte These, die Saarfrage aus der jetzigen Reparationsregelung herauszulassen, mit aller Entschiedenheit abzulehnen.

Der Hauptsachverständige Deutschlands auf der Pariser Konferenz, Dr. Schacht, hat auf dem Deutschen Industrie- und Handelstag in München seinen Bericht über diese Konferenz mit der Hoffnung abgeschlossen, „daß sich keine parlamentarische Mehrheit Deutschlands finden wird für die politische Ratifizierung des Young-Planes, wenn nicht die sofortige bedingungslose Räumung des Rheinlandes und eine befriedigende Regelung der Saarfrage uns die volle Souveränität über das deutsche Reichsgebiet zurückgeben." Der Wortlaut seiner Bemerkungen könnte den Schluß zulassen, als ob er mit seinen Erwartungen hinsichtlich der Saarfrage nicht ganz so weit geht wie Dr. Stresemann. Es mag sein, daß Dr. Schacht mehr die wirtschaftliche, Dr. Stresemann aber allein die politische Regelung im Auge hatte. Es darf jedenfalls hinsichtlich der Auswirkungen des Young-Planes auf die Saarregelung keine Unklarheit darüber bestehen, daß die wirtschaftliche Seite der Versailler Saarregelung durch den Gang der Verhältnisse seit Jahren überholt ist. Es ist keine Rede mehr davon, daß die Uebereignung der Saargruben an Frankreich als Ersatz der zerstörten Gruben Nordfrankreichs in Frage kommen, denn es gibt keine zerstörten oder in ihrer Förderung begrenzten nordfranzösischen Gruben mehr; sie haben nach einem Bericht des französischen Ministers für öffentliche Arbeiten schon vor drei Jahren die Vorkriegsförderung überschritten.

Blieben noch die französischen Wirtschaftsinteressen, wie sie seit Ausgang 1918 nach der Besetzung des Saargebietes ganz systematisch entwickelt wurden. Für diesen französischen Wirtschaftsaufbau an der Saar bietet der Versailler Vertrag, bietet das Saar-Sonderregime keinerlei Rechtsgrundlage. Jene französischen Wirtschaftler, Industrielle, Kauf- und Finanzleute waren sich im klaren, daß das Saarsonderregime nur ein Uebergangsstadium darstellte, da spätestens im Jahre 1935 durch Volksabstimmung die endgültige Zugehörigkeit des Saargebiets entschieden werden soll. Sie waren sich auch von Anfang an nicht im unklaren darüber, wie eine solche Volksbefragung ausgehen wird. Die Bevölkerung an der Saar hat zu dutzenden Malen in öffentlichen Kundgebungen und in der Presse einmütig ihren Willen bekannt gegeben: deutsch zu sein und heimzukehren.

Damit sind die politischen Voraussetzungen für eine gerechte und im Sinne des von Wilson proklamierten und von allen Kriegsbeteiligten anerkannten Selbstbestimmungsrechts der Völker für die Saarlösung gegeben. Alles, was man sonst etwa für die Saarregelung an Vorschlägen unterbreiten würde, widerspricht dem klaren Wortlaut und Geist des Saarstatuts und kann von Deutschland nicht angenommen werden. Inwieweit Deutschland bereit sein wird, durch die Schaffung eines Uebergangsstadiums die Liquidierung der französischen Wirtschaftsinteressen an der Saar zu erleichtern, dürfte wesentlich davon abhängen, was Frankreich dafür zu bieten bereit ist. Es kann keine Rede davon sein, etwa alle wirtschaftlichen und politischen Forderungen Frankreichs zu erfüllen, die es mit einseitiger Auslegung der Saarstatutsbestimmungen zu begründen versucht.

Es mag sein, daß sich heute über die Saarregelung schon ein ausgedehnter Gedankenaustausch zwischen Berlin und Paris entwickelt hat, ein Gedankenaustausch, wie er zur Einleitung diplomatischer Entscheidungen vorauszugehen pflegt. Es ist auch verständlich, daß die Oeffentlichkeit über Inhalt und Stand dieses Gedankenaustausches nicht unterrichtet wird. Man kann kaum erwarten, daß Frankreich ohne weiteres das Saargebiet freigibt. Seine Presse sagt uns täglich, daß das Saargebiet ein für Frankreich viel zu wertvolles Wirtschaftsobjekt darstellt, als daß man sich von ihm ohne entsprechende Kompensation trennen würde. Aus dem Munde der Führer der Association Française de la Sarre wissen wir auch, daß man wenigstens in einem Teil der französischen Wirtschaft und des französischen Handels das Saargebiet als Ausbeutungsobjekt betrachtet und auch fernerhin als solches betrachtet sehen will. Eine andere Frage ist es, welchen Preis das offizielle Frankreich bisher verlangt hat und wie sich das offizielle Deutschland zu den französischen Forderungen stellt. Durch eine Notiz in der Tagespresse erfuhr man, daß kürzlich eine Sitzung des Saarausschusses stattgefunden hat, in der mit den Vertretern des Saargebietes Stand und Aussichten der Saarfrage besprochen worden waren. Man wird somit annehmen können, daß alle Mitglieder des Saarausschusses über die einzuschlagenden Wege und das zu erreichende Ziel eine klare und eindeutige Linie aufgestellt haben. Ohne diese Linie wäre es jedenfalls bedenklich, in Saarverhandlungen mit unseren ehemaligen Kriegsgegnern einzutreten, sofern diese nicht eine bedingungslose und restlose Liquidierung der Saarfrage im

Auge haben. Gerade weil von französischer Seite heute Fragen des wirtschaftlichen Interesses und der wirtschaftlichen Zusammenarbeit in den Vordergrund gestellt werden, besteht die Gefahr, daß „eine befriedigende Regelung der Saarfrage" nicht zustande kommt, jedenfalls keine Regelung, wie sie von der übergroßen Mehrheit der Saargebietsbevölkerung erwartet wird und nach den Worten des deutschen Außenministers auch erwartet werden darf.

Bittere Klagen der Rhein- und Saarländer über die Deutsche Rundfunk-Gesellschaft in Berlin.

Der Westausschuß für Rhein, Pfalz und Saar, dem u. a. auch der Bund der Saarvereine angehört, hat in seiner letzten Sitzung folgende Entschließung gefaßt:

„Aus den Kreisen der Rhein- und Saarländer im unbesetzten Gebiet gehen uns lebhafte und zum Teil erregte Klagen darüber zu, daß die deutsche Rundfunk-Gesellschaft die Fragen des Westens, und zwar nicht nur solche politischer, sondern auch kultureller und wirtschaftlicher Art offenbar grundsätzlich ausschaltet. Besonders peinlich hat in den letzten Wochen berührt, daß jede Erörterung der doch für 3 Generationen entscheidenden Fragen der Reparations-, der Rheinlandkontroll- und der Saarfrage vom Rundfunk nicht zugelassen wurde, die Uebertragung des Boxkampfes Schmeling aber dafür eingeschaltet wurde. So hat die Rundfunkleitung Berlin gelegentlich der kürzlich stattgefundenen Jahrestagung des Bundes der Saarvereine in Münster und des Reichsverbandes der Rheinländer in Stuttgart trotz aller Bemühungen der Landesbehörden nicht zugelassen, daß die Sorgen und Wünsche der Rheinländer um das Schicksal ihrer Heimat zum Ausdruck gebracht wurden. Gegen diese an den schlimmsten Vormärz gemahnende Zensur des Rundfunks erheben wir schärfsten Protest und bitten alle entscheidenden Stellen im Parlament und in der Regierung, diesen unverkennbaren Mißstand, der jeder neuzeitlichen Auffassung von Freiheit und Kultur Hohn spricht, abzustellen."

Propaganda!

Von Dipl. rer. pol. Emil Heitjan, Schriftleiter, Saarlouis.

Es wäre eitel Selbstbetrug, wollten wir Deutsche von andern Nationen nicht die Lehren annehmen, wo wir von ihnen profitieren können. Wie uns der Spiegel erst unsere körperlichen Vorzüge nicht nur, sondern auch die Schwächen und unschönen Züge ungeschminkt zeigt, so lernen erst die Urteile anderer uns selbst kennen. Wenn auch gröber und übertrieben, so müssen wir, — wollen wir ehrlich sein — Wahrheiten in der Kritik anderer anerkennen. Blicken wir auf die verflossenen zwei Jahrzehnte zurück, so wollen wir ruhig die uns häufig vorgehaltene mangelnde Propagandafähigkeit und -tüchtigkeit als wahr hinnehmen. Wie wir während und nach dem Kriege es reichlich schlecht verstanden haben, für unser Volk und unsere Nation in der Welt rechte Propaganda zu treiben — zum Teil allerdings bedingt durch hermetische Abschnürung — so ist es auch heute noch in vielen Dingen. Ich denke da z. B. an unsere außenpolitische Propagandatätigkeit und speziell die für das Saargebiet.

Ein Vertuschen hilft da nichts. Wenn wir uns etwa einbilden, daß bei dem politisch gebildeten Europäer im allgemeinen die Wahrheit über das unselige Gebilde, „Saargebiet" genannt, vorherrscht, so ist das ein Irrtum. Dieses Faktum kann man in Holland, England und Belgien ebensogut feststellen (wie ich mehrfach Gelegenheit hatte), wie in Frankreich. Tief bedauerlich ist es aber, wenn genügende Kenntnis über die Dinge bei uns an der Saar im eigenen Vaterland nicht einmal vorhanden ist. Es wäre Vogel Strauß-Politik, wollte man sich damit abfinden; es kann nur eins geben, ehrliche, aufrichtige, wahrheitsgemäße intensive Propaganda zu treiben mit dem Ziele, zu verbreiten „die Wahrheit, damit sie erkannt wird und frei macht". Weil wir von der Richtigkeit und eminenten Wichtigkeit dessen überzeugt sind, begrüßen wir im Saargebiet freudig und dankbar die Tätigkeit des Bundes der Saarvereine. Denn wir wissen durch ihre bisherige Tätigkeit, daß sie ihrem vor zehn Jahren gesteckten Hauptziel, Aufklärung über unser auf Zeit abgetrenntes deutsches Gebiet in weiteste Volksschichten zu tragen, nie ermüdend nachgeht.

Wieviel notwendiger ist diese Tätigkeit aber erst, wenn man beruflich gezwungen ist, fast tagtäglich in der französischen Presse auf Verbohrtheiten und offensichtliche Fälschungen in bezug auf die Saarfrage zu stoßen. „Steter Tropfen höhlt den Stein" denkt man und hämmert mit einer Zweckjournalistik sondergleichen in die Stirne der Franzosen die Ansicht einer französischen Orientierung des Saargebietes. Sehr häufig ist in dieser Zeitschrift schon darauf hingewiesen worden, deshalb aus jüngster Zeit nur einige neue Beobachtungen: Es dürfte den Lesern bekannt sein, daß mehrere Vereinigungen und Schriftsteller nur dem Zweck dienen, Saarpolitik à la Clémenceau und Tardieu zu betreiben. So schrieb im „Moniteur du Calvados" (Caen in der Normandie) Ende Juni der „Sektionschef der Rechnungskontrolle", Major der Reserve de Lanrezac unter dem Pseudonym de Cazernal (Namensumdrehung!) einen Leitartikel über „Saar, Madrid und Völkerbund", der köstlich zu lesen war. Darin hieß es u. a., die Behauptung, die Franzosen hätten im Saargebiet nichts zu suchen, sei das gerade Gegenteil der Wahrheit. Ziel und Aufgabe müsse sein erstens die Umwandlung der bis 1935 provisorischen in eine dauernde Völkerbundsherrschaft über das Saargebiet (weil die ursprünglich erstrebte französische Annexion doch als Traube zu hoch am Stocke hängt); zweitens die Verewigung des französischen Eigentums an den Saargruben sowie der Einbeziehung des Saargebietes in das französische Zollsystem. — Aehnliches wurde kund von der Tagung der Fédération des Industriels et des Commerçants Français Mitte Juni und später auch in der Versammlung der Association française de la Sarre. — Zu derselben Zeit schrieb Dr. Herly (alias Jean Revire) in der Pariser „Croix": „Es gibt im Saargebiet 30 000 Elsaß-Lothringer, welche Franzosen sind und zur Teilnahme an der Volksabstimmung berechtigt sein werden. Nichts beweist, daß diese Franzosen verlangen, Deutsche zu werden (!). Es gibt im Saargebiet Tausende von Kindern, welche die französischen Schulen besuchen; sie werden das Recht haben, im Jahre 1935 abzustimmen. Nichts gestattet uns eine Vermutung über deren Gesinnug (!). Beweis dafür ist, daß die alldeutsche Saarpresse gegen diese französischen Schulen einen heftigen Verleumdungsfeldzug führt (!)."

Gerade in der letzten Zeit hat — wie von französischer Seite offen zugegeben wird — eine systematische und sehr zielbewußte französische Propaganda um das Saargebiet eingesetzt. Die Reihe der Beweise hierfür will ich schließen mit einem Auszug des Animateur des „Temps Nouveaux", der anknüpfend an einen Artikel der Revue des Vivants schreibt: „Das

Saargebiet ist noch für sechs Jahre unter französischer (!!) Verwaltung. Es verbleiben Frankreich sechs Jahre, um seine Politik zu berichtigen. Andernfalls wird Deutschland heuchlerisch nach dem Erfolg seiner freigebigen Einschüchterungskampagne behaupten, daß die Saarländer nach 15 Jahren die „Kultur" der „Zivilisation" vorgezogen haben. Während sechs Jahren müssen wir eine deutliche und wahre Saarkampagne führen; die französische Propaganda muß die Lügen der Propaganda und Presse Deutschlands niederreißen. Während sechs Jahren muß Frankreich arbeiten durch Wort, Schrift, Tat und Geld — es gibt keine Propaganda ohne Geld —, um immer den Saarländern zu wiederholen, daß ihr Interesse und das unsrige gemeinsam sind. Am Ende der sechs Jahre muß der letzte Saarländer begreifen, daß die Rückkehr des Saargebietes zum Reich der Ruin seines Landes wäre. Man muß den Willen zur Organisation haben, um während dieser sechs Jahre den guten Kampf der guten Sache Frankreichs zu führen. Noch ist es Zeit — aber höchste Zeit!"

Auch für uns ist es deshalb für intensive, fortdauernde, wahrheitsgemäße Abwehrpropaganda hohe Zeit!!

Die Gefahren der Spionage-Kommission im Rheinland?

Von Dr. **Mehrmann**-Berlin.

In dem Genfer Abkommen vom 11. Dezember 1926 hat Frankreich seine Absicht offenbart, auf dem Wege freiwilliger Vereinbarung dauernde und örtliche Ueberwachungselemente im entmilitarisierten Rheinland einzuführen. Das gesamte Versailler Diktat sieht besondere Kontrollkommissionen für die Rheingebiete nicht vor. Die französische Regierung hat darum im September 1928 dem Reichskanzler Müller den scheinbar unverfänglichen Vorschlag gemacht, in der entmilitarisierten Zone eine Commission de constatation et de conciliation, eine „Feststellungs- und Versöhnungskommission" einzurichten. Der deutsche Reichskanzler hat am 16. September 1928 eine grundsätzliche Erörterung einer ständigen und örtlichen Sonderkontrollkommission am Rhein zugelassen. Aber über die Zusammensetzung und das Funktionieren und das Arbeitsgebiet ist keine Entscheidung getroffen, und es ist allgemein bekannt, daß das Deutsche Reich nicht gewillt ist, eine solche Kommission, wenn sie zustande kommt, länger als bis zum 10. Juni 1935, dem Termin der Versailler Besetzungsfrist, zu dulden. Frankreich aber will der Kommission Ewigkeitscharakter geben.

Eine solche Dauerkontrolle an Ort und Stelle würde in mehrfacher Hinsicht eine Gefahr bedeuten. Auch für den Frieden der Welt. Denn statt die Reibungspunkte zwischen Deutschland und Frankreich aus der Welt zu schaffen, würde sie im Gegenteil immer und unausgesetzt neue schaffen.

Wie das auf militärpolitischem und wirtschaftlichem Gebiet gesehen würde, das schildert der Führer der Zentrumspartei, Reichstagsabgeordneter und Außenpolitiker Prälat Dr. Kaas in kenntnisreicher Weise in seinem lesenswertem Heft „Commission de constatation et de conciliation" (Verlag Walter de Gruyter & Co., Berlin und Leipzig 1929) folgendermaßen:

„Die in Artikel II und 15 der Völkerbundssatzung gegebene Möglichkeit, den Völkerbundsrat mit jeder Verletzung der Entmilitarisierungsbestimmungen zu befassen, die den Frieden oder das gute Einvernehmen zwischen den Nationen bedroht, und die damit gegebene, wenn auch in ihrer praktischen Anwendung weniger klar präzisierte Zuständigkeit des Völkerbundes erkennt Deutschland vollinhaltlich an und denkt nicht daran, sich ihr unter irgendeinem Vorwande zu entziehen. Gerade aus diesem Grunde widersetzt es sich dem französischen Bestreben, etwaige Auseinandersetzungen über Entmilitrisierungsfragen der Oeffentlichkeit der Genfer Ratsverhandlungen zu entziehen und in die Geheimberatungen eines Sonderausschusses zu verlegen. Mit einer solchen „Sekretierung" ist weder dem Interesse Deutschlands noch dem wahren Interesse des Friedens gedient. Die Publizität der Völkerbundsverhandlungen stellt zudem einen wirksamen Schutz gegen schikanöse Geltendmachung von Beanstandungen dar, auf den Deutschland keinen Anlaß hat zu verzichten. In dem grellen Rampenlicht des Ratssaales würden kleinliche Querelen sehr bald der verdienten Zurückweisung durch die öffentliche Meinung verfallen und so der beschwerdeführende Staat zwangsläufig zu der einzig richtigen Methode zurückgeführt werden, Beschwerden kleineren Ausmaßes zunächst einmal auf diplomatischem Wege zur Erledigung zu bringen. Wirklich ernsthafte Meinungsverschiedenheiten sollten der öffentlichen Beratung in Genf schon aus dem Grunde nicht entzogen werden, um Deutschland die Möglichkeit einer überzeugenden Klarstellung und Rechtfertigung nicht zu verkümmern. Die Publizität der Genfer Beratungen, die das scharfe Spötterauge Bernhard Shaws bei seinem ersten Zaungastsbesuch im September letzten Jahres als eine der wesentlichsten Hemmungen gegen die Willkür und Machtpolitik innerhalb des Bundes erkannt und mit Recht ans Licht gestellt hat, ist ein Schutzmoment, das sich Deutschland aus eigenem Interesse nicht sollte entwinden lassen, und dessen Ausschaltung es auch vom rein völkerbundlichen Standpunkt aus bekämpfen sollte. Eine gesunde Zukunftsentwicklung wird man sich jedenfalls in Uebereinstimmung mit den Auffassungen Wilsons so vorzustellen haben, daß die allgemeine Friedenssicherung in immer steigendem Maße in die Hände des Völkerbundes gelegt und nicht in einer fortwährend wachsenden Zahl von lokalen und partiellen Abkommen verzettelt wird. Die Schaffung von Sonderkommissionen geht den umgekehrten Weg. Wir halten diese Entwicklungstendenz für bedenklich. Sie baut da ab, wo auf lange Sicht hinaus Aufbau Notwendigkeit und Pflicht sein sollte. Jede Kompetenzminderung des Völkerbundes zugunsten der Rückkehr zu den Methoden der Geheimdiplomatie ist Rückschritt und nicht Fortschritt.

Im übrigen ist das, was bisher über die Absichten der Gegenseite bekannt geworden ist, keineswegs geeignet, der von Frankreich vorgeschlagenen Kommission Freunde zu werben. Sie soll zwar auch ein deutsches Mitglied haben. Dieses würde jedoch sich einer qualifizierten Mehrheit alliierter Vertreter gegenübersehen, von der als mitinteressierter Gegenpartei ein objektives und leidenschaftsloses Urteil nicht zu erwarten ist. Jede politische Konstellation, die Deutschland auf anderen Gebieten zu dem einen oder anderen Mitglied der alliierten Staaten in einen gewissen, wenn auch ungewollten Gegensatz brächte, würde nur zu leicht innerhalb des Kommissionsgremiums ein Echo finden, unter dem die Sachlichkeit der Beratungen und Entschließungen leiden würde. Ohne eine wirklich neutrale Zusammensetzung würde die Einschaltung einer solchen politisch interessierten alliierten Zwischeninstanz gegenüber dem Investigationsverfahren des Völkerbundes keinen Fortschritt, sondern einen Rückschritt bedeuten. Das hierin beschlossene Mißtrauensmoment wiegt um so schwerer, als gewisse Formulierungen der Entmilitarisierungsbestimmungen, zum Beispiel das Verbot „militärischer Uebungen irgendwelcher Art" und aller Mobilmachungsvorbereitungen je nach der Zusammensetzung der Kommission, zum Beispiel aus vorwiegend militärischen Mitgliedern, nur zu leicht Gelegenheit zu schikanöser Ausnützung und extensiver Ausdeutung dieser Kautschukbestimmungen bieten. Nachdem harmlose Turnspiele deutscher Wandervögel bereits jetzt schon als „militärische Uebungen", der Bau verkehrsnotwendiger Brücken (vgl. Zeltinger Brücke) und dringlicher Bahnanschlüsse für industrielle Weltwerke (Opel-Rüsselsheim) als „militärische Anlagen" beanstandet worden sind, hat Deutschland wahrhaftig alle Veranlassung, dem Grundsatz des „principiis obsta" zu huldigen, um sich vor peinlichen Ueberraschungen in näherer oder fernerer Zukunft zu schützen. Nachdem die Rheinlandkommission es fertig gebracht hat, aus den wenigen Worten des Rheinlandabkommens: „Gewährleistung des Unterhalts, der Sicherheit und der Bedürfnisse der Streitkräfte der alliierten und assoziierten Mächte" (Art. 3, Ziffer a) im Laufe von wenigen Jahren ein Ordonnanzrecht zu entwickeln, dessen Umfang und schikanöse Kleinlichkeit auch die pessimistischsten Schwarzseher im Jahre 1919 nicht erwarteten, und das „Codex Rhenanus" in der Geschichte des Okkupationsrechtes aller Zeiten einen beschämenden Rekord darstellen wird, wird man es draußen in der Welt verstehen müssen, wenn Deutschland aus diesen bitteren Erfahrungen heraus dem neuen französischen Projekt der „Commission de Conciliation et de Constatation" mit ausgesprochener Skepsis und konzentrischem Mißtrauen gegenübersteht. Unter das Regime dieser sogenannten Feststellungskommission mit all ihren Zukunftsmöglichkeiten würde ein Gebiet von zusammen 55 512,78 Quadratkilometer, das heißt annähernd 12 Prozent der Gesamtfläche des Deutschen Reiches, mit nicht weniger als 12 177 868 Einwohnern, also 23,3 Prozent oder beinahe ein Viertel der gesamten Bevölkerung des Deutschen Reiches gestellt sein. Es genügt, auf die industrielle und verkehrspolitische Stellung der zur entmilitarisierten Zone gehörigen Gebiete hinzuweisen, um zu ahnen, welch verhängnisvolle Einwirkungsmöglichkeiten eine schikanöse Handhabung der Artikel 42 und 43 in den Händen einer interessierten Kontrollinstanz schaffen könnte.

Angesichts dieser Sachlage wirkt der französische beliebte Hinweis auf die Bilateralität der Kommissionsfunktionen als eine groteske Spiegelfechterei. Auf französisch-belgischer Seite würde mangels vertraglich festgelegter Rüstungsbeschränkung und entmilitarisierter Zonen so gut wie jedes Kontrollobjekt fehlen. Auf deutscher Seite aber würde jeder Straßenbau, jeder Brückenschlag

jede Bahnlinie, jede Bahnhofserweiterung, jede neue Laderampe, jeder Gleisanschluß, jede großzügige Wegebaupolitik, jeder Flugplatz sich gefallen lassen müssen, von einer in ihrer Objektivität sehr bezweifelbarer Mehrheit begutachtet und als „militärisch" beanstandet zu werden. Bedenklicher als alles dies könnte unter dem Gesichtspunkt der Abwendung von Mobilmachungsvorkehrungen die schikanöse Kontrolle und Ausspionierung der deutschen Industrie sich gestalten, eine Prognose, die angesichts des vorwiegenden industriellen Charakters eines großen Teils der entmilitarisierten Zone nicht ernst genug genommen werden kann.

Unter allen diesen Umständen konnte die Haltung Deutschlands in Genf gegenüber der rechtlich unbegründeten, technisch überflüssigen und im Vergleich zu der bisherigen Regelung eher einen Rückschritt als einen Fortschritt darstellenden französischen Kommissionsforderung über das Verfalljahr 1935 hinaus nur eine ablehnende sein."

Auch die „Pfälzische Rundschau", die in Ludwigshafen erscheint, dem Orte, wo vor kurzem die französische Wirtschaftsspionage in den Farbenwerken zu einem Gerichtsverfahren führte, lehnt sich in ihrer Nummer vom 21. Juni in einem Aufsatz „Keine Kontrolle! Die Pfalz lehnt eine neue Kontrolle ab", aufs allerentschiedenste gegen die französischen Absichten auf. Das bedeutende Pfälzer Blatt schreibt:

„Warum dieser Ruf Frankreichs nach Kontrolle? Wir haben es ja jahrelang erleben müssen, was für eine Quelle ständiger Belästigungen die Militärkontrollkommission in Berlin gewesen ist, die sich aus einem anfänglich kleinen Kontrollapparat zu einem System entwickelte, das dem Denunziantentum in jeder Weise Vorschub geleistet hat und durch die ewige Bespitzelung die politische Atmosphäre in einer Art und Weise vergiftete, die der Annäherung der Nationen das größte Hindernis in den Weg legte. Vor zwei Tagen haben wir das Sinnlose einer derartigen Kontrolleinrichtung ja noch erleben müssen, als der französische Außenminister auf Grund ganz haltloser und längst überholter Kontrollberichte die restlose Entwaffnung Deutsch-Oesterreichs in Zweifel zog und nur einige Wochen zuvor haben wir eine Nachwirkung dieser Kontrolltätigkeit erfahren müssen, als Reichswehrminister Gröner im Haushaltausschuß des Reichstages die außerordentlich stark anwachsende Spionage beklagte, die auf dem Boden jenes Denunziantentums erwächst, das einst den Militärkontrollkommissionen diente.

Wie sich solche Kommissionen der Alliierten überhaupt auswirken, zeigt uns ja am besten die Rheinlandkommission in Koblenz, deren Wirken jeder Pfälzer und Rheinländer täglich mit eigenen Augen fast beobachten kann. Wie hat sich diese einstmals aus nur wenigen Zivilbeamten bestehende Kommission, die als Repräsentant der alliierten Regierungen anzusprechen war, in wenigen Monaten zu jenem Delegiertensystem ausgebaut, das fünf Jahre lang eine förmliche Zivilverwaltung für das besetzte Gebiet darstellte und eine über 300 Ordonnanzen umfassende „Gesetzgebung" erlassen hat, von deren Härten heute noch jede Militärgerichtsverhandlung neue Kunde gibt.

Nicht genug damit! Wir Bewohner des besetzten Gebietes sind seit Jahr und Tag noch mit ganz anderen Kontrollen bedacht. Da haben wir z. B. die Interalliierte Feldeisenbahnkommission mit ihrem Sitz in Wiesbaden, die allein über 100 Beamte umfaßt und deren wirtschaftshemmendes und jeden Fortschritt lähmendes Arbeiten noch durch ihren Einspruch gegen die Erweiterung des Opel-Bahnhofs in Rüsselsheim in bester Erinnerung steht. Da ist weiter jene soviel beklagte Section Rhenane, das Ueberbleibsel aus der französisch-belgischen Eisenbahnregie, das dazu dient, die Neuerungen, den Schienenbau, die Werkstätten und Maschineneinrichtungen unserer Bahnen im regelmäßigen Turnus durch französische (Feld-) Eisenbahner und Ingenieure zu beobachten und zu untersuchen. Und da ist endlich, um noch ein Beispiel zu bringen, die Interalliierte Binnenschiffahrtskommission, die mit ihren 3 Dampfern und 5 Motorbooten eine zweite Strompolizei darstellt und die deutschen Reeder zwingt, ihr monatliche Berichte über die Fahrten der deutschen Rheinschiffahrt abzulegen. Gar nicht zu reden von der noch aus dem passiven Widerstand stammenden französischen Lotsenstation in St. Goar, die jetzt eine Privatgesellschaft Frankreichs betreibt, nachdem die deutschen Behörden immer wieder gegen diese „militärische" Einrichtung protestierten.

Und jetzt wieder eine neue Kontrolle? Unter Umständen über die Versailler Fristen hinaus, wie es die französische Regierung verlangt? Eine Stimme nur gibt es da im besetzten Gebiet, eine Meinung nur in der ganzen Pfalz: Niemals eine Kontrolle und Versklavung über Versailles hinaus! Jede weitere Rheinlandkontrolle aber geht über den Vertrag von Versailles hinaus, bringt neue Lasten, neue seelische Bedrückung und verewigt ein System, zu dem wir Bewohner des besetzten Gebietes nun einmal nach den Erfahrungen kein Zutrauen mehr haben können, die wir mit all diesen Kommissionen und vor allem mit der Sureté gemacht haben, die ja noch im vorigen Jahre in einer öffentlichen Gerichtsverhandlung in Ludwigshafen sich die Beihilfe zu einer ganz gewissenlosen Wirtschaftsspionage bescheinigen lassen mußte."

Im entmilitarisierten Rheinland ist von amerikanischer Seite großes Kapital oder Wirtschaftsinteresse investiert. Bei den Opel-Werken durch General-Motors, bei J. G. Farben durch Ford. Auch das amerikanische Kapital und das amerikanische Wirtschaftsinteresse würde von der Dauerspionage der örtlichen Sonderkontrollkommissionen auf beiden Rheinufern, 50 Kilometer ins Reichsgebiet östlich des Stromes hinein mitbetroffen werden. Die 5 bürgerlichen Parteien des Rheinlandes haben sich soeben erst in Köln, die SPD. und die freien Gewerkschaften ein paar Tage früher in Mainz mit aller Entschiedenheit gegen jede, noch so versöhnlich klingende Kontrollkommission gewandt. Mit gutem Grund schreibt die „Pfälzische Rundschau" weiter:

„Mit Recht sagt das führende rheinische Blatt des Zentrums, die „Kölnische Volkszeitung", der Young-Plan sei ein „so exorbitanter und moralisch ungerechtfertigter Preis" für die Räumung, daß eine Zusatzbedingung, wie die rheinische Ueberwachungskommission nur noch den Namen einer „Herausforderung und Erpressung verdiene. Erst am letzten Sonntag hat sich der Landesausschuß der DVP. der Pfalz mit aller Schärfe gegen diese Kontrollkommission ausgesprochen, und der Wahlkreis Düsseldorf-Ost der DVP. hat im gleichen Sinn in Anwesenheit des volksparteilichen Fraktionschefs Dr. Scholz Stellung genommen. In dieser Frage kann es einfach keine Kompromisse geben, denn hier handelt es sich um französische Forderungen, die im harmlosen Gewande für Deutschland die schwersten Zumutungen darstellen, weil aus ihnen ganz klar hervorgeht, daß es Frankreich nicht um die Erfüllung von Verträgen geht — denn dieser Fall ist im Vertragswerk von Locarno ja geregelt — sondern, daß sich der Blick des Quai d'Orsai über diese Probleme hinauswendet, wenn nicht zurückwendet zu Methoden, die mit dem Geist und Sinn von Locarno wenig gemein haben, und auch durch die geschickteste Formulierung uns nicht schmackhafter gemacht werden können. Gebranntes Kind scheut das Feuer! Und wir Pfälzer haben wirklich allen Grund zum Mißtrauen gegenüber Bestrebungen, die auf eine längere Versklavung hinauslaufen. Hier gehen alle Parteien einig auch in der Forderung, den französischen Wünschen nicht nachzugeben, denn, wenn schon, um mit dem „Manchester Guardian" zu reden, die Besetzung heute nur noch ein Symbol feindlicher Gesinnung und des Mißtrauens ist, in wieviel stärkerem Maße müßte erst eine Kontrollkommission ein Volk demütigen, das der Welt nicht nur bereits so viel geistig geben durfte, wie das deutsche, sondern das auch wie kein anderes Volk der Erde seinen Friedenswillen immer wieder durch Taten bewiesen hat und weiter beweisen wird."

Was das deutsche Volk nach der Erfüllung der Versailler Friedensbestimmungen, nach dem Dawespakt, nach Locarno- und Kellogg-Abkommen verlangen kann, das ist Gleichberechtigung. In einer kleinen Flugschrift, die im März vorigen Jahres in wenigen Wochen fünf Auflagen erlebte, „Vor dem Schlußkampf um die Rheinlandräumung. Die Rhein-Rhone-Frage. Europäische Forderungen." (Verlag: „Deutscher Rhein", Berlin) schrieb der Unterzeichnete im März 1928: „Frankreich spricht, wenn von der Räumung die Rede ist, immer nur von seiner und seiner östlichen Verbündeten Sicherheit. Wir werfen dagegen die Frage der internationalen Sicherheit auf. Wir wecken das Interesse der europäischen Allgemeinheit an der Ausschaltung von Konfliktsmöglichkeiten und wir verbinden mit der Befestigung des Friedens die Erweiterung der Verkehrsfreiheit.

Wir gehen damit den Weg weiter, den man uns Deutschen in Versailles gewiesen hat. Sie wissen, daß durch den Pariser Vorortsfrieden das linke Rheinufer, soweit es noch reichsdeutsch ist, und die gesamte rechte Rheinseite für ewige Zeiten entmilitarisiert und neutralisiert worden sind; d. h. das Deutsche Reich darf dort keine Befestigungen anlegen und keine Garnisonen halten. Aber der Gedanke der Grenzneutralisierung als einer Maßnahme zur Verhütung von Konflikten ist mit der Beschränkung auf die eine Seite nur bis zur Hälfte durchgedacht. Es ist an uns, ihn bis zur logischen Vollendung fortzuführen. Es muß das, was man in Amerika für eine Selbstverständlichkeit gehalten hat, auch in Europa angängig sein. Auch die Vereinigten Staaten und Kanada kennen eine neutrale Zwischenzone an ihren Grenzen. Aber die Entmilitarisierung und Neutralisierung ist dort, wie es sich unter gleichberechtigten Staaten von selbst versteht, zweiseitig, auf beiden Seiten der Grenze durchgeführt. Frankreich scheut sich vor einer Nachahmung des amerikanischen Vorbildes. Und doch hätte es gerade der französischen Logik nahegelegen, die Neutralisierung des eigenen und des belgischen Grenzstreifens freiwillig anzubieten. Denn, justament Frankreich ist doch stolz darauf und so eilig mit dem Hinweis, es habe im Juli 1914 seine Truppen 10 Kilometer ins Innere seines Landes zurückgezogen. Das, was die französische Regierung damals für wirksam zur Friedenssicherung gehalten hat, wird heute zur Sicherheit der rheinischen Bevölkerung nicht minder wirksam sein.

Sicherlich wird es Frankreich nicht leicht werden, sich von der altangestammten Anschauung loszulösen, daß anderen Staaten noch lange nicht recht ist, was dem französischen billig ist. Aber es ist doch Frankreich und immer wieder Frankreich, dessen Vertreter Briand in Genf den Bajonetten, Kanonen und Tanks ein schmetterndes Halt geboten hat."

In genau demselben Sinne schreibt Dr. Kaas in seiner Schrift:

„Nur unter einer Voraussetzung scheint eine andere Haltung Deutschlands in Frage kommen zu können. Dann nämlich, wenn französischerseits für die weitere Ausgestaltung des Sicherheitssystems an der Westgrenze Formen in Erwägung gezogen werden, die sich von dem bisher beliebten System einseitiger Belastung und Souveränitätsminderung des deutschen Vertragpartners bewußt abwenden. In demselben Augenblick, wo der Kontrollgedanke von heute, der eine einseitige Bindung Deutschlands, eine durch nichts begründete nochmalige Verstärkung der militärpolitischen Sonderposition Frankreichs und ein neuer Beitrag zur Festigung seiner kontinentalen Hegemonialstellung bedeutet, eine Form annähme, die ihm zu einem ehrlichen und unparteiischen Mittel zur Sicherung des Friedens an der deutsch-französischen Grenze machte, würde die Stellung Deutschlands zu ihm sich von Grund aus anders gestalten können und müssen. Erste Voraussetzung hierfür wäre die Herstellung einer tatsächlichen Bilateralität der Verpflichtungen. Selbst weitgehende Opfer wären für Deutschland zu tragen und würden sogar gerne und mit innerer Ueberzeugung in Kauf genommen werden, wenn das ehrlich durchgeführte Prinzip der Gegenseitigkeit aus dem deutschen Bewußtsein den aufstachelnden Gedanken hinwegnähme, bei der Etablierung der deutsch-französischen Friedenssicherung zu minderem Rechte behandelt zu werden als der französische Vertragspartner. Die unpsychologische und unfruchtbare Weiterführung der Siegerrolle trotz der neben der von Deutschland loyal gemeinten Friedens- und Paktpolitik muß endlich einmal zum Stillstand kommen und einem anständig-nachbarlichen Nebeneinander und Miteinander Platz zu machen beginnen. Die schreiende Dissonanz zwischen der unbeschränkten, sich fortschreitend verstärkenden Rüstungsfreiheit der einen und der militärischen Sterilisierung der anderen Seite ist das Gegenteil einer auf weite Sicht eingestellten europäischen Friedenssicherung. Allerdings würde eine Abkehr von diesen Methoden eine Wandlung der französischen Einstellung zu Versailles und ein moralisches und staatsmännisches Hinauswachsen über die Mentalität von 1918/19 verlangen, das zurzeit noch niemand zu hoffen wagt. und doch wird man — sperando contra spem — in dieser Richtung den Ausbau der deutsch-französischen Friedenssicherungen suchen oder aber der weiteren Entwicklung mit ernster Sorge entgegensehen müssen. Der in Genf französischerseits überraschend in die Debatte geworfene, dann aber nicht weiter verfolgte, teilweise sogar mit schärfster Ablehnung bedachte Gedanke einer beiderseitigen Kontrolle ist wert, zu Ende gedacht und in irgendeiner vernünftigen Form realisiert zu werden. Lloyd George, dessen verspätete staatsmännische Weisheitssprüche frühere Mißgriffe leider nicht ungeschehen machen können, hatte das richtige Gefühl für die Zukunfsbedeutung dieses Gedankens, als er vor kurzem schrieb: „Wenn Frankreich einer Kommission zustimmen wollte, in der das neutrale Element vorherrscht, und wenn es der Schaffung einer entmilitarisierten Zone auf französischem Gebiet nach Maßgabe und im Umfange des Rheinlandes zustimmen wollte, könnten Deutschland und auch andere Staaten Frankreichs Vorschlag einer sogenannten Feststellungs- und Ausgleichskommission ernst nehmen." Die scharfe und leidenschaftliche Ablehung, mit der die französische Presse den Gedanken einer wirklich ernsthaften Beiderseitigkeit abzutun bemüht war, zeigt jedoch, daß die Zeit für große Entschlüsse noch nicht reif ist.

Aus der Stagnation von heute vermögen nur große und weitausholende Entschlüsse in der Richtung auf einen wirklich bilateralen Ausbau der französisch-deutschen Friedenssicherungen herauszuführen. Nicht Locarno ist schuld an dieser Stagnation, sondern der Mangel an Entschlußkraft und Großherzigkeit, den Locarnogedanken zu Ende zu denken. Leider ist es nicht in Deutschlands Hand gelegt, diese Stagnation durch ein sicherheitspolitisches Opfer zu überwinden. Sein Nachgeben in der Frage der Feststellungskommission würde die notwendige Zukunftsentwicklung nicht fördern, sondern hemmen. Sie würde die skandalöse Einseitigkeit der sicherheitspolitischen Hypothek, die vermöge der Abrüstungs- und Entmilitarisierungsartikel des Versailler Vertrages auf dem deutschen Gesamtterritorium und den Westgebieten im besonderen lastet, nur weiter verstärken und der Gegenseite nach Erreichung dieses Erfolges erst recht jeden Anlaß nehmen, zu einem späteren, psychologisch vielleicht günstigeren Moment — etwa im Gefolge weitgehender Abrüstungsbeschlüsse des Völkerbundes — mit sich über eine paritätische Lastenverteilung reden zu lassen. Deutschland würde damit nicht nur gegen sein eigenes Interesse handeln, sondern auch das weitere Wachstum der zwischenstaatlichen Friedensversicherung und die europäische Gesamtentwicklung um eine wertvolle Zukunftsmöglichkeit ärmer machen."

„Und dann noch eins. Setzen Sie einmal nur für einen Augenblick den Fall, auch Frankreich und Belgien verständen sich zur Herrichtung einer neutralen Zone. Sie haben dann am Quellgebiet des Rheins die neutrale Schweiz; Sie haben das ganze große Mittelstück des Rheins von Basel bis Emmerich ebenfalls als einen neutralen Streifen, und Sie haben im Mündungsland Holland, das seit langem und auch während des Weltkrieges mit größter Sorgfalt bemüht ist, nach allen Richtungen hin neutrale Selbständigkeit zu wahren. Sie sehen, das Rheintal erhält so seiner ganzen Länge nach eine seiner europäischen Bedeutung entsprechende Ausnahmestellung, ohne daß auf den einzelnen Streifen das Hoheitsrecht der jeweiligen Anliegerstaaten ausgeschaltet ist. Zu der entmilitarisierten Neutralität aber gesellt sich eine zweite charakteristische Eigenheit des Rheins. Die Schiffahrt auf ihm ist internationalisiert.

Aber diese Internationalität des Rheintales ist nur eine Halbheit. Der südliche Teil der großen europäischen Querfurche ist von der Internationalität bisher ausgeschlossen. Die Gerechtigkeit und die Verkehrsfreiheit fordern auch die Internationalisierung der Rhone. Gewiß, dieser Fluß hat nicht so viel Anliegerstaaten, wie sie dem Rhein durch die geschichtliche Entwicklung leider beschert worden sind. Aber auch die Rhone ist kein rein französischer Wasserweg. Im übrigen aber: die europäische Vertragspolitik hat keinen Anstoß daran genommen, daß auch die Elbe unter internationale Kontrolle gestellt worden ist, obwohl auch sie nur zwei Staaten durchläuft. Ja, der Nord-Ostseekanal fließt durch nur deutsches Land und untersteht doch der Völkerbundsgewalt als letzter Instanz. Der Versailler Vertrag macht selbst einen künftigen, rein deutschen Großschiffahrtsweg Rhein—Donau international. Es ist damit ein Rechtsvorgang geschaffen für den Fall, daß Frankreich, wie es beabsichtigt, auch den Rhein—Rhone-Kanal zu einem Großschiffahrtsweg ausgestaltet. Erst wenn die gesamte Quersenke des Rhein- und des Rhonetals dem freien internationalen Verkehr geöffnet wird, dann erst wird sie in die europäische Sphäre gehoben, die ihr nach ihrer natürlichen Anlage zukommt."

Marksteine im Befreiungskampf des Saargebietes!

Die These, daß die beste Abwehr der Angriff ist, läßt sich im politischen Leben leider nicht immer durchführen. Die Wahrheit dieses Satzes hat die Bevölkerung des Saargebietes seit 10 Jahren am eigenen Leib erfahren. Schon das Saarstatut im Versailler Diktat hat das Saargebiet absichtlich und bewußt in die Abwehr gedrängt. In eine Abwehrstellung, die denkbar ungünstig war und die als einzige Waffe über den unbeugsamen Willen der Bevölkerung verfügte, unter allen Umständen wieder nach dem Reiche zurückzukehren. Und dieser Wille zur Rückkehr wurde vorbehaltlos ausgesprochen.

Es wurde nicht abhängig gemacht von der Form des Staates oder der Farbe der Flagge, dem Stande der sozialen und Steuergesetzgebung, dem Verhältnis der einzelnen Stände und Berufe zu-, oder wie es meist leider der Fall ist, gegeneinander.

Nicht etwa, daß all diese Dinge dem einzelnen „Saarländer" gleichgültig wären. Im Gegenteil, als echter Deutscher ist auch er an diesen Dingen auf das stärkste interessiert. Bereit, mit aller Leidenschaft, deren eben nur der Deutsche fähig ist, für diese Dinge in die Arena des Parteikampfes zu steigen und für seine Ueberzeugung, je nach Temperament zu kämpfen, oder auch ein Kompromiß abzuschließen, aber die Rückkehr nach dem Reiche macht er beileibe nicht von Regelung dieser Dinge, die für uns sonst „Lebensfragen" sind, abhängig.

Diese Einstellung hat im Saargebiet dem Kampfe der politischen Parteien untereinander, wenigstens bis jetzt, viel an Schärfe genommen. Einige in letzter Zeit unter gewissen kleineren Parteigruppen vorgekommenen handgreiflichen Auseinandersetzungen ändern an diesem erfreulichen Gesamtbild wenig. Selbst der verbissenste französische Annexionspolitiker würde sich hüten, aus diesen parteipolitischen Familienzwisten irgendwelche politischen Hoffnungen zu schöpfen.

Heute kann ruhig gesagt werden, wir wollen den französischen Politikern, die halfen, die Fesseln von Versailles zu schmieden, es gerne bestätigen, daß sie in weitsichtiger Weise alle Vorbereitungen schufen, die der schon 1917 beabsichtigten Annexion zu einem Erfolg verhelfen konnten. Selbst unter den von Wilson und Lloyd George verursachten Erschwerungen, die zurückzuführen waren zu einem großen Teile auf die Tätigkeit der damaligen politischen Vertreter des Saargebietes in der Deutschen Nationalversammlung im Saargebietschutz bzw. dem Beirat für Saarfragen der deutschen Friedensdelegation.

Der Uebereignung der Saargruben folgte noch während den „Friedensverhandlungen" die Ueberfremdung des größten Teiles der saarländischen Schwerindustrie. Daß diese Ueberfremdung vielleicht doch zu vermeiden gewesen wäre, wurde von maßgebenden Industrie- und

Arbeiterführern des öfteren behauptet. Ein Streit über diese Dinge ist heute, wo die politische Gefahr, die mit dieser Ueberfremdung in stärkstem Maße vorhanden war, beseitigt ist, überflüssig. Wohl besteht die Möglichkeit, daß diese Frage wieder aufgerollt wird.

Dieser zivilen Annexion des größten Teiles der Schwerindustrie folgte eine starke Ueberfremdung der weiterverarbeitenden Eisenindustrie. Ebenfalls gerieten Teile der Glas- und Keramindustrie unter den Einfluß französischer Kapitalisten, die sich als politische Wegbereiter fühlten.

In den Jahren 1921/22 war die wirtschaftliche Annexion des Saargebietes durch Frankreich eine vollzogene Tatsache.

Nebenher liefen die Versuche der politisch-kulturellen Annexion. Und zwar Versuche mit allen Mitteln. Die Versuche der Gründung eigener politischer Parteien und „saarländischer" Gewerkschaften scheiterten, abgesehen von lächerlich geringen „Erfolgen", an dem gesunden nationalen (nicht nationalistischen) Sinn der bodenständigen deutschen Arbeiterbevölkerung des Saargebietes. Wohl versuchten übereifrige Grubenchefs und Hüttendirektoren durch schärfsten materiellen und moralischen Druck auf den von seiner Arbeitsstelle abhängigen Arbeiter und Familienvater die rechtswidrig errichteten französischen Schulen mit deutschen Arbeiterkindern zu füllen. Scheinerfolge und um so größere Niederlagen waren das Endergebnis. Nebenbei namenlose Erbitterung der bedrückten und sich geächtet fühlenden Opfer dieser skrupellosen Politik.

Ebenso scheiterten alle Versuche einer Loslösung der kirchlichen Einrichtungen des Saargebietes von denen der Stammdiözese und Generalsuperintendate. Große Hoffnungen setzten die französischen Annexionspolitiker besonders auf die Loslösung des Saargebietes von der Diözese Trier. In ihrem blinden Eifer nicht ahnend, daß schon im Jahre 1921 der Kardinalstaatssekretär des Heiligen Stuhles einer deutschen Delegation, an der auch ein saarländischer Gewerkschaftsführer beteiligt war, die Versicherung gab, daß vor einer endgültigen Klärung der staatsrechtlichen Verhältnisse im Jahre 1935 der Heilige Stuhl gar nicht an eine Aenderung der kirchlichen Verhältnisse des Saargebietes denke.

Heute, wo die immer noch im Innersten manches französischen Politikers beabsichtigte Annexion sich nicht mehr mit politischen und kulturellen Gründen fordern läßt, ohne ausgelacht zu werden, kommt eine neue Note in den Kampf. In einen Kampf, dem der Völkerbund aus reiner Selbstachtung und politischen Reinlichkeitsgründen schon längst durch Rückgabe des Saargebietes an Deutschland ein Ende gemacht haben müßte.

Die wirtschaftliche Verbundenheit des Saargebietes mit Altfrankreich, besonders aber Elsaß-Lothringen soll so stark sein, daß eine Ausgliederung aus dem französischen und Eingliederung in das deutsche Zollgebiet den wirtschaftlichen Tod des Saargebietes bedeuten würde. Und um diese Katastrophe zu vermeiden, um die von Frankreich „geliebte" Saarbevölkerung vor dem grausigen Schicksal des Verhungerns bei der Rückkehr nach dem Reiche zu bewahren, soll das Saargebiet auch noch nach 1935 im französischen Zollgebiet verbleiben. Beileibe nicht als französisches Departement, sondern als autonomer „Staat".

Um diese Behauptung von der engen „Zusammengehörigkeit der Saarwirtschaft mit Frankreich der französischen Oeffentlichkeit und auch dem Völkerbund, der bis jetzt fast immer noch Ausführungsorgan französischer Wünsche war, zu beweisen, wird erstens einmal der Wert der französischen Ausfuhr nach dem Saargebiet auf 2,2 Milliarden Papierfrank, also beinahe 400 Mill. Goldmark, angegeben.

Diese Zahlen sind natürlich stark übersetzt und enthalten nicht nur den Wert des gegenwärtigen Warenverkehrs zwischen Saargebiet und Frankreich, sondern auch den Wert der im Transitverkehr über Frankreich nach dem Saargebiet eingeführten Güter. Neben vielen anderen Dingen wird dann noch neben den günstigen Verkehrsverbindungen zwischen Saargebiet und Frankreich hingewiesen, ebenso auf die Notwendigkeit des französischen Absatzmarktes für die Saarkohlen und die Abhängigkeit der Saarhütten vom Bezuge Lothringer Minette.

Mit diesem angeblichen Aktivum hofft Frankreich den Kampf doch noch zu gewinnen. Mit noch größerer Energie aber wird die Saarbevölkerung und müssen Reich und Länder, Industrie und Kapital im Reiche diese Absicht gründlich vereiteln. Soll die Einfuhr französischer Waren nach dem Saargebiet zur Begründung wirtschaftspolitischer Annexionsabsichten durch Frankreich benutzt werden, so muß, selbst unter materiellen Opfern, der Bezug deutscher Waren ermöglicht werden. Auf diesem Gebiete eröffnet sich ein unbegrenztes Tätigkeitsgebiet für alle im Reiche und in den Ländern in Frage kommenden staatlichen und privaten Stellen und Kreise. Es muß Schluß gemacht werden mit der Belieferung zu hohen Inlandspreisen und sind die Auslandskampfpreise zu bewilligen. Es darf nicht mehr vorkommen, daß der deutsche Verbraucher im Saargebiet deutsche Industrieerzeugnisse in Straßburg billiger erhält, weil diese zu Auslandspreisen nach dort geliefert wurden, als er diese selbst aus Deutschland direkt zu den hohen Inlandpreisen beziehen kann.

Aufhören muß der Widerstand deutscher Verbraucher gegen die weiterverarbeitende Eisenindustrie (Maschinen- und Konstruktionsbetriebe).

Diese Betriebe beschäftigen deutsche Arbeiter, die jahrelang unter dem Druck der Verhältnisse im Saargebiet ausgehalten haben, und wenn es nicht eher sein sollte, 1935 Frankreich eine Abstimmung vordemonstrieren wollen, die für alle Zukunft die dauernden französischen Annexionspläne vernichtet.

Wo eine Lücke frei, da muß deutsches Kapital in die Saarwirtschaft, auch in Betriebe, die keine 20 Prozent Dividende abwerfen, sondern etwas mehr wie nichts. Die Saarwirtschaft soll vor 1935 deutsch werden, soweit sie es nicht schon wieder ist.

Die Verkehrswünsche des Saargebietes sind zu erfüllen. Der Saarwirtschaft muß es möglich gemacht werden, als besserer Grenzschutz wie Forts und Festungen, eine bodenständige, national gesinnte Arbeiterbevölkerung auskömmlich zu ernähren. Eine Bevölkerung, die nie überrannt werden kann.

Und unseren Nachbarn wollen wir noch sagen, daß sie auch noch später gerne Saarkohlen kaufen werden und Erze verkaufen wollen. Daß die Saarhütten heute schon den größten Teil ihrer Produktion nach dem Reiche absetzen, andernfalls sie längst zum Erliegen gekommen wären.

Daß in diesem Eisen 23 Prozent der gesamten Förderung der Saargruben steckt und die Kohlenausfuhr des Saargebietes nach dem Reiche deshalb nicht 11, sondern 34 Prozent beträgt.

Aufhorchen aber soll das deutsche Volk und wirtschaftlich stützen das Saargebiet in seinem Endkampf um die restlose politische, kulturelle und wirtschaftliche Rückkehr nach dem Reiche.

—ck.—

Auswirkungen der Saarkundgebungen bei den Franzosen.

Die französische Zeitung „La Volonté" vom 25. Juni bringt unter der Ueberschrift „Die Saboteure des Friedens" einen Artikel eines in Saarbrücken lebenden Franzosen, der von großem Verständnis für die politische und wirtschaftliche Seite der Saarfrage getragen ist und der den Leuten der „Association française de la Sarre" ordentlich die Leviten liest:

„Die vielfachen Kundgebungen des saarländischen Volkes", so schreibt der Verfasser, der sich (wohl um Dr. Herlis Decknamen zu persiflieren) Jean Revier nennt, „besonders die von Heidelberg und jüngst die von Münster, die einmütigen Erklärungen aller politischen Parteien, aller konfessionellen und gewerkschaftlichen Organisationen, sie haben alle gut unterrichteten Franzosen überzeugt, daß beim jetzigen Stand der Dinge die Saarfrage in politischer Hinsicht geregelt ist, und daß, wenn jetzt eine Abstimmung vorgenommen würde, die ganze Bevölkerung mit geschlossenen Augen für die Rückkehr zu Deutschland stimmen würde."

„Jedermann weiß nun," so fährt der Verfasser fort, „daß Frankreich im Saargebiet nur mehr materielle Interessen zu verteidigen hat." Und mit falschen Informationen suchen ein Lanrezac und ein Herli, denen die französische Regierung hier im Saargebiet „Sinekuren" verschafft hat, auf die öffentliche Meinung, auf das Parlament und die Regierung einzuwirken und ihnen klarzumachen, daß die Saarländer nicht mehr zu Deutschland wollen, daß man also mit allerlei Mitteln hier etwas machen könne. Es müsse die Parlamentarier doch nachdenklich stimmen, zu hören, daß man hinter verschlossenen Türen auf ihre Dummheit schimpfe, in den Wandelgängen dagegen auf ihre Eitelkeit spekuliere, um sie zu patriotischem Eintreten für die Sache an der Saar zu begeistern.

Der Verfasser fragt zum Schlusse seines Artikels die Regierung Poincaré, wie lange sie diesem Treiben noch zusehen und es finanzieren wolle, ein Treiben, das mit dem Allgemeinwohl Frankreichs nicht das geringste zu tun habe: „Hinter den Persönlichkeiten, die an der Fassade der „Association" sichtbar sind, müssen die wahren Drahtzieher der „Association de la Sarre" gesucht werden, deren Ziele nicht weiter als bis zu ihrem persönlichen Interesse reichen."

Man darf gespannt sein, ob und wie die übrige französische Presse zu diesen bemerkenswerten Ausführungen Stellung nimmt und ob die Regierung Poincaré weiterhin ein Unternehmen begünstigt, das von einem Franzosen in so schonungsloser Weise gebrandmarkt wird.

Und in der Schweiz.

Zur Lösung der Saarfrage schrieb die schweizerische Zeitung „Der Bund" in Bern kürzlich u. a.: Die französische Presse hat in den letzten Tagen anläßlich der Madrider Tagung des Völkerbundsrates wiederholt betont, daß keinesfalls ein Zugeständnis über eine Lösung der Saarfrage in Verbindung mit der Regelung der Reparationen und der Rheinlandfrage gemacht werden dürfe, daß sie vielmehr gesondert zu besprechen sei.

Zweifellos ist, streng formaljuristisch gesehen, Frankreichs Standpunkt richtig. Auf Grund des Artikels 34 des Saarstatuts hat der Völkerbund als eventueller Souveränitätsanwärter die definitive Entscheidung unter Berücksichtigung der Volksabstimmung zu treffen, und zwar nach allgemein anerkannter Rechtsauffassung nicht der Völkerbundsrat, sondern die Bundesversammlung. Diese Auslegung der Saarbestimmungen hindert jedoch nicht, daß Deutschland und Frankreich sich über eine vorzeitige Regelung der Frage verständigen und dann der Völkerbundsversammlung die erzielte Einigung zur Begutachtung unterbreiten. Der Völkerbund ist ein Friedensinstrument; er kann unmöglich, wenn zwei streitende Parteien sich geeinigt haben, erklären, daß ihm an dieser Regelung nichts gelegen sei, weil auch er ein Interesse an der Aufrechterhaltung der augenblicklichen Rechtsordnung habe. Der politische und rechtliche Sinn der Einschiebung des dritten Partners in der Frage der Volksabstimmung, das heißt des Völkerbundes, war doch der, diesen nur dann und nur deshalb als Souveränitätsanwärter auftreten zu lassen, weil die Redakteure des Saarstatuts der irrigen Auffassung waren, es könnte auf Grund der fälschlicherweise vorgespiegelten 150 000 Saarfranzosen eine klare Entscheidung bei der Volksabstimmung nicht erzielt werden und daher müsse im Falle der Nichteinigung zwischen Deutschland und Frankreich eben ein Dritter einspringen.

Frankreich hat naturgemäß an dem Uebergang des Saargebiets unter die Herrschaft des Völkerbundes ein viel größeres Interesse als Deutschland, das unter keinen Umständen sich mit einer derartigen Lösung einverstanden erklären wird. Wenn aber Frankreich unter allen Umständen sich auf den Buchstaben der Verträge stützt — was wir bestimmt annehmen — und daher auf die Abhaltung der Volksabstimmung besteht, dann wird Deutschland sich darein zu fügen wissen, obwohl durch den weiteren wirtschaftlichen Entzug des Saarlandes für die deutsche Wirtschaft die Aufbringungskraft für die Reparationen geschwächt wird, ja sogar die im Gutachten enthaltenen Voraussetzungen der Leistungsfähigkeit Deutschlands nicht erfüllt sind. Wenn daher sich Frankreich gegen eine vorzeitige nicht nur wirtschaftliche, sondern auch politische Lösung stemmen sollte, so richtete es sich damit gegen die Erfüllung der Voraussetzungen zu den Annuitäten des Young-Planes. Das aber wird sicherlich nicht im Interesse der französischen Außen- und Finanzpolitik liegen können, es sei denn, daß man sich in Frankreich über das Ergebnis der Volksabstimmung immer noch einer ungeheuerlichen Täuschung hingibt und zu den Annuitäten des Deutschen Reiches auch noch das Saargebiet mit seiner gewaltigen Wirtschaftskraft erhalten zu können glaubt.

Es waren nämlich in der letzten Zeit Anzeichen dafür vorhanden, daß sich in die Politik des Quai d'Orsay — vielleicht unbewußt — geheime nationalistische Einflüsse eingeschlichen hatten, die unter keinen Umständen eine Saarkonzession an Deutschland machen, sondern ohne Rücksicht auf wirtschafts- und reparationspolitische Notwendigkeiten, am Vertrag festhalten möchten. Mag dem sein, wie ihm wolle: Das Deutsche Reich kann, wenn es sein muß, mit der Abstimmung ruhig warten, es kennt heute schon ihr Ergebnis. Eine rein wirtschaftliche Lösung aber, die darauf abzielt, bereits jetzt die vertraglich vorgesehene Rückkaufsmöglichkeit der Saargruben durch Deutschland aufzugreifen und die politische Endlösung aufzuschieben, ist für die Saarbevölkerung unannehmbar, auch wenn man damit das Ziel durch die Autonomie des Gebietes für die Saarländer schmackhafter machen will. Die Rückgabe der Gruben an Deutschland und die Beibehaltung des Völkerbundsregimes sind nicht geeignet, die Saarbevölkerung sich 1935 für den Völkerbund entscheiden zu lassen. Jeder Versuch Frankreichs oder des Völkerbundes, die gegenwärtige politische Stabilisierung zu betreiben, wird strikte abgelehnt, auch wenn Deutschland durch eine vorzeitige wirtschaftliche Endregelung die größten Vorteile erhalten sollte.

Der Reichstag fordert Liquidierung der Saarfrage.

Gelegentlich der außenpolitischen Aussprache des Reichstages am 24. Juni nahmen fast sämtliche Parteivertreter auch zur Saarfrage Stellung. Uebereinstimmend kam dabei die Auffassung zum Ausdruck, daß die Saarfrage zu jenen Fragen gehört, die in Zusammenhang mit der bevorstehenden Konferenz der Staatsmänner ihre Erledigung zusammen mit der Rheinlandsfrage finden müsse. An Hand des amtlichen Stenogramms geben wir hier die betreffenden Stellen aus den Ausführungen der einzelnen Redner wieder:

Abg. Graf **v. Westarp** (Deutschnational) erklärte:

Wir halten die Stunde für gekommen, klar auszusprechen, daß es auch für diejenigen, die an sich den Young-Plan für möglich halten, eine Selbstverständlichkeit sein sollte, den Abschluß nicht zu tätigen, bevor wirklich **bindende Sicherungen der sofortigen bedingungslosen Räumung von Rhein und Saar geschaffen worden sind.** Wir warnen vor jener Methode, die ich eine der falschen Methoden der Locarno-Politik nenne, etwa auf die unsichere Hoffnung hin abzuschließen, der natürliche Lauf der Dinge, die den Dingen immanente Logik werde, wenn der Plan einmal angenommen ist, schon zur Räumung führen.

Abg. Dr. **Breitscheid** (Sozialdemokrat) führte aus:

Wir hoffen des weiteren, daß die Erörterung über die **Rückkehr des Saargebiets zu Deutschland** zum mindesten begonnen wird. Der Artikel 45 des Versailler Vertrages besagt, daß als Ersatz für die zerstörten Kohlengruben in Nordfrankreich und in Anrechnung darauf zur völligen Wiedergutmachung Deutschland an Frankreich das vollständige unbeschränkte Eigentum an den Kohlengruben im Saargebiet abtritt. Wir glauben, Frankreich hat mit der Zeit genügenden Ersatz für die Zerstörung der Kohlengruben in Nordfrankreich erhalten, vor allem durch die Abtretung Lothringens. (Sehr richtig! links.) Und wenn im Artikel 46 steht, daß, um die Rechte und das Wohl der Bevölkerung zu sichern und Frankreich volle Freiheit der Ausbeutung der Gruben zu verbürgen, Deutschland das Regime des Völkerbundes anzunehmen hat, so sagen wir: über das Wohl der Saarbevölkerung wird die Saarbevölkerung selber zu entscheiden haben. (Lebhafte Zustimmung.) Die Saarbevölkerung weiß, daß es in ihrem Interesse liegt, zu Deutschland zurückzukommen und nicht unter dem gegenwärtigen Regime zu bleiben, noch weniger aber unter die unmittelbare Kontrolle irgendeines fremden Landes zu geraten. Und wenn man sich neuerdings auf französischer Seite, in einer Gesellschaft, die ihre Profit- und Spekulationsinteressen nur schlecht verbirgt, hinter der Behauptung versteckt, daß der gegenwärtige Zustand dem Saargebiet am besten diene, so weisen wir derartige Versuche entschieden zurück. Wir verlangen die Rückkehr der Saar zu Deutschland. Gewiß, es sind dabei noch einige geschäftliche Transaktionen wie zum Beispiel der **Rückkauf der Saargruben** zu tätigen. Wir halten aber an dem Grundsatz fest, daß in einem Augenblick, wo im Young-Plan die Aufhebung aller Kontrollen beschlossen wird, daraus auch die Schlußfolgerung gezogen werden muß, daß die **Kontrolle über das Saargebiet zu fallen hat.**

Abg. Pfarrer **Ulitzka** (Zentrum) stellt fest:

Wenn man den Young-Plan und den ganzen Pariser Sachverständigenbericht richtig erfaßt, dann soll er doch im Sinne der Genfer Abmachungen vom September vorigen Jahres den

Weg für die endgültige Liquidation des Krieges eröffnen. Wenn danach sinngemäß das Gesamtproblem der deutsch-französischen Beziehungen gelöst werden soll, kann man an der Saarfrage nicht vorübergehen. (Sehr richtig! im Zentrum.) **Es ergibt sich vielmehr die Notwendigkeit, das Saargebiet aus seiner politischen und wirtschaftlichen Unsicherheit, die zugleich ein Hemmnis für die Verständigung wie auch für die deutsche Reparationsfähigkeit ist, herauszuführen.** Man kann Frankreich in seinem eigenen Interesse nur raten, auf eine restlose Durchführung der Bestimmungen über das Saargebiet zu verzichten. Oder sehnt sich Frankreich danach, daß einmal in wenigen Jahren der ganzen Welt der völlige seelische, wirtschaftliche und politische Bankerott des ganzen Saarexperiments vor Augen geführt wird? Was erwartet man denn eventuell von einer Abstimmung? Eine Abstimmung kann doch nur das Resultat zeitigen, daß die Saarbevölkerung bis auf ganz verschwindende Ausnahmen durch und durch deutsch ist. (Sehr richtig! im Zentrum.) Ich glaube, das in aller Oeffentlichkeit feststellen und quittieren zu lassen, ist doch nicht gerade ein Begehren, für das man Verständnis haben kann. Ich warne auch vor Erschütterungen, die immer mit solchen Experimenten verbunden sind. Ich erinnere an die Vorgänge in Oberschlesien. Wenn man die Saarfrage weiter im Sinne des Versailler Vertrags laufen läßt, wird es nicht ausbleiben, daß die nationalistischen Leidenschaften aufgewühlt werden und Tage schwerer seelischer und politischer Erschütterung über das Saargebiet kommen können. Darum ist eine baldige Erledigung dieser Frage im Sinne des Saargebietes, aber auch im Sinne eines gedeihlichen Verhältnissen zwischen Frankreich und Deutschland notwendig. Wer ehrlich den Frieden will, der muß sich auch bemühen, die Keime zu späterem Unfrieden zu ersticken. Da ist die Saarfrage von größter Wichtigkeit. (Sehr wahr! im Zentrum.) Es wird von französischer Seite, indem man sich an den Friedensvertrag und an die Vertragstreue klammert, gesagt, der Bevölkerung solle doch Gelegenheit gegeben werden, „ihre Rechte und ihr Wohl" wahrzunehmen. Da hat der Redner der sozialdemokratischen Fraktion mit Recht hervorgehoben, die Entscheidung über das Recht und die Wohlfahrt werde doch am besten der Bevölkerung selbst überlassen. Sie wird wissen, wo ihr Schicksal am besten aufgehoben ist. **Da ist aber kein Zweifel darüber, daß die Saarbevölkerung der Ueberzeugung ist, daß ihr Schicksal beim deutschen Mutterlande am besten aufgehoben ist.**

Abg. Dr. **Schnee** (Deutsche Volkspartei) bemerkt:

Eine selbstverständliche Voraussetzung für uns ist die Rheinlandräumung, und zwar die Räumung ohne irgendwelche Bedingungen. (Sehr wahr! bei der Deutschen Volkspartei.) Mit Genugtuung haben wir aus den Ausführungen des Herrn Reichsaußenministers Dr. Stresemann entnommen, daß er eine dauernde Kommission, eine dauernde Kontrolle für außerhalb jeder Diskussion stehend erklärt. Wir halten eine derartige Kontrolle, mag sie nun den Namen Versöhnungskommission oder einen anderen Namen führen, für vollkommen ausgeschlossen. (Sehr wahr! bei der Deutschen Volkspartei!) Aber wir meinen, daß auch irgendeine andere Hinausschiebung, daß auch die Abhängigmachung von einer etwaigen Mobilisierung gewisser Teile der unter dem Plan zu entrichtenden Jahresleistungen gleichfalls nicht in Frage kommt. Diese Räumung muß unabhängig von derartigen Bedingungen erfolgen. **Das gleiche gilt von der Rückgabe des Saargebiets.** (Sehr wahr! bei der Deutschen Volkspartei.)

Abg. D. Dr. **Bredt** (Wirtschaftspartei) führte aus:

Etwas schwieriger ist es schon mit der Saar. Ich glaube, man kann es schon aussprechen, daß die Franzosen ein großes Interesse am Saargebiet kaum mehr haben können. Denn daß die Abstimmung jemals zugunsten von Frankreich ausfallen wird, ist vollkommen ausgeschlossen. Die **Abstimmung ist nur noch eine Formalität**, die zu erfüllen wäre, deren Ergebnis aber so absolut sicher ist, daß auch kein optimistischer Franzose jemals daran gezweifelt. (Sehr wahr! bei der Wirtschaftspartei.)

Schwieriger ist es schon mit den Saargruben, und es fragt sich, wie wir die **Saargruben zurückerwerben** können. Interessant ist, was in den letzten Tagen in den Zeitungen stand, daß ein großer Lohnkampf zwischen den Saararbeitern und der französischen Grubendirektion stattgefunden hat. Da hat die französische Grubendirektion dargetan, daß die Gruben so gut wie überhaupt nicht rentierten und die Lohnerhöhung infolgedessen untragbar wäre, weil sie aus den Gruben gar nicht herausgeholt werden könnte. Wenn das stimmt, wenn die Franzosen tatsächlich keine Gewinne aus den Saargruben machen, wie sie selbst bei diesen Lohnverhandlungen zugegeben und erklärt haben, dann kann natürlich die Frage etwas leichter entschieden werden.

Abg. Dr. **Haas** (Demokrat) sagte:

Wir erwarten weiter, daß das **Saargebiet unter die deutsche Staatshoheit zurückkehrt.** Wir glauben, wenn dieser neue Zahlungsplan der ernsthafte Anfang einer Liquidierung des Krieges sein soll, daß dann endlich in Europa und in der Welt mit der Abrüstung und mit dem Schutze nationaler Minderheiten ernsthafte Fortschritte gemacht werden müßten.

Abg. **Hepp** (Christliche Bauernpartei) legte dar:

Frankreich steht auf dem Standpunkt einer grundsätzlich **getrennten Behandlung der Fragen des Sargebiets** und des besetzten Gebiets. **Dem widersprechen wir mit aller Entschiedenheit.** Es handelt sich hier um einen Gesamtkomplex, der gleichzeitig und restlos auch für alle Beteiligten gelöst werden muß. (Sehr wahr! bei der Christlich-Nationalen Bauern- und Landvolkpartei.) Wir begrüßen es — das möchte ich als Ausdruck des Dankes sagen —, daß unter der Mitwirkung des Professors Dr. Kloevekorn-Saarbrücken in seinem Werke „Das Saargebiet, seine Struktur und seine Probleme" nunmehr eine umfassende Darstellung der Verhältnisse im Saargebiet gegeben worden ist, und ich wünschte nur, daß möglichst viele Volksgenossen Gelegenheit hätten, in dieses allerdings sehr umfangreiche Werk Einblick zu nehmen. Bezüglich der Saarfrage möchten wir aber doch an die Reichsregierung die Frage richten, wie sie in Zukunft das **Saarproblem** weiter zu behandeln gedenkt. Ich darf daran erinnern, daß der **Saarverein in seiner letzten Tagung in Münster in Westfalen es als einen „nationalen Verrat" bezeichnet hat, wenn die Lösung der Saargebietsfrage aus dem Komplex der Rheinlandräumung herausgenommen wird. Wir erwarten, daß auch die Reichsregierung sich diese Auffassung zu eigen macht, daß, wenn in nächster Zeit die gesamte Frage der Räumung der besetzten Gebiete des Westens erörtert werden soll, das Saargebiet die gleiche Behandlung erfährt wie die besetzten Landesteile.**

Abg. Dr. **Bell** (Zentr.) gab zur Saarfrage folgende Erklärung ab:

Lassen Sie mich im Anschluß an die Erörterungen über die Saarfrage auch dieses für die Saarbevölkerung sehr wichtige Fragengebiet kurz behandeln, wobei ich allerdings die rechtlichen, vor allem die völkerrechtlichen Fragen in den Vordergrund stellen möchte. Was das Saargebiet und die Saarbevölkerung anlangt, so wird es gerade im gegenwärtigen Augenblick angesichts der außenpolitischen Probleme angezeigt erscheinen, die Rechtslage restlos zu klären. Durch Artikel 45 und 46 des Versailler Vertrags sind die Bestimmungen über das Saarbecken ausdrücklich zur Sicherstellung der Rechte und der Wohlfahrt der Bevölkerung vereinbart, und weiter ist im Artikel 49 der Völkerbund als Treuhänder charakterisiert. Danach ist die Rechtslage die, daß das Saargebiet Reichsgebiet geblieben ist und daß deutsches Recht und deutsche Staatsangehörigkeit keine Veränderung erlitten haben. (Sehr richtig! in der Mitte.) **Unabweisbare Pflicht des Völkerbundes und der Saarregierung**, die nach ausdrücklicher Vereinbarung **für die Rechte und das Wohlergehen der Bevölkerung zu sorgen hat, ist die Wahrung strengster Objektivität und Ueberparteilichkeit, vor allem das Fernbleiben von allen Französierungsbestrebungen.** (Sehr richtig!)

Seitdem wir vor sieben Jahren die deutsche Not am Rhein und an der Saar zum Gegenstand von drei bedeutsamen Reichstagsinterpellationen gemacht haben, haben wir uns von Jahr zu Jahr immer wieder der schutzbedürftigen Interessen der Saarbevölkerung annehmen müssen. **Ueber die Beschwerden und die berechtigten Forderungen des Saargebiets geben die gewaltigen Kundgebungen 1928/29 zu Heidelberg und Münster beredten Ausdruck.** Wohl ist von zuständigen französischen Stellen wiederholt versichert worden, man denke nicht an Annexion des Saargebiets. In verschleierter Form richten sich aber Bestrebungen, besonders der französischen Wirtschaft und Industrie auf die Saarwirtschaft und die Saargruben. Das ist selbstverständlich für uns unerträglich und unmöglich. Das Schicksal des Saargebiets ist abhängig von der Saarwirtschaft, und die Saarwirtschaft steht in unlösbarem Zusammenhang zu den Saargruben und den Saarkohlen. (Sehr gut! im Zentrum.)

Die Augen der französischen Wirtschaft richten sich um deswillen auf das Saargebiet, weil sich hier ein nutzbringendes Ausbeutungsobjekt mit einem ertragsreichen Absatzgebiet verbindet. In dieser Hinsicht ist eine neuerliche Kundgebung

französischer Industrieller gegen die Rückgabe des Saargebietes beachtlich, wobei von einem Vertreter der französischen Großindustrie der französischen Regierung vorgeworfen wurde, sie habe bisher in der Saarangelegenheit zu wenig getan und müsse mit Nachdruck darauf hinwirken, **dieses wichtige Wirtschaftsgebiet Frankreich zu erhalten.** (Lebhafte Rufe: Hört! Hört!)

Bei dieser nämlichen Kundgebung vom 14. Juni 1929 verlangte der Vertreter der Nationalen Vereinigung der Kriegsteilnehmer mit scharfem Nachdruck, daß die Saarfrage zugunsten Frankreichs ebenso wichtig sei und behandelt werden müsse, wie die Wiedergewinnung von Elsaß-Lothringen. Die **Saarbevölkerung erwartet mit Recht vom Reichsaußenministerium, daß es alles daransetzt und nichts unterläßt, um die Saarfrage in die rechte Bahn zu lenken und die Saarbevölkerung wirksam vor derartig drohenden Gefahren zu schützen. Wahre Befriedung erfolgt nicht, bis die deutsche Saar endgültig frei wird von jedem ausländischen Einfluß.**

Auf alle diese Erklärungen der Parteivertreter antwortete der Reichsaußenminister Dr. **Stresemann** mit der kurzen aber eindeutigen Erklärung:

Herr Dr. Bell hat über die Fragen an der Saar gesprochen und hat auf Bewegungen hingewiesen, die in Frankreich bestehen, wenn ich ihn recht verstanden habe, sowohl in wirtschaftlichen Kreisen wie auch in Kreisen ehemaliger Frontsoldaten, die sich stark dagegen richteten, daß man das Saargebiet aufgebe, und die, wenn ich ihn recht verstanden habe, sogar einen Vergleich zwischen dem Festhalten der Saar mit dem Festhalten von Elsaß-Lothringen gezogen haben. Ich möchte doch gar keinen Zweifel darüber lassen, daß, wenn die deutsche Reichsregierung von den Fragen gesprochen hat, die zur Liquidierung des Krieges gehörten, darunter die Saarfrage ebenso zu verstehen ist wie die Frage der Rheinlandräumung. (Lebhafte Bravo-Rufe.) **Ich glaube, daß es niemanden mehr gibt, auch niemanden in Frankreich, der irgendwie sich unklar ist über die Abstimmung im Saargebiet. (Lebhafte Zustimmung.) Das Saargebiet war deutsch, ist deutsch und wird deutsch bleiben. (Lebhafter Beifall.) Von dieser Frage der Liquidierung des Krieges wird aber manches abhängen, was auch nicht nur im deutschen Interesse liegt. Ich glaube, daß eine Zeit kommen wird, aus wirtschaftlicher Not heraus geboren, wo französische, deutsche und vielleicht andere europäische Wirtschaften einen gemeinsamen Weg suchen müssen, um sich zu halten gegenüber einer Konkurrenz, der sie nicht gewachsen sind. (Sehr wahr!) Man wird aber nicht verlangen können, daß unsere Wirtschaft offenen Herzens diesen Weg findet, solange alle diese Kriegsreste ihr noch diesen Weg verstellen.**

Kundgebung der Vereinigung Saardeutscher Studierender an der Universität Köln.

Die Vereinigung Saardeutscher Studierender an der Universität Köln veranstaltete am Dienstag, den 6. Juni, in der Universität einen Werbeabend, der zu einer hochbedeutsamen Kundgebung gegen die Saarlüge wurde. Der Vorsitzende der Vereinigung wies, so entnehmen wir der „Kölner Universitäts-Ztg.", einleitend auf das Lügengewebe hin, das französische Machtgelüste seit dem 17. Jahrhundert um das Land der Saar und die Notwendigkeit seiner staatlichen Einordnung in französischem Sinne gesponnen haben, und das seinen Höhepunkt in der Lüge Clemenceaus von den 150 000 Saarfranzosen fand. Auf dieser Lüge allein ist die Regelung aufgebaut, wie sie in den Artikeln 45 bis 50 mit den zwei Kapiteln des Saarstatuts im Versailler Diktat festgelegt wurde. Denn nur durch den Hinweis auf eine angeblich bestehende Adresse von 150 000 Saarländern, die die Wiedervereinigung mit Frankreich wünschten, konnte der heftige Widerstand Wilsons und Lloyd Georges gebrochen werden. Seine Magnifizenz, der Rektor der Universität Köln, lebhaft und freudig begrüßt, zeichnete mit Worten starker Anteilnahme die wichtige Aufgabe, die dem deutschen Volke und insbesondere den deutschen Universitäten in der Saarfrage erwächst. Eine momentane Notwendigkeit besonderer Pflege des Deutschtums im Saargebiet besteht bei der unverbrüchlichen Treue der Saardeutschen nicht. Groß ist aber die Gefahr, daß eine gut gesinnte Bevölkerung übermächtigem, zermürbendem wirtschaftlichem Druck erliegt. Edelste, vornehmste und wichtigste Aufgabe jedes Deutschen muß es daher sein, in der Erkenntnis der außerordentlichen Bedeutung moralischer Hilfe den Kampf deutschen Volkstums an der Saar mit unermüdlicher Ausdauer mitzukämpfen. Der Saarländer soll und muß das deutsche Volk einmütig und geschlossen hinter sich wissen. Wer im besetzten Gebiet lebt oder gelebt hat, hat es selbst gefühlt, wie oft im Reich Gleichgültigkeit und Ablenkung durch eigene Sorgen den Gedanken an die Not deutscher Volksgenossen in den Hintergrund treten ließ. Gerade weil wir im Rheinland das empfunden haben, wollen wir zu den Saarländern stehen und wollen für diese Idee der Hilfe weitere Kreise werben zum Segen für ganz Deutschland.

Der vorgesehene Redner des Abends, Herr Stadtschulrat Martin, Saarbrücken, war durch den Machtspruch einer Regierungskommission, die kein Verständnis für wahres Volksempfinden hat oder haben darf, am Erscheinen gehindert worden. Die Anwendung derartig primitiver, einfältiger Mittel zur Unterdrückung einer politisch-geistigen Bewegung legt Zeugnis von der Einsicht auf der Gegenseite ab, daß ihre Sache eine Entscheidung auf der Grundlage des wirklich freien Selbstbestimmungsrechtes nicht verträgt. Für den verhinderten Redner sprach Herr Stadtverordneter, Gewerkschaftssekretär Pick, Saarbrücken, den die Geschäftsstelle „Saarverein"-Berlin, als Redner zur Verfügung gestellt hatte. Picks Ausführungen waren durchdrungen von reicher, persönlicher Erfahrung, getragen von der Liebe zu Land und Volk der Saar, beseelt von dem Willen der Rückkehr zum Reich. Daß manchmal der Gesichtspunkt des Arbeitnehmers unverhältnismäßig stark in den Vordergrund trat, war bei der Stellung des Redners als Gewerkschaftssekretär verständlich. Herr Pick bezeichnete die Saarfrage als ein sittliches, politisches und wirtschaftliches Problem. Ein sittliches, weil die Loslösung auf einer der größten Unwahrheiten der Weltgeschichte aufgebaut ist, der sich auch ein französischer Staatsmann hätte schämen müssen. Ein politisches, weil durch die Regelung eine Kräfteverschiebung zwischen Deutschland und Frankreich eingetreten ist. Ein wirtschaftliches Problem, weil die Lösung der Saarfrage in französischem Sinne eine bedeutende Stärkung der französischen und eine Schwächung der deutschen Nationalwirtschaft zur Folge hat. Die vorläufige Regelung besteht in der Einsetzung einer Völkerbundregierung, die in Wahrheit Willensvollstreckerin französischer Ansprüche an das Saargebiet ist. Einer kulturell hochstehenden Bevölkerung hat man das aktive politische Wahlrecht genommen und sie damit von der Ausübung des höchsten Staatsrechtes ausgeschlossen. Man konnte nicht verhindern, daß die saarländischen Arbeitergewerkschaften in die Bresche sprangen und die Aufgaben der politischen Parteien in allgemeiner staatspolitischer Hinsicht übernahmen.

Nach dem Scheitern des plumpen Annexionsversuches setzte eine unermüdliche Kleinarbeit ein, die unter Benutzung aller denkbaren Mittel die Bevölkerung beeinflussen sollte. Neue Gewerkschaften wurden gegründet, Zeitungen ins Leben gerufen, in bewußter Absicht auf die Aufgabe des Saargebietes als Brücke zwischen den Kulturen zweier Völker hingewiesen, Bergwerksschulen gegründet und unter Anwendung stärksten wirtschaftlichen Druckes die Arbeiter gezwungen, ihre Kinder in die Schulen zu schicken. Der gesunde Instinkt der Bevölkerung lehnte alles ab. Ein Versuch der Beeinflussung durch kirchenpolitische Maßnahmen scheiterte an der festen Haltung des päpstlichen Stuhles, bis zur endgültigen Regelung keine Aenderung eintreten zu lassen.

Neuerdings führt Frankreich Gesichtspunkte ins Feld, die weit gefährlicher sind und deren Bedeutung man im Reiche nicht frühzeitig genug erkannte. Es propagiert die Notwendigkeit der wirtschaftlichen Angliederung des Saarlandes an sein Staatsgebiet. Seit 1924 herrscht in der Schwerindustrie der Saar französisches Kapital vor. Frankreich weist auf die Umgestaltung des Absatzmarktes der Saarkohle und auf die saarländisch-lothringische Verkehrsverbundenheit hin. Es betont seine Ausfuhr nach dem Saargebiet im Werte von zwei Milliarden Francs. Dieser äußerst gefährlichen Art der Propagierung gilt es wirkungsvoll entgegenzutreten, sie auf ihren wahren Wert zurückzuführen und ihre wahren Absichten bloßzulegen. Die Schuld an dem Verlust des süddeutschen Absatzmarktes für die Saarkohle trägt einzig und allein Frankreich infolge seiner Einfuhrpolitik während des englischen Kohlenstreikes. Der Wert der saarländischen Einfuhr

aus Frankreich ist ein fiktiver; man hat den Güteraustausch des Saargebietes nach Frankreich mit eingerechnet. Der Wert kommt zustande auf Wegen, die zugeschüttet werden müssen. Vor allem aber ist grundsätzlich zu bedenken, daß der Mensch nicht Anhängsel der Wirtschaft ist, sondern die Wirtschaft dem Menschen zu dienen hat. Die Wirtschaft allein kann niemals bestimmend sein für die nationale Zugehörigkeit der Saarbevölkerung.

Die tatkräftige Hilfe des Deutschen Reiches, der deutschen Industrie ist in weit höherem Maße als bisher erforderlich. Verkehrswege müssen geschaffen werden, die die saarländische Wirtschaft eng an die deutsche Volkswirtschaft anschließen. Die Preispolitik der deutschen Kartelle und Trusts, die für die Saar die hohen Inlandspreise statt der Auslandspreise fordert, muß geändert werden, damit die Einfuhr erheblich billigerer, französischer Waren gemindert wird.

Achthundertausend Saarländer verlangen heim zum Reich. Unsere Pflicht ist es, sie in ihrem Kampf unter Aufbietung aller Kräfte zu stützen.

Rückblick auf die Bundestagung in Münster.

Von K. Ollmert-Frankfurt a. M.

Seit einigen Jahren habe ich jeweils nach der Abhaltung einer Bundestagung einen Aufsatz für den „Saar-Freund" geschrieben, in dem ich meine Eindrücke und meine Ansicht über den Verlauf der Tagung zum Ausdruck brachte. Die Anregung hierzu ging von der Bundesleitung aus, und ich habe ihr sehr gern Folge geleistet. Nicht um alles in den schönsten Farben zu schildern oder um nur Loblieder anzustimmen, sondern in der Hauptsache auch um die für eine erfolgreiche Weiterarbeit des Bundes erforderlichen Nutzanwendungen zu ziehen und darzulegen. Da es mir vergönnt war, an allen bisher abgehaltenen Bundestagungen teilzunehmen, drängen sich bei mir erklärlicherweise unwillkürlich Vergleiche zwischen den früheren Tagungen und der Münsterschen auf, namentlich zwischen den in den letzten drei, vier Jahren abgehaltenen. Das Ergebnis der Vergleichsbetrachtungen ist u. a., daß auf solche Vergleiche etwa beruhende Werturteile immerhin in etwas problematisch sind, denn jede Tagung fand unter einer anderen Lage im Saargebiet und der Gesamtpolitik statt; jede Tagung hatte auch ihren eigenen Wert und ihre besondere Bedeutung. Als ich z. B. im vorigen Jahre die Tagung in Heidelberg mit der Teilnahme vieler tausend Landsleute aus dem Saargebiet und der gewaltigen Schlußkundgebung im Schloßhof des alt ehrwürdigen Heidelberger Schlosses mit ihrer Massenbeteiligung und der Mitwirkung von 1200 Saasängern erlebte, glaubte ich, daß eine Steigerung der Begeisterung, wie sie sich an dieser denkwürdigen Stätte zeigte, nur noch möglich wäre, wenn die Befreiungsfeier für das wieder in den Schoß seiner Mutter zurückgekehrte liebe deutsche Saargebiet stattfände. Und doch sollte sie schon durch die Münstersche Tagung mit all ihren öffentlichen Veranstaltungen, und ganz besonders durch die große Schlußfeier im Schatten des gewaltigen Domes mit ihren mehr als 50 000 Teilnehmern, überboten werden. Übrigens hat bisher die Bevölkerung der Tagungsstadt nie so zahlreich und so herzlich sich an unseren Veranstaltungen beteiligt als in Münster. All unsere Erwartungen, die, nachdem was die Vertreter der Ortsgruppe Münster im vorigen Jahre in Heidelberg versprochen hatten, ganz bestimmt nicht klein waren, sind weit übertroffen worden. Die Tagung in Münster, das darf ohne jede Übertreibung festgestellt werden, wird für alle Teilnehmer ein großes Erlebnis bleiben. Sie war namentlich auch ein Beweis dafür, daß das deutsche Volk in allen seinen Schichten für eine große vaterländische Aufgabe sehr wohl noch begeisterungsfähig ist.

Aber nicht nur die großen Veranstaltungen, die sich sämtlich zu Massenversammlungen gestalteten, verliefen imposant und denkwürdig. Auch die politische Versammlung und die Arbeitstagung zeigten eine Einmütigkeit, Sachlichkeit und Geschlossenheit, wie man sie gar nicht besser wünschen konnte. Alle Redner, Berichterstatter und Diskussionsredner hatten nur das eine große Ziel, wie der Bevölkerung des Saargebietes in ihrem langen, schweren Kampfe um die Wiedervereinigung mit dem Reiche am besten gedient werden könne, im Auge. Nichts Gegensätzliches oder an Parteieinstellung Erinnerndes trat hervor. Die Teilnehmer bildeten im besten Sinne des Wortes eine große Volksgemeinschaft, waren allen Ernstes gewillt, abseits von den Gegensätzen weltanschaulicher, parteipolitischer oder sozialer und gesellschaftlicher Art in überparteilicher Weise wirklich vaterländische Arbeit zu leisten. Rein sachlich behandelten die einzelnen Redner ihre Themen, und genau so verliefen die Aussprachen. Die Überzeugung, daß es sich bei der Saarfrage nicht um eine Partei- oder Richtungsangelegenheit, sondern um eine sehr ernste Sache des gesamten deutschen Volkes handelt, und jeder, der es versucht, den Kampf um die Deutscherhaltung und Rückgliederung des Saargebietes parteimäßig zu gestalten, ein Schädling am Deutschtum ist, ist im Bund der Saar-Vereine, ich darf wohl sagen, Allgemeingut geworden. Bei seinen Veranstaltungen können daher nur Redner und sonstige Mitwirkende geduldet werden, die sich tatsächlich freihalten von Partei- oder Interessenpolitik. Der Bund der Saar-Vereine darf und kann sich, wenn er seine eigene Arbeit nicht sabotieren will, durch kein Mittel von seiner Überparteilichkeit abdrängen lassen und wird an ihr festhalten um jeden Preis. Das zeigten wiederum die ganzen Vorbereitungen der Münsterschen Tagung, die Auswahl der Redner, die Ausführungen der maßgebenden Herren der Bundesleitung und die überaus sachliche und objektive Leitung aller Veranstaltungen.

Die Tagung in Münster fiel in die Tage, in denen durch die Einigung der Sachverständigen in Paris über den Young-Plan eine neue internationale politische Situation entstand, die auch für die Lösung der Saarfrage von Bedeutung sein sollte. Nicht etwa im Hinblick auf den Willen und das Ziel der Bevölkerung des Saargebietes; sie stehen unverrückbar fest. Vielleicht aber in bezug auf die für den Kampf um die Wiedervereinigung des Saargebietes mit Deutschland einzuschlagende Taktik, die der ganzen Einstellung und Haltung des Bundes nach in erster Linie von der Bevölkerung des Saargebietes mit den verantwortlichen Reichsstellen festzulegen ist. Daher war es besonders erfreulich, daß in Münster als Redner und Gäste vor allem auch Herren von der Saar zu Worte kamen und führende Persönlichkeiten des Saargebietes in der Festnummer eingehend zu allen wichtigen Problemen Stellung genommen hatten. Es war nicht Aufgabe der Tagung in Münster, Parolen für das Saargebiet auszugeben. Das taten selbst auch die Redner von der Saar nicht. Was sie darlegten, deckte sich mit dem, was die gesamte deutsche Bevölkerung des Saarlandes denkt und will. Daß sie sich dabei auch mit aller Entschiedenheit gegen die Saarlüge wendeten, hat seine guten Gründe. Deuten doch sozusagen alle Anzeichen darauf hin — ja es liegen bereits Tatsachen in dieser Beziehung vor —, daß man ebenso wie es Clemencau 1919 mit der Lüge von den 150 000 Saarfranzosen verstanden hat, Wilson, Loyd George und andere zu beschwindeln, französischerseits jetzt mit der Lüge, daß das Saargebiet aus wirtschaftlichen Gründen im eigenen Interesse seiner Bevölkerung nicht wieder an Deutschland zurückfallen dürfe, die Welt zu beschwindeln versucht. Die Ausführungen der Redner, insbesondere die des Stadtverordneten O. Pick-Saarbrücken, zeigten klar, daß das Gegenteil der französischen Behauptung richtig und die Wirtschaft des Saargebietes auf Gedeih und Verderb mit der deutschen Volkswirtschaft verbunden ist. „Ohne den deutschen Absatzmarkt kann das Saargebiet wirtschaftlich nicht bestehen", erklärte mit allem Nachdruck Herr Pick. Wir Deutschen wissen das. Aber es ist notwendig, daß wir mit allen Mitteln dafür sorgen, daß diese Tatsache auch in der ganzen Welt bekannt wird.

Des öfteren hörte man auch in Münster den Wunsch aussprechen, daß die zukünftigen Bundestagungen sich nicht mehr mit der Lösung der Saarfrage, wie sie durch das Versailler Diktat geschaffen wurde, zu befassen brauchten, und daß die restlose Rückgliederung des Saargebietes an Deutschland mit der aus Anlaß der Annahme des Young-Planes zu erwartenden Räumung des besetzten Gebietes erfolge. Mit allem Nachdruck forderten namentlich die Teilnehmer aus dem Saargebiet die gleichzeitige Vereinigung der Saarfrage mit der Besatzungsfrage, so daß diese Forderung auch in der angenommenen Entschließung deutlich zum Ausdruck kommt. Jedenfalls erwarten unsere Volksgenossen an der Saar — so erklärten unsere Freunde, die aus dem Saargebiet nach Münster gekommen waren, immer wieder, wenn die Rede auf die neue Situation kam (wie das inzwischen erneut auch die Kundgebungen im Saargebiet gezeigt haben) — einmütig, daß das deutsche Volk und die deutsche Reichsregierung alles daransetzen, um auch das Saargebiet so schnell wie möglich aus der Fremdherrschaft zu erlösen. Sie hielten den gegenwärtigen Zeitpunkt für einen scharfen Vorstoß in dieser Richtung für besonders geeignet. Und wenn man auch die großen Schwierigkeiten, die der Erfüllung dieses Verlangens noch entgegenstehen, und die die Franzosen sicherlich noch zu vergrößern versuchen werden, hinwies, erklärten sie, daß ihnen diese Schwierigkeiten sehr wohl bewußt wären, es nunmehr aber trotzdem gelten müsse, mit dem Saarproblem zum Ziele zu kommen; denn wenn die Saarfrage bei der bevorstehenden Lösung der Besatzungsfrage ungelöst bleibe, wäre kaum daran zu denken, daß das Saargebiet vor 1935 wieder zu Deutschland kommen werde. Weigerten sich Frankreich und der Völkerbund auch jetzt noch, das Saar-

unrecht wieder gutzumachen, dann zeigten sie dadurch u. a., daß ihnen an einer ehrlichen Befriedung Europas nichts liege.

Besonders erfreulich war es auch, zu sehen, daß die deutsche Presse, und namentlich die Münstersche, für die Tagung und die ganzen Saarprobleme großes Interesse zeigte. Ihre Unterstützung im Kampfe für die schnelle Rücklieferung des Saarlandes ist ganz außerordentlich wichtig. Die Pflege guter Beziehungen zur Presse und ihre vorzügliche Information ist daher eine besondere Aufgabe des Saargebietes und des Bundes der Saar-Vereine. Man darf bestimmt annehmen, daß gerade die Münstersche Tagung die für ein fruchtbares Zusammenarbeiten zwischen der Presse und dem Saargebiet und dem Bund der Saar-Vereine so ungemein wertvollen Beziehungen wesentlich gefördert hat.

Für alle die, die schon längere Zeit im Bund der Saar-Vereine mitarbeiten, war es auch eine große Genugtuung, feststellen zu können, daß seine Tätigkeit immer mehr geschätzt wird, und zwar sowohl bei den maßgebenden Stellen und Führer des Reiches als auch im Saargebiet selber. So zahlreich und vorbehaltlos wie aus Anlaß der Tagung in Münster sind bisher die Anerkennungen für die „führenden Männer des Saar-Vereins, die sich" — wie der jetzige preußische Minister des Inneren in seinem an die Bundesleitung gerichteten Schreiben sagt — „durch ihre nimmer müde Aufklärungsarbeit im Inneren Deutschlands um die Klärung der Saarfrage große Verdienste erworben haben" bisher wohl noch nicht gewesen. Alles in allem kann daher mit voller Überzeugung gesagt werden, daß die Tagung in Münster ein großer Erfolg war. Jetzt gilt es, sie auszuwerten in der Presse, in den Ortsgruppen und überall dort, wo sich hierzu irgendeine Gelegenheit bietet. Wie ein Mann muß das ganze deutsche Volk in der Saarfrage zusammenstehen und unsere Landsleute an der Saar müssen immer wieder und immer mehr davon überzeugt werden, daß mit ihnen das ganze Deutschland kämpft für ihre möglichst baldige, restlose Wiedervereinigung mit dem gemeinsamen lieben deutschen Vaterlande.

Vom saarländischen Landesrat.

Der Landesrat des Saargebiets beschäftigte sich in seiner Sitzung vom 20. Juni mit der Frage des Abbaues der Wohnungszwangswirtschaft im Saargebiet. Der Regierungs-Kommission wird hier zum Vorwurf gemacht, daß sie in Rücksicht auf die französischen Großindustriellen im Saargebiet den Mietpreis zwangsweise niedrig halte, um eine bei der Erhöhung der Mieten notwendig werdende Lohn- und Gehaltsaufbesserung zugunsten der genannten Interessenten künstlich hintanzuhalten. Daß es sich hierbei lediglich um eine Bevorzugung französischer Interessen durch die zur Wahrung der Wohlfahrt der Saarbevölkerung eingesetzte Regierungs-Kommission handelt, wird dadurch schlagend erwiesen, daß ein führender deutscher Großindustrieller, Kommerzienrat Hermann Röchling, öffentlich erklärt hat, die Saarindustrie sei in der Lage und auch willens, eine sich im Rahmen der berechtigten Mietspreiserhöhung haltende Lohnaufbesserung zu tragen. Der jetzt dem Landesrat von der Regierungs-Kommission vorgelegte Entwurf einer Regelung des Wohnungswesens bringt trotzdem nur eine geringe Lockerung der Wohnungszwangswirtschaft und wird damit den berechtigten Interessen des Hausbesitzes nicht gerecht. Der Entwurf wird daher in dieser Fassung von allen Parteien einmütig abgelehnt. Verlangt wird dafür vom Landesrat, daß alle Wohnungen mit einer Friedensmiete von 1000 M. an aus der Zwangsbewirtschaftung herausgenommen werden, im Mietspreis soll eine schnellere Angleichung an die Friedenspreise angebahnt werden. Gegenwärtig wird der Mietspreis nach der Friedensmiete zu einem herabgedrückten Frankenkurs zu 3,55 berechnet, während der Franken stabil auf 6 = eine Mark steht; die Hausbesitzer erhalten daher nur etwas mehr als die Hälfte der Friedensmiete. Der Landesrat verlangt die Festsetzung des Umrechnungskurses vom 1. Juli ab auf 4,50, steigend bis zum 1. Januar 1931 auf 6, so daß zu diesem Termin die Friedensmiete erreicht sein würde. Die Regierungs-Kommission wird beschuldigt, daß sie zur Behebung der Wohnungsnot außer dem Bau einiger Beamtenwohnungen nichts Ernstliches unternommen habe. Zum Beweise dafür wird darauf verwiesen, daß die Regierungs-Kommission noch heute 20 Prozent der freiwerdenden Wohnungen für ihre Beamten beschlagnahmt. Obwohl sie selbst ausreichende Mittel für die Belebung der Bautätigkeit zur Verfügung stellen könnte, hemmt sie die Bautätigkeit noch, indem sie der Stadt Saarbrücken die Begebung einer Anleihe zu Bauzwecken verweigert. Infolge der hierdurch mit erzwungener Niederhaltung der Bautätigkeit und Linderung der Wohnungsnot sind zahlreiche Arbeitslose sogar der qualifizierten Bauberufe zu verzeichnen. Ein solcher Zustand mitten in der Hochsaison des Baugewerbes ist hier noch nicht zu verzeichnen gewesen.

Bedauert wurde, daß die Saar-Anleihe noch nicht zustande gekommen ist, in der 50 Millionen für Bauzwecke vorgesehen gewesen sind, die sehr wohl befruchtend auf dem Baumarkt gewirkt hätten. Trotzdem hätte die Regierungs-Kommission hier sehr leicht helfend einspringen können. Zum Beweise dessen wies man auf die von der Regierungs-Kommission vorwiegend bei französischen Banken zu den lächerlich geringen Zinssatz von 2—3 Prozent angelegten Fonds von mehr als 200 Millionen Franken hin. Auf den Antrag, aus diesen Fonds die 50 Millionen bis zum Zustandekommen der Saar-Anleihe vorzustrecken, die sich auch weit besser als bei den französischen Banken verzinsen würden, hat die Regierungs-Kommission keine oder nur ausweichende Antworten gegeben. Angesichts der Zunahme der Neubauwohnungen ist es eine Forderung der Gerechtigkeit, nicht länger den Zustand bestehen zu lassen, daß eine Gruppe von Mietern Nutznießer der billigen Zwangsmieten sind, während die andere Gruppe bei gleichem Einkommen die Last der wesentlich teueren Neubaumieten zu tragen hat. Tatsache ist, daß die Gesamtheit der Arbeiter und Angestellten niedrige Einkommen haben, um die der Zwangswirtschaft unterstellten Wohnungen niedrig im Preise zu halten. Den Vorteil von den niedrigen Mieten haben nicht die Arbeiter und Angestellten, sondern vor allen die französische Grubenverwaltung in ihrer Lohngestaltung. Der Landesrat nahm zum Schluß die Verordnung nach den von ihm beantragten Verbesserungen an. Die Stellungnahme der Regierungs-Kommission hierzu wird zu beweisen haben, ob es der Regierungs-Kommission Ernst war mit ihrer Zusicherung, den Gutachten des Landesrats die verdiente Beachtung schenken zu wollen.

Zum Schluß der Sitzung wurden noch bemerkenswerte Anfragen gestellt. So verlangt der Landesrat zu wissen, wie hoch im Jahre 1928 die vereinnahmten Zölle waren und wie hoch sich die an die französische Regierung abgeführten Erhebungskosten der französischen Zollverwaltung eigentlich stellen, und weiter, welche Zolleinnahmen und Erhebungskosten im Jahre 1929 vorgesehen sind. Wie in dem Artikel über den Haushalt für 1929 festgestellt, hüllt die Regierungs-Kommission gerade den Posten Zolleinnahmen in ein mystisches Dunkel, und auch auf die wiederholten Anfragen hierüber hat sie sich nur in Schweigen gehüllt. Man wird abzuwarten haben, ob es die Regierungs-Kommission noch jetzt für tragbar hält, dem Landesrat eine klare Antwort zu verweigern.

Noch peinlicher dürfte ihr die zweite Anfrage sein. Aus dem Haushalt für 1929 ist ersichtlich, daß für bestimmte Fonds jährlich erhebliche Beträge zurückgestellt werden, für den Fonds „Ansprüche der Beamten auf Ruhegehalt und Hinterbliebenenfürsorge" sind seit 1923 bis einschließlich 1929 allein 236 600 000 Franken aufgespeichert worden. Der Landesrat will hier wissen, welche anderen Fonds außer diesen noch bestehen, wie sie verwaltet werden, und wo und zu welchen Zinssätzen diese Gelder angelegt sind, weiter verlangt er einen Nachweis über die einmaligen und außerordentlichen Ausgaben zurückgestellten erheblichen Summen, und wo und wie diese Summen bis zur Ausführung des vorgesehenen Zweckes angelegt waren oder noch sind. Der Staatskommissar versprach, diese Anfragen der Regierungs-Kommission zu unterbreiten. Auf die Antwort wird man gespannt sein können, denn es wird bekanntlich der Regierungs-Kommission zum Vorwurf gemacht, daß sie diese Gelder vorwiegend französischen Banken zu kaum nennenswerten Zinsen anvertraut hat, und daß die Banken auf Kosten der Saarbevölkerung jährlich Millionen an Zinsgewinnen einstecken.

—e.

Gewerkschaftssekretär Karl Hillenbrandt, Saarbrücken,

Mitglied des Preußischen Landtags.

Ein freudiges Ereignis ist die Berufung des Gewerkschaftssekretärs Karl Hillenbrandt-Saarbrücken als Mitglied des Preußischen Landtags nachdem der Reichstagsabgeordnete Dr. Brüning, Mitglied der Zentrumspartei, sein Landtagsmandat niedergelegt hat, um einem Vertreter des Saargebiets den Eintritt in den Landtag zu ermöglichen. Nun hat das Saargebiet endlich eine politische Vertretung im Preußenparlament und zwar in der Zentrumspartei, die auch die politisch stärkste Partei im Saargebiet ist. Nicht nur im Saargebiet ist man über diesen Eintritt Hillenbrandts in den Preußischen Landtag sehr erfreut, auch vom „Bund der Saarvereine" wird es ganz besonders begrüßt, weil dann in der Fraktion sowohl, als auch in den Ausschüssen des Landtags die Interessen des Saargebiets in politischer und kultureller Beziehung wirksam vertreten werden können. Wir dürfen bei dieser Gelegenheit wohl daran erinnern, daß der Bund der Saarvereine schon vor vielen Jahren bei den Fraktionen des Reichstags, des Preußischen Landtags und des Bayrischen Landtags nicht einmal, sondern wiederholt vorstellig geworden ist mit der Bitte, bei den Reichs- und Landtagswahlen für Saarländer, die bereit und geeignet seien, zu kandidieren, aussichtsreiche Stellen auf den Wahllisten freizuhalten. In den betreffenden Eingaben war immer darauf hingewiesen, daß nach § 28 Absatz 2 des Saarstatuts die Einwohner des Saargebiets ihr Wahlrecht für Reichstag und Landtag nicht ausüben dürfen, daß es aber nach dem Versailler Vertrag nicht unzulässig sei, daß Einwohner des Saargebiets in den Reichs- oder Landtag gewählt werden. Es war ferner dabei betont, daß die besonderen deutschen Belange des Saargebietes und allgemein politischen Gesichtspunkten es gleichermaßen erforderte, von dieser Möglichkeit Gebrauch zu machen. Es gelte im Bewußtsein der Saarländer das Gefühl der Zusammengehörigkeit mit Deutschland wachzuhalten und zu stärken. Eine Vertretung des Saargebietes im Reichstag und in den Landtagen durch Saarländer, die, wenn sie gleich von dem Saarvolk nicht gewählt werden, doch als politische Führer anerkannt seien, würde diesem Zweck außerordentlich förderlich sein. Es gelte aber auch, im Reichstag und in den Landtagen Männer zu haben, die auf das Genaueste vertraut seien mit den Verhältnissen des Saargebiets und deren Aufgaben es sein werde, das Verständnis für die Saarfragen in ihrer Fraktion wachzuhalten und als berufener Vertreter des Saargebiets das Wort zu ergreifen, so oft es nötig sei. In den betreffenden Eingaben war ferner hervorgehoben, daß es auch einen Gegenstoß zu tun gelte gegen die Politik der Regierungskommission im Saargebiet, die sich bekanntlich gegen die politische Betätigung der anerkannten Führer im Saargebiet richtete. Es gelte aber auch der großen allgemeinen politischen Bedeutung der Saarfragen mehr als bisher Rechnung zu tragen, usw. — Jedenfalls kann man es bei der heutigen Entwicklung und bei der hoffentlich bevorstehenden Lösung der Saarfrage nur mit Freude begrüßen, daß die Zentrumspartei diesen Schritt getan und damit auch den übrigen politischen Parteien den Weg gezeigt hat, der beschritten werden muß, wenn man dem Saargebiet wirklich helfen will. Alle, denen an der baldigen Lösung der Saarfragen etwas gelegen ist, werden diesen Schritt der Zentrumspartei jedenfalls mit Freude und Dank begrüßen.

Kleine politische Umschau

* **Herr Urbain Fabvier, ein „Zwitter".** In einer längeren Zuschrift wird der „Saarbrücker Zeitung" aus Wallerfangen geschrieben: Es handelt sich in diesem Falle um den Präsidenten der französisch-saarländischen Handelskammer, Herrn Urbain Fabvier aus Wallerfangen. Es ist zur Genüge bekannt, in welch unschöner Weise er nach dem für Deutschland unglücklichen Kriegsausgang die ihm vorher von Preußen erwiesene Gastfreundschaft mißbraucht hat. Jeder Kenner der Verhältnisse ist überzeugt davon, daß er unablässig bemüht sein wird, die Tätigkeit der „Saarräuber" zu unterstützen, und daß es sein schönster Traum ist, die Trikolore auf seinem Limberg zu hissen. Aber in dem Geburtsort dieses Mannes — nämlich in Wallerfangen — denkt außer ihm und seinen französischen Verwandten niemand anders als die gesamte übrige Bevölkerung des Saargebietes, nämlich: „Zurück zum Reich so schnell wie möglich!" Einige Wallerfanger Bürger haben nun in den letzten Jahren bei den Kommunalwahlen Herrn Urbain Fabvier aufgestellt, weil er „Wallerfanger Bürger" sei. Herr Fabvier sitzt infolgedessen auch im Gemeinde- und Bürgermeistereirat. Man hat bisher wohl immer dabei außer acht gelassen, welch gefährliches politisches Spiel damit getrieben worden ist. Es ist selbstverständlich, daß Herr Fabvier in Paris politischen Eindruck machen muß, weil er als Franzose im Gemeinde- und Bürgermeistereirat einer deutschen Gemeinde sitzt. Nachdem nun aber klar erwiesen ist, daß Herr Fabvier gemeinschaftlich mit den „Saarräubern" eine politische Tätigkeit ausübt, die in völligem Widerspruch mit der Ansicht der Saarbevölkerung steht, dürfte es wohl in Zukunft keinen Mann mehr geben, der seine Hand dazu bietet, daß Herr Urbain Fabvier noch einmal in den Gemeinderat vor Wallerfangen einzieht. — Ob ein Franzose sich wohl bereitfinden würde, dafür Sorge zu tragen, daß ein Deutscher in den Gemeinderat einer französischen Gemeinde einzieht?

Kleine Tageschronik

St. Ingbert. Die Folgen des finanziellen Zusammenbruchs der St. Ingberter Stadtsparkasse infolge der leichtfertigen Kreditgebahrung ihres Leiters machen sich in dem neuen Haushalt der Stadtverwaltung bemerkbar. Zum ersten Male ist ein Betrag von 764 000 Franken zur Abtragung der Sparkassenschuld in den Haushalt eingestellt worden. Durch weitgehende Einschränkung ist die Gesamtausgabe des Haushalts auf 15 810 000 Franken beschränkt worden, die Einnahmen betragen 9 245 000 Franken, so daß sich ein Fehlbetrag von 6 565 000 Franken ergibt, der durch die ertragbare Umlage von 180 Prozent gedeckt werden kann. Die Stadtverordneten genehmigten diesen Haushalt, sprachen dabei aber die Erwartung aus, daß sie nunmehr von der Zwangsaufsicht, unter die sie infolge des Sparkassenskandals von der Regierungs-Kommission gestellt wurden, wieder befreit werden und das Recht der Selbstverwaltung zurückerlangen. Mit den Banken, die den Sparkassenleiter einen so weitgehenden Kredit eingeräumt haben, hofft man auf dem Verhandlungswege zu einem annehmbaren Vergleich zu gelangen. Die schwerste Last von etwa 4½ Mill. Mark entsteht der Stadt aus den Krediten an die Baltiawerke in Heidelberg, da es nicht gelingen will, die Bestände des Werkes zu einem angemessenen Preise zu verwerten. Hier wird der Ausfall immer größer, so daß die Kredite fast völlig als verloren anzusehen sind. Bürgermeister Kempf ist durch den Spruch des Disziplinargerichts inzwischen seines Amtes entsetzt worden, doch hat man ihm drei Viertel seines Pensionsanspruches zugebilligt. Da diese Ansprüche durch einen Pensionsverband zu decken sind, die Stadt also nicht belasten, hat die Stadtverwaltung kein Interesse mehr daran, den Schuldanteil und die etwaige Regreßpflicht des Bürgermeisters an den Verlusten der Sparkasse durch ein Gerichtsverfahren klären zu lassen.

Nach fünftägiger Verhandlung hat das Saarbrücker Schwurgericht in den ersten Julitagen auch das Urteil gegen den Finanzrat Pircher und den Oberverwaltungssekretär Omlor gefällt. Beiden Angeklagten wurden mildernde Umstände zugebilligt. Pircher wurde zu 4½ Jahren, Omlor zu 3½ Jahren Gefängnis wegen Betrugs, Unterschlaguug im Amt und Urkundenfälschung verurteilt. Außerdem wurde ihnen die Befähigung zur Bekleidung öffentlicher Aemter auf die Dauer von fünf Jahren aberkannt. Die beiden Verurteilten waren es, die durch leichtsinnige Kredite die Stadt an den Rand des Ruins gebracht haben.

Sein 25jähriges Berufsjubiläum in Diensten der Gesellschaft für Förderanlagen von Ernst Heckel m. b. H. beging in Saarbrücken Direktor Fritz Walla.

Wellesweiler. Seine eigene Todesanzeige zu widerrufen sah sich ein hiesiger Einwohner genötigt. Ein Anonymus hatte sich den recht rohen Scherz erlaubt, einer Ortszeitung die Todesanzeige einzusenden, die auch guten Glaubens aufgenommen wurde. Der Totgesagte sah sich daher zu folgender schwarz umränderten „Erwiderung" veranlaßt: „Meinen lieben Verwandten und Bekannten zur gefälligen Kenntnis, daß meine eigene Todesanzeige von einem Witzbold fingiert aufgegeben worden ist, und daß ich mich noch bester Gesundheit erfreude. Oskar Zinnmeister, Wellesweiler." Hoffentlich gelingt es noch, den „Witzbold" ausfindig zu machen, um ihm hinterher seinen „Scherz" recht gründlich zu verleiden.

Personalnachrichten.

Balthasar Schlachter-Hamburg †

Am 2. Juli 1929 entschlief in Tiegenhof bei Danzig, wo er und seine Gattin Erholung suchten, unser Landsmann aus Saarbrücken, der Kaufmann Balthasar Schlachter, Major d. L. a. D. Die unterzeichnete Ortsgruppe verliert in dem leider allzu früh Verstorbenen einen seiner Mitgründer und einen seiner eifrigsten und treuesten Anhänger und Förderer. Er war seit der Gründung unserer Ortsgruppe ununterbrochen ein vorbildlicher Kassenführer. Wir stehen trauernd an der Bahre dieses aufrechten, in tiefster Seele heimattreuen Mannes, dem nie eine Mühe zu viel war, wenn es galt sich für die bedrängte Heimat einzusetzen. Viel Worte zu machen lag ihm nicht, dafür aber hat er mit der Tat unendlich viel Gutes geleistet ohne ein überflüssiges Wort darüber zu verlieren. Er war ein Mann mit einem goldenen Herzen, zuverlässig und treu bis zum letzten. Wir werden ihn nicht vergessen.

Ortsgruppe Hamburg.
i. A. Dr. Waltzinger.

Todesfälle. Saarbrücken: Anwaltssekretär i. R. Hans Solbach, 70 Jahre; Eisenbahnwerkstätten-Vorsteher Theodor Scheithauer, 56 Jahre; Rosa Klein, geb. Reuter, 67 Jahre; Oberregierungsrat i. R. Berthold Bastian, 73 Jahre; Frau Witwe Charlotte Glißmann, geb. Lehmann, 81 Jahre; Frau Katharina Wagner, geb. Meiser, 61 Jahre; Oberbahnhofsvorsteher i. R. Johann Wilhelm Klaes; Valentin Angert, 62 Jahre; Schreiner Wilhelm Schley, 55 Jahre; Frau Lina Köhn, geb. Siebenpfeiffer, 46 Jahre; Kunstglasermeister Wilhelm Rock, 49 Jahre; Strafanstalts-Hauptwachtmeister Ludwig Jost, 54 Jahre; Frau Wwe. Elisabeth Mongin, geb. Jost, 68 Jahre; Johann Borst, 36 Jahre; Frau Wwe. Emil Hinz, Sophie geb. Ziehme, 65 Jahre; Ober-Zollsekretär i. R. Emil Schorlepp sen., 80 Jahre; Frau Margarethe Wurdel, 48 Jahre; Frau Klara Krämer, geb. Hilgert, 65 Jahre; pensionierter Bergmann Jakob Bickelmann, 85 Jahre; Johann Paptist Müller, 62 Jahre; Frau Karoline Reck, geb. Gerold, 56 Jahre; Frau Wwe. Ludwig Wagner, Katharina geb. Sebastiani, 76 Jahre; Frau Wwe. Nikolaus Steffen, geb. Keller, 61 Jahre; Frau Karoline Bruck, geb. Becker, 55 Jahre; Otto Neubauer, 58 Jahre; Frau Adelheid Niedner, geb. Metzen, 32 Jahre; Frau Karoline Vogelsang geb. Reinshagen, 58 Jahre; Jakob Steil, 57 Jahre; Frau Marg. Adt, geb. Nenno, 51 Jahre; Frau Luise Thürk, geb. Kiefer, 33 Jahre; Frau Gerta Unfug, geb. Schuck; Wilhelm Conradi, 61 Jahre; Frau Victorine Müller, geb. Baltus, 48 Jahre; Katharina Maria Moosmann, Hebamme; Philipp Keller, 62 Jahre; Eisenbahnoberingenieur i. R. Emil Rhoden, 75 Jahre; Frau Elisabeth Illigen, geb. Petto, 47½ Jahre; Franz Laufer, 48 Jahre; Frau Angela Wagner, geb. Schramm, 68½ Jahre; Karl Zumpf, 52 Jahre; Michael Lasch; Friedrich Herdt; Schlossermeister Carl Schunk, 68 Jahre; Leopold Maaß, 38 Jahre; Frau Johanna Levy, geb. Tuteur; Frau Emilie Kramer, geb. Maul, 73 Jahre; Frau Wwe. Sophie Kappel, geb. Diener, 85 Jahre; Philipp Keller, 62 Jahre; Frau Maria Mathern, geb. Day, 22 Jahre; Hermann Hürter, 33 Jahre; Frau Katharina Keller, geb. Lauer, 64 Jahre; Hermann Säwe, 65 Jahre; Frau Elisabeth Burg, geb Ahrendt, 70 Jahre; Frl. Margarete Zeddies; Frau Wwe. Elisabeth Weil, geb. Gerhardt; Frau Maria Thiesen, geb. Teckentrup, 46 Jahre; Wilhelm Brabender, 53 Jahre; Frau Wwe. Kath. Piske, geb. Müller, 77 Jahre; Eisenbahnschlosser Johann Welsch, 49 Jahre; Frau Wwe. Joh. Hüppchen, Sophie geb. Schenkelberger, 72 Jahre; Friseur Ernst Immisch, 21½ Jahre; Frau Maria Meinerz, geb. Prinz, 35 Jahre; Fritz Simon, 57 Jahre; Willy Kremers, 19 Jahre; Oberinspektor Adolf Gleßner, 33 Jahre; Eisenbahn-Pensionär Christian Mettel, 73 Jahre; Ferdinand Moritz; Oberlokomotivführer a. D. Philipp Langguth, 61½ Jahre; Korrektor Peter Eberweiser, 57 Jahre; Amtsbote i. R. Karl Zumpf, 52 Jahre; Frau Jakob Barth, Sofie geb Sehte, 52 Jahre; Frau Wwe. Anna Sponheimer, geb. Orlemann, 60 Jahre; Gustav Dierstein, 59 Jahre; Frau Wwe. Jakob Heß, 79 Jahre; Pensionär Johann Friedrich Diener, 89 Jahre; Frau Cäcilie Jung, geb. Englert, 65 Jahre; Frl. Anna Rinkenbach, 50 Jahre; Frau Wwe. Barbara Schwind, geb. Schreiner, 75 Jahre; Frau Marie Katharine Mayer, geb. Müller, 77 Jahre; Egidius Alt, 66 Jahre; Frau Adelhaid Woll, geb. Jungfleisch, 35 Jahre; August Scholz, 73½ Jahre; Philipp Schmidt, 49 Jahre. — **Küstrin** (früher Saarbrücken): Mittelschullehrer Gotthard Lichey. — **Basel** (früher Saarbrücken): Kommerzienrat Otto Röchling. — **Brebach:** Frau Witwe Wilhelmine Bartholomes, geb. Kohlhas, 79 Jahre. — **Fechingen:** Daniel Peter Seegmüller; Frau Marie Latz, geb. Schackmann, 57 Jahre. — **Güdingen:** Frau Louise Amlung, geb. Hock, 45 Jahre. — **Bliesransbach:** Johann Follmar, 68 Jahre. — **Hanweiler:** Nikolaus Schreiber, 91 Jahre; Eisenbahnassistent i. R. Nikolaus Kuhn, 60 Jahre. — **Gersweiler:** Robert Braun-Preus, 78 Jahre. — **Fürstenhausen:** Frau Wwe. Friedrich Guillaume, Margarete geb Reitler, 57 Jahre; Frau Franz Knoblauch, Maria geb. Schröder, 75½ Jahre; pens. Bergmann Nikolaus Hans, 66 Jahre. — **Klarenthal:** Frau Adolf Hafner, geb. Kath. Welsch, 64 Jahre; Konrad Hafner, 81 Jahre; Frau Wwe. Helene Koch, geb. Hafner. — **Wehrden:** Johann Sponheimer, 58 Jahre; pens. Hüttenarbeiter Michel Berwanger, 73 Jahre. — **Völklingen:** Reinhold Klein, 5 Jahre; Frau Dorothea Heck, geb. Lang, 56 Jahre; Frau Wwe. Wilhelm Schulte, geb. Kipp, 86 Jahre; Frau Witwe Maria Bauer, geb. Kahl, 68 Jahre; Emma Lutter, 26 Jahre; Erna Eisenbarth, 23 Jahre; Johann Konradi, 33½ Jahre; pens. Hüttenbeamter Theodor Wilhelmus, 76 Jahre; pens. Grubenfördermaschinist Johann Thiel; Maurer Johann Nikolaus Scholtes, 60 Jahre; Frau Ferd. Angresius, Amalie geb. Kemp, 76 Jahre; Frau Christine Wolf, geb. Bauer 70 Jahre. — **Hostenbach:** Nikolaus Haen, 73 Jahre. — **Neuforweiler:** Landwirt Nikolaus Heible-Kaas, 64 Jahre. — **Hargarten:** Philipp Zehren. — **Hangard:** Bergmann Ludwig Schmidt. — **Püttlingen:** Frau Karoline Konrad, geb. Spaniol. — **Walpertshofen:** Frau Marie Giring, geb. Scherer, 78 Jahre. — **Lebach:** Frau August Boullay, Cilla geb. Kiefer, 28 Jahre. — **Eiweiler:** Nicolaus Didas, 85 Jahre. — **Herrensohr:** Wilhelm Wemmert, 63 Jahre; Maschinist Jakob Lehmann, 47 Jahre; Frau Wwe. Luise Kellner, 74 Jahre; Peter Oster, 85 Jahre. — **Dudweiler:** Bina Fuchs, 21 Jahre; pens. Bergmann Matthias Frey, 56 Jahre; Schwester M. Rosalie; Frau Barbara Prinz, geb Stein, 57 Jahre; Frau Witwe Steiger Even, Katharina geb Venitz, 83 Jahre; Frau Witwe Maria Petry, geb. Ohligschläger 65 Jahre; Bergmann Peter Hary, 71 Jahre; Frau Heinrich Pitz, Amalie geb. Kohl, 32 Jahre; Gastwirt und Schlosser Theodor Savelkouls, 58 Jahre; Math. Theobald, 62 Jahre. — **Sulzbach:** Paul Gans, 24 Jahre; Christian Pauly, Lina geb. Wolfram, 33 Jahre; Heinr. Schmolze, 49 Jahre; Frau Ww. Heinr. Schneider, Wilhelmine geb. Lorenz; Frau Wwe. Maria Petry, geb. Ohligschläger, 65 Jahre. — **Altenwald:** Bergmann Philipp Käser; Kleinkinderlehrerin i. R. Fräulein Emma Fricke, 73 Jahre. — **Heiligenwald:** Friedrich Müller, 46 Jahre; Frau Karl Schmidt, Gretl geb. Liebram, 28 Jahre; Frau Wwe. Steiger Nau, Maria geb. Arendt, 63 Jahre; Frau Witwe Katharini Wagner, 84 Jahre; pens. Bergmann Mathias Haupenthal, 56 Jahre. — **Friedrichsthal:** Frau Friedrich Wagner, geb. Müller, 60 Jahre; Frau Amalie Eisenbeis, geb. Dietrich, 51 Jahre; Anna Eich, 26 Jahre; Robert Jochum, 17 Jahre; Eugen Breyer, 39 Jahre. — **Bildstock:** Frau Ww. Heinrich Laue, Maria geb. Schuster; Friedrich Tschunky, 79 Jahre; pens. Bergmann Jakob Welte, 71 Jahre; Frau Luise Weis, geb. Pfordt, 69 Jahre. — **Spiesen:** Fritz Bier, 29 Jahre; Frau Hilda Mellenthin, geb. Mauer, 32 Jahre; Wilhelm Trautmann, 41 Jahre; Georg Gierend, 79 Jahre. — **Elversberg:** Frau Katharina Bischof, geb. Zahn, 68 Jahre; Hermann Gerhold, 24½ Jahre. — **Fischbach:** Anna Maria Schmitz, 50 Jahre. — **Neuweiler:** Ludwig Peter Schmoll, 30 Jahre. — **Merchweiler:** Frau Wwe. Jakob Schlicker, geb. Katharina Wüschner, 70 Jahre. — **Landsweiler:** Paul Zimmermann, 28 Jahre; Hüttenarbeiter Johann Parino, 47 Jahre; Metzgermeister Jakob Morgenstern, 69 Jahre. — **Schiffweiler:** Gastwirt und Polstermeister Emil Träm, 54 Jahre; Joh. Spinneweber, 73 Jahre. — **Wemmetsweiler:** Frau Barbara Schreiner, geb. Dörr, 65 Jahre. — **Quierschied:** Frau Johann Lehnhoff, geb. Henr. Euler, 75 Jahre; Isidor Löb, 61 Jahre. — **Neunkirchen:** Maschinenmeister Otto Mayer, 24 Jahre; pens. Bergmann Adam Frank, 83 Jahre; Frau Wwe. Peter Weis, geb. Fritsch, 75 Jahre; Frau Witwe Jakob Philippi, Luise, geb. Stührmann, 51 Jahre; Frau Franziska Perinotto, geb. Hammerschmidt, 54 Jahre; Wwe. Friedrich Hallauer, Magdalena geb. Adam, 66 Jahre; Hildegard Kath. Müller, 7 Jahre; Daniel Henzmann, 46 Jahre; Otto Eisenhauer, 37 Jahre; Wwe. Johann Detemple, geb. Loria, 71 Jahre; Frau Wwe. Georg Andreas Leibenguth, geb. Wagner, 79 Jahre; Buchdrucker Otto Mayer, 23 Jahre; Hermann Zender, 20 Jahre; Friedrich

Kaufmann, 52 Jahre; Ester Ruth Steffen, 4½ Jahre; Hüttenarbeiter Karl Stemmler, 23 Jahre; Frau Wwe. Theobald Oster, Erna geb. Dahlhauser, 79 Jahre; Eisenbahnassistent Wilhelm Funk, 59 Jahre; Karl Eisenbeis, 70 Jahre; pens. Hüttenarbeiter Ludwig Krob, 78 Jahre; Else Ludwig, 18 Jahre; Karl Herrmann, 81 Jahre; Rangiermeister i. R.

* **30 Jahre Rektor im Dienste der Stadt Saarbrücken.** Am 1. Juli waren es 30 Jahre, daß der Rektor Konstantin Zimmer von Völklingen an die katholischen Knabenschulen des Stadtteils St. Johann berufen wurde. Sein Vorgänger war Rektor Fröhlich gewesen, dem sowohl die katholischen als auch die evangelischen Schulen unterstellt waren. Mit dem Dienstantritt des neuernannten Rektors wurden die Leitungen der Volksschulen St. Johanns getrennt; denn die Entwicklung der Stadt und der Schulen erforderten diese Trennung. Herr Zimmer hat in ausgezeichneter Weise sein Amt in paritätischem und kollegialem Sinne ausgeübt. Mit peinlicher Sorgfalt vermied er es, Gegensätze zu schaffen oder die ihm zugewiesenen Kollegen seine Stellung als Vorgesetzter fühlen zu lassen. Durch sein volkstümlich geschriebenes Buch: „Unsere Heimat im Wandel der Zeit" hat er sich weit über die Grenzen der engeren Heimat bekanntgemacht. In segensreicher Tätigkeit wirkte er durch seinen vorzüglichen Unterricht zum Wohle der Jugend. Auch für das öffentliche Leben unserer Stadt hat er sich als Schiedsmann viele Verdienste erworben. Sein ruhig abwägendes Urteil spendete in vielen Fällen Frieden und damit Segen. Im Hinblick auf seine großen Verdienste in Schule und Stadt seien ihm auch von dieser Stelle aus recht herzliche und aufrichtige Glückwünsche zugerufen.

* **Kapitänleutnant Th. Vogel**-Wilhelmshaven, Sohn des aus seiner Heimat Saarbrücken vor 10 Jahren ausgewiesenen Verwaltungsdirektors Vogel-Berlin, ist anläßlich der Herbststellenbesetzung der Marine vom 1. Oktober d. J. ab als Admiralstabsoffizier beim Kommando der Station Nordsee kommandiert worden.

Vom „Bund der Saarvereine".*

* **An die deutsche Presse, besonders an die Berliner Zeitungen.** hat der Bund der Saarvereine und die Geschäftsstelle Saar-Verein folgendes Schreiben gerichtet: „Die 9. Tagung des Bundes der Saarvereine in Münster i. Westfalen vom 8. bis 10. Juni d. J., mit welcher die große deutsche Kundgebung für das abgetrennte Saar- und Pfalzgebiet und gegen die Saarlüge verbunden war und die gegen die neuerdings besonders lautgewordene französische Propagandalüge einer wirtschaftlichen Zugehörigkeit des Saargebietes zu Frankreich öffentlich protestierte, hat erfreulicher- und dankbarerweise in der Presse Münsters, des Saargebietes selbst, aber auch in der großen Provinzpresse im ganzen Reiche das gewünschte nachhaltige Echo gefunden: leider nur zum Teil in der Presse der Reichshauptstadt. Denjenigen Berliner Zeitungen, die durch ihre Berichterstattung unserer Saarsache solche Beachtung geschenkt haben, sei hierdurch herzlicher Dank gesagt. Sehr bedauerlich aber ist und bleibt es, daß immer noch einige große Berliner Zeitungen, von denen man es eigentlich nicht erwarten sollte, auch diesmal wieder sehr versagt haben. Die Lösung der Saarfrage tritt mit der Frage der Räumung des besetzten Gebietes mehr in den Vordergrund der politischen Erörterung. Vom Saargebiet aus wird nachdrücklich das Verlangen laut, daß nach der Regelung der Reparation zugleich mit der Räumung des besetzten Gebietes auch der Fremdherrschaft im Saargebiet ein Ende zu setzen ist. Zur Geltendmachung dieses berechtigten Verlangens erscheint es dringend notwendig, daß auch die gesamte deutsche Presse sich mehr als bisher für das deutsche Saargebiet einsetzt. — Mit Dank ist es deshalb zu begrüßen, daß der Reichsverband der deutschen Presse auf seiner Jahrestagung in Bremen eine Entschließung angenommen hat, in der Presse sich für die Forderung des Saargebietes einzusetzen. Es gilt die Verteidigung des letzten Abstimmungsgebietes! Der Bund der Saarvereine und seine Geschäftsstelle „Saar-Verein" in Berlin wirken seit mehr als zehn Jahren als Heimatschutz für das Saargebiet und hoffen, daß durch eine nachdrückliche Mitwirkung der deutschen Presse die Befreiung der Saar von der Fremdherrschaft sobald als möglich erreicht wird!"

* **Warnung an unsere Ortsgruppen.** Wir haben leider wiederholt unsere Ortsgruppen vor gewissen Schwindlern warnen müssen, die unter Vorspiegelung falscher Tatsachen darauf ausgehen, geldliche Unterstützungen zu erhalten. Die Geschäftsstelle „Saar-Verein" Berlin hat sich schon seit längerer Zeit veranlaßt gesehen, jegliche Unterstützungen an angebliche Hilfsbedürftige grundsätzlich abzulehnen, da sie in sehr vielen Fällen von Unterstützungsuchenden belogen und betrogen worden ist. So sehr es zu bedauern ist, daß dadurch wirklich unterstützungsbedürftige Landsleute die gewünschte Hilfe nicht finden, so ist diese Maßnahme aber doch eine unbedingte Notwendigkeit, auf Grund der gemachten vielfachen üblen Erfahrungen. Die Geschäftsstelle „Saar-Verein" weist deshalb in ihrem Firmenschild ausdrücklich darauf hin, daß sie für Unterstützungsbedürftige nicht zuständig ist, sondern daß dieselben sich in Berlin lediglich an die städtischen Wohlfahrtsstellen zu wenden haben, da ersterer für solche Zwecke Geldmittel nicht zur Verfügung stehen, nachdem die in früheren Jahren vorgekommenen Ausweisungen, Flüchtlinge des Saargebietes usw. nicht mehr in Frage kommen. — Die Ortsgruppe Stettin bittet uns, vor einem gewissen Kaufmann Fritz Becker aus Saarbrücken, der zuletzt in Hiddensee tätig war, und der sich auch wegen einer Unterstützung an die Geschäftsstelle „Saar-Verein" gewandt hat, von ihr aber abschlägig beschieden worden war, zu warnen, da derselbe von der Ortsgruppe eine geldliche Unterstützung erhielt, dann aber in Abwesenheit des Vorsitzenden der Ortsgruppe die Wirtin desselben aufsuchte und sich von ihr einen Geldbetrag erschwindelte. Mit der Verfolgung der Angelegenheit sind bereits die Fahndungsstellen der Reichsbahndirektion Stettin und die Stettiner Kriminalpolizei betraut. Pflichtgemäß wird hiermit eindringlichst vor diesem Manne gewarnt, damit nicht auch andere Ortsgruppen ein Opfer seiner Schwindeleien werden.

* **Die Ortsgruppe Düsseldorf** veranstaltete am Sonntag, dem 7. Juli 1929 an Stelle der Monatsversammlung einen Familienausflug nach Angermund. Die Mitglieder hatten sich hierzu recht zahlreich eingefunden; insgesamt waren es mit Kindern über 100 Personen. Der größte Teil machte einen Spaziergang von Lintorf nach Angermund zum Restaurant „Zur Stadt Angermund", wo später dann auch noch die Fußkranken und — zur allgemeinen Freude auch noch etwa 30 Mitglieder der Ortsgruppe Duisburg eintrafen. Unter Vorsitzender, Herr Dr. Kill, begrüßte die Duisburger Landsleute recht herzlichst, worauf Herr Alt, der Vorsitzende von der Duisburger Ortsgruppe, mit schönen Worten antwortete. Im übrigen verlief der Nachmittag recht schön bei Damen- und Herren-Preiskegeln, Wettlaufen, Wett-Kartoffelschälen und Preis-Schießen. Auch die anwesenden Kinder wurden durch gemeinsame Spiele und dergl. bestens unterhalten. Daß sodann auch noch bis zur Abfahrt des Zuges das Tanzbein geschwungen und gemeinsame Lieder gesungen wurden, ist ja selbstverständlich. Alles in allem war es wieder einmal eine sehr gemütliche Veranstaltung. Unser Dank gebührt neben den Duisburger Landsleuten, vor allem unserem Vorsitzenden, Herrn Dr. Kill, der in erster Linie für das gute Gelingen verantwortlich ist. — Im August fällt die Monatsversammlung mit Rücksicht auf die Ferienzeit aus. Zur Septemberversammlung ergehen besondere Einladungen durch Rundschreiben.

* **Im Radiumbad Oberschlema** (Erzgeb.), findet am Freitag, dem 19. d. M., ein Saar-Abend als vaterländische Kundgebung statt. Den Hauptvortrag hat Ingenieur Sester in Leipzig, Vorsitzender der dortigen Ortsgruppe Saar- und Pfalz-Verein, übernommen, der zurzeit zur Kur dortselbst weilt.

---

* Sängerfahrt des Gesangvereins „Euterpe", Großrosseln, nach Dortmund.

Am 29. Juni unternahm der Gesangverein „Euterpe", Großrosseln, dem sich einige Sänger des Männergesangvereins Lebach angeschlossen hatten, eine Sängerfahrt nach Dortmund.

An dem Dortmunder Hauptbahnhofe wurden die Sänger von dem Dortmunder Männergesangverein in einer Stärke von ungefähr 100 Sängern und dem Saarverein Ortsgruppe Dortmund empfangen. Auf den Westf. Sängergruß, mit dem die Saarsänger begrüßt wurden, antworteten die Saarsänger mit dem wuchtigen Saarsängerspruch:

„Brüder, das ist des Saarvolks Schwur:
Deutsch bleiben Berge, Saar und Flur,
Deutsch bleibt das Blut, das uns durchzieht,
Und ewig deutsch das Saarlandslied."

Mit diesem Sängerspruch hatten sich die Saarländer Sänger sofort in die Herzen der Anwesenden hineingesungen. Hierauf wurden die Saarländer Sänger von dem Ehrenvorsitzenden des Dortmunder Männergesangvereins Herrn Kirch begrüßt, denen sich der Vorsitzende des Westf. Sängerbundes, Herr Rektor Kauermann, und der Vorsitzende des Saarvereins, Herr Dr. Schmidt, anschlossen. Die Begrüßung der Saarländer Sänger beantwortete Herr Redakteur Buchleitner aus Großrosseln mit herzlichen Dankesworten. Unter Vorantritt der Kuhseschen Kapelle, dem ein Schild vorausgetragen wurde mit der Inschrift: „Deutsch die Saar immerdar!" bewegte sich hierauf der Zug über die Dortmunder Wälle nach dem Sänger-

heim, dem Haus des Dortmunder Männergesangvereins, wo die Quartiere verteilt wurden. Erfreulicherweise konnte eine große Anzahl Freiquartierzettel den Saarländer Sängern ausgehändigt werden. Am Abend desselben Tages fand im Sängerheim Ostwall ein Konzert der Saarländer Sänger, über das die „Dortmunder Zeitung" u. a. ungefähr folgendes schreibt: Das deutsche Lied ist fraglos eines der Urelemente des deutschen Wesens, und als solches hat es gerade in den Gebieten, nach denen unsere Kriegsgegner nach Beendigung des Krieges ihre Hände ausstrecken, eine bedeutende Rolle gespielt. Solange man dort das deutsche Lied pflegen konnte — und das ließ sich nicht gut verbieten, — solange hatte man ein ausgezeichnetes Mittel in der Hand, das Deutschtum zu erhalten und zu festigen. Das hinter solcher Kulturarbeit intensives Schaffen, großes Können stehen muß, wenn sie wirksam sein soll, bedarf keiner Frage, und der Männergesangverein „Euterpe" hat es durch sein Konzert weitspannend bewiesen, daß er berufen ist, Kämpfer und Grenzwart für deutsches Lied und deutsches Wesen zu sein. Der Chor singt mit gutem Material, die Darbietungen zeugen von äußerer und innerer Disziplin und Kultur. Der Chormeister, Herr Ladwein, versteht es ausgezeichnet, Feinheiten der Schattierung, der Stimmführer, sowie der Dynamik herauszuschälen. Das Publikum spendete dem Chor und seinem tüchtigen Leiter außerordentlich starken Beifall, für den dieser mit Zugaben dankte. Die Orchesterabteilung des Dortmunder Männergesangvereins brachte angenehme Abwechslung in das Programm. Der darauf folgende Kommers, der von dem Ehrenpräsidenten des Dortmunder Männergesangvereins, Herrn Kirch, trefflich geleitet wurde, hielt die Konzertbesucher noch mehrere Stunden zusammen. Bei Beginn des Kommerses ergriff der zweite Vorsitzende des Saarvereins Dortmund, Herr Ost, das Wort zu einer längeren Begrüßungsansprache, in welcher er in aller Kürze die politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Verhältnisse des Saargebiets schilderte und mit einem Hoch auf das deutsche Vaterland schloß. Im Namen der Saarländer Sänger dankte Herr Redakteur Buchleitner aus Groß-Rosseln dem Dortmunder Männergesangverein sowie dem Saarverein für alles, was die beiden Vereine zum Zustandekommen des Konzerts beigetragen hatten. Als Andenken an die Dortmunder Sängertage wurden hierauf die Vereinsnadeln gegenseitig ausgetauscht. Herr Redakteur Buchleitner schlug hierauf unter dem Beifall der Versammelten vor, Begrüßungstelegramme an den Bund der Saarvereine Berlin und Stadtschulrat Bongard in Saarbrücken zu schicken. Trotzdem die Sänger bis spät in die Nacht auf den Beinen gewesen waren, fanden dieselben sich bereits wieder am Sonntag früh um 8 Uhr ein, um in Begleitung der Vorstände des Dortmunder Männergesangvereins und des Saarvereins Dortmund die Westfalenhalle Dortmund, die Kampfbahn Rote Erde sowie die daneben liegenden Schwimmbäder zu besuchen. Im Anschluß an den Besuch der Westfalenhalle und Kampfbahn Rote Erde fand dann der Empfang der Saarländer Sänger durch die Stadt Dortmund statt, an den sich die Vorstände des Dortmunder Männergesangvereins und des Saarvereins sowie Herr Rektor Kauermann, der Vorsitzende des Westf. Sängerbundes, beteiligten. In Vertretung des Dortmunder Oberbürgermeisters begrüßte Herr Stadtrat Dr. Fähre die Saarsänger mit herzlichen Worten und hieß sie in Dortmund willkommen. Während der Bewirtung durch die Stadt Dortmund, die in einem vorzüglich bereiteten warmen Frühstück, reichlich Bier und Rauchmaterial bestand, dankte Herr Verwanger, der Vorsitzende des Gesangvereins Euterpe, der Stadt Dortmund, dem Dortmunder Männergesangverein und dem Saarverein für die herzliche Aufnahme und gab dem Wunsche Ausdruck, die Dortmunder Sänger bald einmal in Groß-Rosseln begrüßen zu können. Um das Zustandekommen der ganzen Veranstaltungen haben sich besonders verdient gemacht die Herren Kirch, Buckemüller und Overbeck vom Dortmunder Männergesangverein, Landsmann Pietz vom Saarverein sowie das Orchester des Dortmunder Männergesangvereins.

---

* **Saarsänger in Düsseldorf.** Der Männergesangverein „Euterpe", Großrosseln (Saar), besuchte auf seiner Konzertreise nach Rheinland und Westfalen auch die Stadt Düsseldorf. Von Dortmund kommend, traf der Verein am Sonntag, 30. Juni, nachm. kurz nach 1 Uhr, auf dem hiesigen Hauptbahnhof ein. Im Auftrage des Vorstandes der Ortsgruppe Düsseldorf des Bundes der Saarvereine begrüßte Herr Werklehrer Petri unsere Landsleute auf dem Bahnsteige. Vor dem Hauptbahnhofe folgte sodann eine Begrüßung seitens der Vereinigung Düsseldorfer Männergesangvereine, bei der den wechselseitigen Beziehungen und Empfindungen zwischen den Freunden von der deutschen Saar und ihren hiesigen Sangesgenossen, vertreten durch den Philippenschen Männerchor und den Vorsitzenden der Vereinigung, Herrn Toni Wilbert, in beredten Worten und trefflichen Chorvorträgen herzlichster Ausdruck verliehen wurde. — Nach einer vom schönsten Wetter begünstigten Rundfahrt durch die Stadt ging das Konzert im Rittersaale der Tonhalle in würdigster Form und äußerst stimmungsvoll vonstatten. Die Gäste, von der genannten Chorvereinigung mit dem deutschen Sängergruß willkommen geheißen, antworteten mit dem Saar-Sängergruß (von Schrimpf), um dann mit einem erlesenen Chorprogramm aufzuwarten. Unter der temperamentvollen und feinnervigen Stabführung ihres Chormeisters, Matthias Ladwein, sangen sie mit prächtigem, gesundem Stimmaterial Chöre, wie Beethovens „Vesper", Neumanns „Abendfrieden am Rhein", „Maienzeit" von Ries, „Schwur am Rhein" von Somsat u. a. m. so vorzüglich, daß die Wogen der Begeisterung ungewöhnlich hoch gingen. Schlichtheit und Ungekünsteltheit des Ausdrucks, diese Merkmale echt deutschen Empfindens, waren vor allem den feinst ausgearbeiteten Leistungen eigen. Ausgezeichnete Darbietungen des Baß-Baritons Pet. Garding vom hiesigen Opernhaus ergänzten, von Musikdirektor Beschle am Flügel feinsinnig begleitet, das Programm aufs beste. Im Verlauf des Abends richtete der Vorsitzende der Ortsgruppe Düsseldorf des Bundes der Saarvereine, Herr Studienrat Dr. Kill, herzliche Worte an die Saarsänger, die aus dem von den Franzosen begehrtesten Teile des Saargebietes stammen und durch ihre Rheinreise Mut und echt deutsche Treue bewiesen haben. Zum Andenken an das schöne Konzert in Düsseldorf ließ er einen von der Ortsgruppe gestifteten goldenen Lorbeerkranz mit Schleifen überreichen. Der Vorsitzende des Gesangvereins „Euterpe", Herr Berwangen, dankte in bewegten Worten für den festlichen Empfang und die gastliche Aufnahme in Düsseldorf; sein besonderer Dank galt der Vereinigung Düsseldorfer Männergesangvereine und dem Saarverein, dessen Mitglieder, soweit es irgend sich ermöglichen ließ, ihren Landsleuten an der Saar Freiquartier boten. Die Vorbereitungen zum guten Gelingen hatte Herr Rektor Hallauer in liebenswürdiger Weise übernommen und glänzend durchgeführt. Zum Schlusse des Konzerts brachte Herr Dr. Kill ein dreifaches Hoch auf unser geliebtes deutsches Vaterland aus, in das die Anwesenden begeistert einstimmten und das Deutschlandlied sangen. Im Restaurant „St. Rochus" war sodann eine gemütliche Nachfeier. — So trug das Konzert im Zeichen des deutschen Liedes wertvollst dazu bei, die seelische Verbundenheit zwischen den Brüdern an Saar und Rhein zu festigen, und man schied mit der frohgemuten Zuversicht, daß so ideal gesinnte Männer, wie die treudeutschen Freunde an der Saar sich niemals unter ein fremdes Joch beugen werden Möge ihnen bald die Sonne der Freiheit lachen!

* **Die Ortsgruppe Köln** hielt am Mittwoch, dem 3. Juli, im Vereinslokal ihre ordentliche Monatsversammlung ab. Der 1. Vorsitzende, Herr Weyand, erstattete einen ausführlichen Bericht über die so glanzvoll verlaufene 9. Tagung des Bundes in Münster, dem die zahlreich erschienenen Mitglieder mit großem Interesse folgten. Zum Schlusse der fesselnden Ausführungen forderte der 1. Vorsitzende alle Anwesenden auf, jederzeit und allerorts darauf hinzuarbeiten, daß der Kampf gegen die Saarlüge weitergeführt wird und daß die in Münster gefaßten Beschlüsse allen Fernstehenden bekanntgegeben würden. Die Entschließung auf der letzten Bundestagung müsse in ganz Deutschland so verbreitet werden, daß das ganze Volk allerorts darüber unterrichtet sei und mitkämpft für die Saarheimat. Zu dem am 5. August in das Saargebiet fahrenden Feriensonderzug hat sich eine ganze Anzahl Mitglieder gemeldet. Erfreulicherweise konnte der 1. Vorsitzende auch den Vorstand des Hamburger Vereins begrüßen, der mit großem Interesse die Bestrebungen des Saarvereins unterstützt. Gleichfalls herzlich begrüßt wurde die Vereinigung deutscher Studenten an der Universität Köln, die in letzter Zeit vorbildlich mit dem Saarverein Hand in Hand arbeitet an der vaterländischen Aufklärungsarbeit über das deutsche Saargebiet und seine kerndeutsche Bevölkerung. Der geschäftliche Teil war bald erledigt, aber der gemütliche Teil hielt die Mitglieder noch einige Stunden in froher Stimmung beisammen.

* **Die Ortsgruppe Eschweiler** des Bundes der Saarvereine hatte ihren diesjährigen Sommerausflug nach Langerwehe in den Gasthof Görres, welcher gleich am Anfang des Wehetales liegt, verlegt. Recht zahlreich waren die Landsleute mit ihren Familien erschienen. Sogar das „Familienauto" mußte in mehreren Fällen mit. Wegen dem unfreundlichen Wetter wurde die Veranstaltung in dem schönen Saal abgehalten. Für die Frauen gab es Kaffee mit Kuchen, die Männer bekamen je 5 Biermarken, also fünf Glas Bier. Lobend muß erwähnt werden, daß der Gastwirt alles in bester Güte vorsetzte und für eine freundliche und zuvorkommende Bedienung gesorgt hatte.

Gar bald waren alle Teilnehmer in rechter Heimatsstimmung. Landmann Schütz, bekannt als ein Genie für Arrangierung schöner Familienfeste, war wieder auf der Höhe. Den Frauen winkten schöne Preise beim Kegeln, den Kindern ebenso nützliche Sachen für die besten Wettläufer mit brennender Weihnachtskerzen. Rühmend muß den Frauen nachgesagt werden, daß sie beim Kegeln ihren „Mann" stellten. Mehrmals fielen sogar alle neune. — In seiner Begrüßungsrede stellte Herr Schütz folgende markante Sätze heraus: Unsere alljährlichen Sommerveranstaltungen verfolgen den Zweck, einmal unseren Landsleuten die Schönheiten der hiesigen Gegend zu zeigen, dann aber auch sollen unsere Frauen und Kinder sich gegenseitig kennenlernen. Wir wollen zeigen, daß wir als Saarländer unsere Heimat nicht vergessen. Wir werden um so mehr und inniger ihrer gedenken, je hartnäckiger die Franzosen unsere Heimat zu unterdrücken suchen. Wir lehnen alle französischen Versuche, unsere Heimat zu erobern energisch ab. Wir danken für die französische Kultur, weil wir sie kennen gelernt haben. Wir danken für französische Sozialpolitik, die unsere Invaliden dem Hungertode nahe gebracht hat. Wir sind Deutsche ohne Nationalisten und Hurrapatrioten sein zu wollen, und kämpfen bis zum letzten Atemzuge für unsere Heimat und damit für unser Vaterland. Das sollen aber auch alle Deutschen wissen. Darum sehen wir im Bund der Saarvereine, dessen Leitung wir volles Vertrauen entgegenbringen, unsere beste Stütze. Herr Rauber, Vorstandsmitglied des Bundes der Saarvereine, schilderte den großartigen Verlauf der diesjährigen Generalversammlung in Münster, ging dann weiter auf die bekannte Saarlüge mit den 150 000 Saarfranzosen ein und schloß mit folgenden Worten seine Ausführungen: „Wie es vor mehr als 100 Jahren unseren Vorfahren gelang, unsere Heimat den Franzosen zu entreißen, so wird und muß es uns gelingen, unsere Heimat wieder dem Mutterlande zuzuführen. Alles wollen wir ertragen, aber nie werden wir dulden, daß unsere Heimat unserem lieben deutschen Vaterlande entrissen wird." Großer Beifall, in den sogar die Kinder jubelnd einstimmten, belohnte diese Ausführungen. Zum Schluß begrüßte noch Herr Kohl, ein hier gebürtiger und beheimateter alter Bergmann die Saarländer und versprach ihnen jegliche Unterstützung. So verlief der Tag in schönster Harmonie. Einen besonderen Dank gebührt noch dem Kassierer, Herrn Heinrich Bock, der durch sparsame und gute Kassenführung die Mittel zusammenbrachte, um diese Veranstaltung ohne große Kosten für die Teilnehmer, die ausschließlich dem Bergmannsstande angehören, durchzuführen.

★ **Die Ortsgruppe Mannheim-Ludwigshafen** unternahm am 16. Juni einen Familienausflug nach der altehrwürdigen Stadt Ladenburg a. Neckar. In dankenswerter Weise hatte die „Neckar-Bergstraß-Post" im redaktionellen Teil und durch kostenlose Anzeigen auf den Besuch der Saarländer hingewiesen und breiten Raum zur Verfügung gestellt für einen vorbereitenden und werbenden Artikel „Helft die deutsche Saar befreien", in welchem Zweck und Ziel der Saarvereine und auf die neuesten Gefahren für das Saargebiet hingewiesen wurde. Heimatbund Ladenburg, Gesangverein „Liederkranz" und Turn- und Sportgemeinde 1864, Ladenburg, Damen und Herren wetteiferten in dem Bestreben, den Aufenhalt der Saarländer so angenehm als möglich zu gestalten. Herr Professor Wollenschläger vom Heimatbund begrüßte die Ortsgruppe im Namen der Ladenburger Bevölkerung und übernahm die Führung durch das alte Städtchen. Seine Erklärungen und Ausführungen über die alten geschichtlichen Denkmäler aus der Römerzeit und dem glanzvollen Mittelalter waren von echter deutscher Heimatliebe getragen und gleichzeitig sehr lehrreich. Die Teilnehmer an der Führung, gegen 60 Damen und Herren, trafen sich mit den übrigen Mitgliedern und Freunden gegen 4.30 Uhr in dem festlich mit Blumen geschmückten Heim der Turn- und Sportgemeinde. Die Räume des Turnerheimes reichten nicht aus für die Zahl der Besucher, und es erwies sich als eine treffliche Vorsorge, daß die Turner unter einem großen Zelt mit Tischen und Bänken weiteren beschatteten Gastraum geschaffen hatten. Chor und Solisten des „Liederkranz" erfreuten die Gäste durch Lieder von trefflicher Wahl und durch meisterlichen Vortrag. Das Ehrenmitglied der Turngemeinde, Herr Fritz Wahl, übernahm die Leitung der Veranstaltung und trug selbst eigene Dichtungen ernsten vaterländischen Inhalts vor. Wenn auch, zum ersten Male seit Bestehen der Ortsgruppe Mannheim-Ludwigshafen, eine rein gesellige Veranstaltung beabsichtigt war, so ließ der 1. Vorsitzende, Herrn Max Eich, Mannheim, die Gelegenheit nicht vorübergehen, auch noch mit Worten um Interesse, um Liebe und Unterstützung für die bedrohte Saarheimat zu werben. Nach herzlichem Dank für die freudliche Aufnahme in Ladenburg verlas Herr Eich ein Begrüßungsschreiben es Herrn Bürgermeister Koch-Ladenburg, ein Glückunschschreiben des Vereins für das Deutschtum im Ausland, Ortsgruppe Mannheim, und den drahtlichen Gruß der Geschäftsstelle Saar-Verein Berlin: „Allen Landsleuten zur heutigen Betätigung ein herzliches Glückauf. Deutsch die Saar immerdar." Der Redner führte sodann im Geiste die Zuhörer hinauf auf das Winterberg-Denkmal bei Saarbrücken, das Wahrzeichen des Bundes der Saarvereine und das Wahrzeichen des Saargebietes. Er zeigte von hier oben die geschichtlichen Denkmäler, den Spichererberg, das Ehrental und den neuen Ehrenfriedhof dicht an der jetzigen französischen Grenze. Er ließ von hier oben einen Einblick tun in die wirtschaftliche Bedeutung des Saargebietes und zeigte die landschaftlichen Schönheiten, den vielen Wald rundum, vor allem aber, westlich und südwestlich von den Hochöfen der Völklinger Hütte, die bewaldeten Höhen des gefährdeten Warndts, der ein besonders begehrter Bissen für die über dem Saargebiet schwebenden Beutegeier ist. Sodann führte der Redner die Zuhörer hinunter zu dem Saarvolk. Er erzählte von den Nöten, die die bodenständige, naturverbundene Bevölkerung, die sich durch eine besonders stark ausgeprägte Heimatliebe auszeichnet, aber nicht haben mutlos machen können. Die politische und wirtschaftliche Trennung habe die kulturellen Bande zwischen hüben und drüben fester geknüpft. Ein unzerreißbares Band von besonders hoher Bedeutung sei das deutsche Lied, das im Saargebiet warm gepflegt werde. Ein weiteres starkes Band sei der gemeinschaftliche Turn- und Sportgeist. Herr Eich verwies auf die große Kundgebung vor 8 Tagen in Münster in Westfalen und auf die Festschrift zu dieser Kundgebung, die, dank der Liebenswürdigkeit der Geschäftsstelle Saar-Verein, in etwa 50 Exemplaren unter den Besuchern verteilt werden konnte. Die in dieser Festschrift enthaltenen Gelöbnisse der Saarbevölkerung zur Treue und zum Ausharren faßte er zusammen unter Verwendung des Wahlspruches der gastgebenden Turner in die Worte:

Frisch wollen wir bleiben, nicht müde werden im Kampf um die Saar;
Fromm die Hand erheben zu dem Gelübde:
Froh und bald wollen wir zurück in die Arme der Mutter Germania,
Frei als freie Deutsche im freien Deutschland leben!

Die Damen der gastgebenden Vereine sorgten für das leibliche Wohl! Dankbare Aufnahme fanden die Reigen und Volkstänze der Turnerinnen der Turn- und Sportgemeinde und die Darbietungen des Chores und der Solisten, Herrn Harm, sowie der Damen Filsinger und Rufer. Der Abend galt dem Tanz, dessen Pausen durch weitere schöne Darbietungen der Gastgeber ausgefüllt wurden. Meist erst mit der letzten Fahrgelegenheit um 12 Uhr abends verließen die Saarländer das gastliche alte Städtchen. Wenn auch, wie schon gesagt, nur eine rein gesellige Veranstaltung geplant war, so gestaltete sich der Aufenthalt in Ladenburg doch zu einer eindrucksvollen Kundgebung für die Saarsache von nachhaltiger Wirkung.

---

* **Die Ortsgruppe Stettin des Bundes der Saarvereine** hielt am 14. Juni 1929, abends 8¾ Uhr, im Gartenrestaurant „Lindenhof" zu Stettin ihre 46. Monatsversammlung ab. Der Vorsitzende Oberregierungsrat Dr. Stegner begrüßte die Erschienenen, darunter besonders herzlich den zum ersten Male nach schwerer Krankheit wieder anwesenden Kaufmann Buchhardt und die beiden neuen Mitglieder Reichsbahnoberinspektor Osterland und Generalagent Lohf. Alsdann wurde in den geschäftlichen Teil eingetreten. Zu Punkt 1 der Tagesordnung, Mitteilungen, erhielt die Versammlung Kenntnis von der Silberhochzeit des Ehepaares Buchhardt, von der Eheschließung der Mitglieder Dr. Fischer und Dahms jun. sowie von der Verlobung von Frl. Wally Buchhardt mit Kaufmann Heinz Lohf. Weiter wurde der Dank des Verwaltungsdirektors Vogel, Berlin, für die anläßlich seiner Erkrankung vereinsseitig bewiesene Teilnahme bekannt gegeben. An der 9. Bundestagung in Münster i. W. hat die Ortsgruppe sich leider nicht beteiligen können, da der erwählte Vertreter, Oberregierungsrat Dr. Bindewald, im letzten Augenblicke durch eine auswärtige dienstliche Besprechung verhindert wurde. Schließlich verlas der Vorsitzende noch das Schreiben der Geschäftsstelle „Saar-Verein" vom 24. Mai 1929, betr. den Schwindler Bürstlein aus Sulzbach. Zu Punkt 2 der Tagesordnung, Mitgliederbewegung. Außer den eingangs erwähnten beiden neuen Mitgliedern ist als dritter der technische Reichsbahninspektor Homann zu Stettin dem Vereine beigetreten, der nunmehr, einschließlich der Nichtzahler, 62 Angehörige umfaßt. Das Mitglied Prokurist Stucky hat seinen Wohnsitz von Stettin nach Augustwalde (Kreis Naugard) verlegt. Zu Punkt 3 der Tagesordnung, gesellige Veranstaltungen, gab der Vorsitzende bekannt, daß am Sonntag, dem 11. August, wiederum, wie im Vorjahre, eine Dampferfahrt nach Mescherin stattfinden solle. Der Vergnügungsvorstand wurde ermächtigt, die Einzelheiten selbständig zu regeln. Ferner wurde beschlossen, in nächster Zeit einmal bei dem Mitgliede, Bahnhofswirt Wolff in Zäbelsdorf, eine zwanglose Zusammenkunft zu veranstalten. Zu Punkt 4 der Tagesordnung, Kundgebung gegen die Kriegsschuldlüge am 28. Juni 1929, verlas der Vorsitzende die hierauf bezüglichen

beiden Schreiben der Vaterländischen Arbeitsgemeinschaft und des Arbeitsausschusses Stettin vom 1. und 11. Juni 1929. Professor Dr. Crohn führte dazu aus, daß, so betrübend es sei, eine einheitliche Kundgebung der Anhänger von Schwarz-Weiß-Rot und Schwarz-Rot-Gold sich in Stettin nicht habe durchführen lassen, obwohl es sich um eine Frage handele, die jeden Deutschen, gleichviel welcher Partei er angehöre, in gleicher Weise berühre. In Anbetracht dieser bedauerlichen Zwistigkeiten und mit Rücksicht auf den überparteilichen Charakter des Saarvereins machte die Versammlung sich dahin schlüssig in corpore sich an der Kundgebung nicht zu beteiligen, es aber den einzelnen Mitgliedern anheimzustellen, sich anderen ihnen nahestehenden Verbänden, Kriegervereinen usw. anzuschließen. — Zu Punkt 5 der Tagesordnung: Sonstiges, wurde beschlossen, eine Nachfrage der Versandbuchhandlung Quelle G. m. b. H. zu Köln a. Rh. nach einem geeigneten Provisionsvertreter abschlägig zu bescheiden, da für einen solchen durch den gut organisierten Stettiner Buchhandel Absatzschwierigkeiten zu befürchten seien. Weiter wies der Vorsitzende nochmals empfehlend auf das Schreiben der Geschäftsstelle „Saarverein" vom 22. v. M. hin, wonach zur Finanzierung der demnächst neu erscheinenden Werbeschrift „Deutsch die Saar immerdar! Helft die deutsche Saar befreien!" Anzeigenaufträge dringend erforderlich sind. Der sich anschließende gemütliche Teil des Abends erhielt eine besondere Note dadurch, daß das Ehepaar Buchhardt in Anerkennung der ihm anläßlich der beiden freudigen Familienereignisse vereinsseitig erwiesenen Aufmerksamkeiten die Damen zu Kaffee nebst Kuchen und die Herren zu einem kräftigen Männerschoppen einlud, worüber die Erschienenen mit einem auf die Jubilare ausgebrachten Hoch quittierten. Bei anregender Unterhaltung verflossen die Stunden nur allzu schnell, und die Mitternachtsglocke hatte schon längst geschlagen, als die Versammelten sich endlich trennten.

* **Saarkundgebung in Oppeln, Oberschlesin.** Der am Sonntag, 30. Juni, auf dem Wilhelmplatz von über 20 000 Oppelner Bürgern besuchten Kundgebung gegen die Kriegsschuldlüge ging auf Veranlassung des Vereins Heimattreuer Oberschlesier eine Saarkundgebung voraus, bei welcher Verwaltungsdirektor Vogel, Berlin, als Vertreter des Bundes der Saarvereine, der Saarlüge von den 150 000 Saarfranzosen die Kriegsschuldlüge zur Seite stellte und in großen Zügen den kerndeutschen Charakter von Land und Leuten an der Saar schilderte. Nach kurzer Kennzeichnung der politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Verhältnisse des Saargebiets unter der Fremdherrschaft des Völkerbundes entrollte er erhebende Bilder von dem Freiheitskampf der Saardeutschen und den heroischen Beispielen deutscher Treue und vaterländischer Gesinnung. Am Schlusse seiner wiederholt mit stürmischem Beifall unterbrochenen Ansprache erinnerte er an die neueste Saarkundgebung in Saarbrücken und Neukirchen am 28. Juni, veranstaltet von sämtlichen politischen Parteien, von den Deutschnationalen und einschließlich den Sozialdemokraten, die bezüglich des einmütigen Eintretens für nationale Belange unseres deutschen Vaterlandes dem deutschen Volke vorbildlich sein dürfte. Nach Bekanntgabe der von diesen Versammlungen gefaßten Beschlüsse schloß er mit der Versicherung, daß der Saarkampf erst dann beendet sei, wenn mit der Rheinlandräumung zugleich das Saargebiet restlos zurückgegeben werde. Namens des Vereins der Heimattreuen Oberschlesier wurde darauf folgende Entschließung eingebracht und einstimmig angenommen: „Deutsche Volksgenossen und Grenzwächter im deutschen Osten entbieten den deutschen Schwestern und Brüdern an der Saar deutschen Dankes- und Treuegruß mit dem Gelöbnis: Kein Quadratzentimeter deutschen Bodens darf verloren gehen. Mit Bewunderung und Stolz haben wir den zehnjährigen Freiheitskampf der Saargebietsbevölkerung verfolgt, haben erneut ihren Treueschwur am 28. Juni dieses Jahres vernommen. Es wäre ein neuer Betrug, ein neuer Vergewaltigungsakt der Versailler Diktatoren, wenn nicht mit dem Rheinland auch das Saargebiet ohne Verzögerung und ohne Bedingung befreit würde. Wir Oberschlesier, die wir die Zerstückelung unserer Heimat, die Zerreißung unseres Wirtschaftsgebietes — der Quelle unseres Wohlstandes und unserer wirtschaftlichen Zukunft — die Trennung von unseren deutschen Volksgenossen auf Grund falscher Behauptungen und terroristischer Gewaltakte an uns selbst erfahren haben, empfinden den Kampf unserer Schwestern und Brüder von der Saar um Deutschtum, Heimat und Vaterland mit blutenden Herzen mit. Wir verbinden uns daher mit ihnen in der Forderung: Schafft kein neues Oberschlesien, räumt das Unrecht an der Saar auf, laßt das Saargebiet heim zum deutschen Vaterlande!"

* **Die Ortsgruppe Hannover** hielt am Mittwoch, dem 19. Juni 1929, ihre Monatsversammlung im Café Leinenweber ab. Der Vorsitzende, Ingenieur Curth, gab bekannt, daß der Magistrat der Stadt Hannover beschlossen hat, einer neuen Straße den Namen Saarbrückener Straße zu geben. Hiermit hat die Stadt unseren seit der großen Bundestagung der Saarvereine in Hannover langgehegten Wunsch in Erfüllung gehen lassen. Der Vorsitzende gab dann in einer längeren Ausführung Bericht über die 9. Tagung in Münster und verfolgten die Anwesenden mit großem Interesse diese Berichterstattung. Der diesjährige Sommerausflug nach dem Döhrener Meschpark fand bei herrlichem Sonnenschein am Sonntag, dem 30. Juni, statt. Viele Mitglieder waren mit ihren Familienangehörigen erschienen, um fernab von der Großstadt im schönen Meschpark fröhliche Stunden zu verleben. Eine große Ueberraschung erwartete die Damen: ein lieber guter Freund unserer Saarsache hatte einen großen Korb frischgepflückter Erdbeeren mitgebracht, die unter die Anwesenden verteilt wurden und alle, alle haben es sich recht gut munden lassen. Auch an dieser Stelle sei ihm recht herzlichst gedankt. Der Tag verlief in schönster Harmonie und fröhlicher Geselligkeit.

* **Saarkundgebung in Bad Reichenhall.** Zwecks Veranstaltung einer allgemeinen Volkskundgebung gegen die Kriegsschuldlüge hatte sich die Bevölkerung Bad Reichenhalls und zahlreiche Kurgäste am Donnerstag abend zusammengefunden. Die Gedenkrede hielt Sanitätsrat Dr. Cornet, der mit weittragender Stimme sich bei allen Anwesenden Gehör verschaffen konnte. Die Absingung von zwei Strophen des Deutschlandliedes, beschloß die mit großem Beifall aufgenommene Rede, worauf der als Kurgast hier anwesende Pfarrer Reichardt von Saarbrücken dem Vorredner den Dank für seine mannhaften Worte erstattete und Grüße aus der heißumkämpften Westmark, dem Saargebiet, überbrachte, indem er gleichzeitig ein Treuebekenntnis zum Vaterland ablegte und betonte, daß sich das Saarland in seinem heiligen Trotz gegen den Uebermut der Feinde und in seiner Liebe zum Vaterland von keinem anderen Volksstamm übertreffen lasse. Das Land, das allen Verlockungen und Umschmeichelungen bisher starren Widerstand gezeigt hat, führt einen heiligen Kampf um seine Rechte und Volkstum, der auch vom greisen Staatsoberhaupt, Reichspräsident v. Hindenburg, bei jeder Gelegenheit anerkannt und gewürdigt werde. Der Redner schloß mit einem Hoch auf den großen Mann mit reinem Schild und blanker Wehr und frommem Herzen, auf unseren greisen Vater Hindenburg. Die Stadtkapelle spielte hierauf das altniederländische Dankgebet und verlieh dadurch der Feier einen weihevollen Abschluß.

Statt besonderer Anzeige.

Am 2. Juli entschlief nach schwerem Leiden in Tiegenhof mein lieber Mann, unser guter Oheim und Großoheim, der Kaufmann

Balthasar Schlachter

Major d. L. a. D., Ritter pp.,

im 65. Lebensjahre.

In tiefer Trauer

Annie Schlachter, geb. Lüttgens,
Maria Lampe, geb. Thomé,
Johanna Pagenstecher, geb. Thomé,
San.-Rat Dr. Lampe,
Dr. jur. Pagenstecher.

Hamburg, Tiegenhof, Bonn.

Die Einäscherung fand in Danzig in aller Stille statt.

Erscheint zunächst monatlich zweimal: am 1. und 15. mit der vierseitigen illustrierten Monatsbeilage „Saar-Heimatbilder". Bestellungen nur durch die zuständigen Postanstalten (Postzeitungsliste S. 266) erbeten. In Sonderfällen erfolgt Zusendung durch die Geschäftsstelle Saar-Verein E. V., Berlin SW 11, Königgrätzer Straße 94. Fernsprech-Anschluß: Amt Bergmann 3243. — Bezugspreis monatlich 50 Goldpfennig. — Alle Zahlungen auf Postscheckkonto Berlin NW 7, Nr. 665 36 oder auf Deutsche Bank, Depositenkasse O, Berlin SW. 47, Belle-Alliance-Platz 15, in beiden Fällen für Konto „Geschäftsstelle Saar-Verein E. V." mit dem Vermerk „Saar-Freund" erbeten. — Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Hauptschriftleiter Richard Posselt, Berlin-Wilmersdorf; für die Inserate: Kurt Meuzer, Berlin. — Verlag: Geschäftsstelle „Saar-Verein E. V.". Berlin SW. 11, Königgrätzer Straße 94. — Druck: Deutscher Schriftenverlag, Berlin SW. 11.

Empfehlenswerte Zeitungen

Wollen Sie stets über das Geschehen
in der Heimat orientiert sein, so lesen Sie die

Saarbrücker Zeitung

Einige wöchentlich erscheinende
heimatgeschichtliche Beilagen sind auch für Sie
von größtem Interesse.

✸

Werben Sie für Ihre Saarheimat!

Ihnen selbst und allen denjenigen, die Interesse
für Geschichte und Schicksal unserer Heimat
bekunden, empfehlen wir die in unserem Verlag
erscheinenden

Heimatbücher

✸

Auf Wunsch wird das neue Verlagsverzeichnis sofort
zugesandt.

Gebr. Hofer A.-G., Saarbrücken.

Saarbrücker Landes-Zeitung

Das führende Organ der größten
politischen Partei des Saargebietes

Verlag
der bedeutendsten Heimat- und Geschichtswerke
des Saargebietes

Wichtige Neuerscheinungen:

Geschichte des Infanterie-Regiments Nr. 70, von Generalleutnant a. D. Siehr . . RM. 10.—

Die Kontrolle des Völkerbundes über die Tätigkeit der Regierungskommission des Saargebiets, von Dr. Curt Groton . . . . . RM. 3.—

Literaturgeschichte des Saargebietes, von Professor E. Reinhard, brosch. RM. 2.50, geb. RM. 4.50

Das schöne Land an der Saar, von H. Keuth, brosch., 64 unveröffentlichte Bilder RM. 8.

Geschichte des Saargebietes, von Prof. Dr. Ruppersberg . . . . . RM. 12.—

Prospekte kostenlos

Neunkircher Volkszeitung

Neunkirchen, Saar.
45. Jahrgang. Fernr. 2007.
Inhaber: Otto H. Bauer.
Unabhäng. Tageszeitung.

Eigener Berliner Dienst. Erscheint in großem Format. In 100 eigenen Agenturen und 180 Postorten des ganzen nördlichen Saargebiets, der Kreise Ottweiler, St. Wendel, Restkreis St. Wendel und der Westpfalz verbreitet. Vorzgl. Anzeigenwirkg.

Saar- und Blies-Zeitung

Neunkirchen-Saar

Druck und Verlag von C. A. Ohle

Die anerkannt größte und älteste Tageszeitung im nordöstlich. Saar-Industriegebiet

70. Jahrgang

Ständig steigend! **Auflage fast 10000** Ständig steigend!

In Neunkirchen-Wiebelskirchen - über 50000 Einwohner - nachweisbar weit mehr Abonnenten, als die beiden andern dort erscheinenden Zeitungen zusammen.

Nebenausgaben: Ottweiler Tageblatt, Neue Homburger Zeitung, Wiebelskirchener Zeitung, General-Anz. für Spiesen-Elversberg.

Kaufen Sie bei unseren Inserenten! — Sagen Sie es ihnen aber auch!

des Saargebietes

Nachweisbar höchste Auflage sämtl. in Neunkirchen (Saar), der zweitgrößten Stadt des Saargebietes, erscheinend. Tageszeitungen

St. Wendeler Volksblatt

AMTL. KREISBLATT D. KREISES ST. WENDEL

Stärkstverbreitete Tageszeitung in St. Wendel Stadt und Land. Aelteste Zeitung am Platze

Verlag: St. Wendeler Volksblatt Müller & Co. G. + m. + b. + H.
St. Wendel-Saar, Tel. 49, Karlstraße 12

51. Jahrgang

MERZIGER VOLKSZEITUNG

Führende Heimatzeitung
8 000 Auflage

Hauptverbreitungsgebiet:
die Kreise
Merzig, Wadern, Saarlouis
Saarburg und Trier-Land

MODERNE AKZIDENZDRUCKEREI

SULZBACH, SAAR

Sulzbacher Volkszeitung

Erscheint seit 1876. Tägliche Ausgabe. Gut redigiertes Heimatblatt in allen Schichten der Bevölkerung gelesen. Einzige in Sulzbach erscheinende Zeitung
Drucker und Verleger **Franz Carl Hilger**
Fernruf 238. Geschäftsstelle Marktstr. 26

Inserieren Sie im Saar-Freund!

Sie werden Ihren Geschäftsumsatz vergrößern!

1/1 Seite RM 190.-	RABATT bei mehrmaligem Erscheinen	
1/2 Seite RM 100.-		
1/4 Seite RM 55.-		
1/8 Seite RM 28.-	3 × = 10%	
1/16 Seite RM 14.-	6 × = 25%	
1/32 Seite RM 7.-	12 × = 33 1/3%	

Saarländer!

Bei Besuch in Mannheim trinkt Euer liebes Münchner im

Münchener Thomasbräu, Mannheim
P. 3, 14 (Planken). Gegenüber Hauptpost.

Gute Küche! Gebr. Mayer.

Mitgl. der Ortsgruppe Mannheim des Bundes der Saarvereine.

Stammtischzusammenkünfte
der
Ortsgruppen des Bundes der Saarvereine

Saar-Verein Stettin
Treffpunkt aller Freunde des Saargebiets
monatlich am 2. Freitag, abends 8¾ Uhr,
im Gartenrestaurant „Lindenhof" Stettin-Neuwestend
Inhaber sind gebürtige Rheinländer.

Hauptbahnhofs-Wirtschaft Stettin
Inh. Reinhold Schmoldt-Stettin
Das Haus der guten Küche

Tägl. erstklassige
KÜNSTLER-KONZERTE

Beliebte Bestellküche
Eigene Konditorei

Saar-Verein Mühlheim-Ruhr
Jeden 2. Sonntag im Monat, 8 Uhr
Versammlung
im Hotel Rheinischer Hof
Hindenburgstraße 162, beim Hauptbahnhof

Saar-Verein Hannover.
Jeden 2. Samstag im Monat
Zusammenkunft
im Kaffee Leineweber, Königstr. 46
Gäste herzlich willkommen!

Saarverein Frankfurt a. M.
Jeden 2. Mittwoch im Monat
Stammtisch im
Restaurant zum Faust
(beim Schauspielhaus)
Durchreisende Saardeutsche und Freunde des Saarvereins sind an diesen Tagen herzlich willkommen.

Jeder Fremde
besucht Leipzigs älteste Gastwirtschaft

den weltberühmten
Thüringer Hof
Historisch künstlerisch ausgestattetes Haus

Ausschank und Versand von
Würzburger Hofbräu
hell und dunkel

Heimatwerke des Saargebietes.
Ruppersberg: Geschichte des Saargebietes, Ganzl. . . RM. 12.–
Keuth: Das schöne Land an der Saar, 2. Folge . . . RM. 8.–
Wanderungen im Saarwald, 2. Auflage . . . . . RM. 3.40
Geschichtswerke von St. Ingbert, Merzig, Mettlach, Richingen u. a.
Verlag der
„Saarbrücker Landes-Zeitung"
Führendes Organ der größten polit. Partei des Saargebiets.

Allen Freunden und Bekannten bringen wir noch nachträglich die traurige Botschaft, daß am 24. Mai meine inniggeliebte Frau, unsere stets treu besorgte, unvergeßliche Mutter

Amalie Eisenbeis
geb. **Dietrich**

im 51. Lebensjahre nach nur mehrtägigem schweren Masern-Krankenlager sanft entschlafen ist.

Die Beisetzung fand am 28. Mai auf dem Friedhof zu Friedrichsthal statt.

In tiefem Schmerz
Familie G. Eisenbeis

Friedrichsthal/Saar, Hamburg,
den 3. Juni 1929.